



H. P. M.

R. B.

65

Wishes that the gift be to the Library of the
Museum of the American Indian
at the Smithsonian Institution
Washington, D.C.

[Box of] [unidentified] 1894-95

from [unidentified], [unidentified]

Box 125 [unidentified] 1894-95

(Gift of [unidentified] to the M. & I. [unidentified]
[unidentified])

Das Hochstift Bamberg

und seine Politik

unmittelbar

vor dem ersten Einfälle der Schweden

◆ 1631. ◆

Unter grundlegender Berücksichtigung

der politischen Verhältnisse des fränkischen Kreises

quellenmässig dargestellt

von

Dr. G. Hübsch.



Bamberg

C. C. Buchner Verlag

Inhaber Rudolf Koch

1895.

Das Hochstift Bamberg

und seine Politik

von

Dr. G. Hirsch



der politischen Verhältnisse des Hochstiftes Bamberg

von

Dr. G. Hirsch

Bamberg

Verlag von G. Hirsch

Verlag von G. Hirsch

1882

Vorwort.

Vorliegende Arbeit ist hervorgegangen aus einer längeren Beschäftigung mit den archivalischen Quellen zur Geschichte des 30jährigen Krieges im Bamberger Hochstift, wie sie das kgl. Kreisarchiv Bamberg in reichlicher Fülle bewahrt. Dieses Studium bot dem Verfasser um so grösseren Reiz, als der wichtigste und umfänglichste Teil der hier in Betracht kommenden Archivalien, nämlich die „Bamberger Kriegs-Akten des 30jähr. Krieges“ erst vor 2 Jahren durch eine chronologische Anordnung ihrem bisherigen chaotischen Zustande entrissen und damit erst benützbar gemacht wurden. So befand sich der Verfasser, dank dem Wohlwollen einer kgl. Archivbehörde, in der günstigen Lage, zum grössten Teil ein noch völlig „jungfräuliches“ Quellenmaterial für seine Studien benützen zu können. Selbstverständlich wurden auch weitere Bestände des kgl. Kreisarchivs herangezogen und ebenso die beiden Staatsarchive in München (kgl. allgem. Reichs-Archiv und Geheimes Staats-Archiv), sowie das kgl. Kreisarchiv zu Würzburg zu einer oft sehr notwendigen Ergänzung in Anspruch genommen.

Die vorliegende Abhandlung versucht es nun, gleich in die Mitte des Krieges und zwar in das Jahr 1631 einzuführen, in welchem durch das Vordringen der Schweden nach Süden die politischen Bewegungen des fränkischen Kreises eine besondere Lebendigkeit gewinnen und zur schwerwiegendsten Entscheidung sich drängen, so dass man das Jahr 1631 als das eigentlich „kritische“ Jahr im fränkischen Kalender des 30jähr. Krieges bezeichnen könnte. Wie das Hochstift Bamberg diese „Krisis“ durchlebte, soll insbesondere in Nachfolgendem dargestellt werden.

Dass der Verfasser hiebei Veranlassung nahm, zuweilen über den lokalen Rahmen hinaus auf die politischen Ver-

hältnisse des fränkischen Kreises überzugreifen, um so eine grundlegende Folie für seine Darstellung zu gewinnen, dürfte bei den engen Beziehungen des Teiles zum Ganzen und hier insbesondere des Bamberger Bischofs als Kreisobersten zu den übrigen Kreisständen einer weiteren Rechtfertigung kaum bedürfen. Zudem sind auch diese Ausblicke grösstenteils unmittelbar aus den Quellen gearbeitet und entbehren wohl nicht ganz eines allgemeineren historischen Interesses.

Unter den rein bambergischen Angelegenheiten möchten namentlich die Beziehungen des Bamberger Bischofs Johann Georg II. zu dem Schwedenkönige Gustav Adolf vor dem schwedischen Einbruche (über welche die älteren Quellschriften meist ganz kurz hinweggehen oder auch einzelnes Unrichtige bringen) eine über das lokale Interesse hinausgehende Beachtung verdienen. Unter dieser Voraussetzung fügt der Verfasser seiner Arbeit noch die „Korrespondenz zwischen Gustav Adolf und dem Bamberger Bischof“ als urkundlichen Anhang bei.

Die bereits angedeutete bisherige Unzugänglichkeit des Hauptmaterials für eine Bamberger Geschichte des 30jähr. Krieges ist wohl die Ursache, dass eine quellenmässige Vorarbeit auf diesem speziellen Gebiete nicht existiert. Möge daher der erste Versuch, einen kleinen Abschnitt dieser Geschichte aus den Quellen darzustellen, eine um so wohlwollendere Aufnahme und nachsichtigere Beurteilung finden. Es würde dies für den Verfasser die beste Ermunterung sein, seinem bescheidenen Beitrage zur Geschichte des 30jähr. Krieges noch eine weitere Fortsetzung folgen zu lassen.

B a m b e r g, im November 1894.

G. H ü b s c h.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	III
Uebersicht der Quellen	VI
1. Kapitel: Einleitendes. — Zur Lage des fränkischen Kreises um die Mitte des Jahres 1631. — Der Nürnberger Kreistag	1
2. Kapitel: Bambergs Kriegswerbungen im Frühjahr 1631. — Der Schlammersdorffsche Durchzug	17
3. Kapitel: Weitere kaiserliche Forderungen. — Durchzug Altringers und Fuggers	30
4. Kapitel: Bamberger kirchliche Restaurationspolitik und der Frankfurter Kompositionstag	40
5. Kapitel: Von Breitenfeld bis Würzburg	60
6. Kapitel: Unterhandlungen des Bischofs mit Gustav Adolf .	72
7. Kapitel: Die protestant. Stände und die Ritterschaft Frankens nach dem Einbruche der Schweden	86
8. Kapitel: Finanzielle Schwierigkeiten in Bamberg. Die Bam- berger Landesmiliz. Ankunft ligistischer Hilfs- truppen	97
9. Kapitel: Das Hochstift unter kaiserlich-ligistischer Besatzung	110
10. Kapitel: Schwedische Bedrohungen und die ersten Zusammen- stöße an der Grenze	122
11. Kapitel: Die letzten Vermittlungsversuche. — Schwedische Vorbereitungen zum Hauptangriffe	135
Urkundlicher Anhang: Korrespondenz zwischen Gustav Adolf und dem Bischof Johann Georg II.	144

Uebersicht der Quellen.

A. Handschriftliche Quellen:

I. *Kgl. Kreisarchiv Bamberg:*

1. Bamberger Kriegs-Akten der Jahre 1630—32 (chronologisch geordnet, unpaginirt).
2. Bamberger Kreis-Akten, Tom. 47, 48 und 49.
3. Bamberger Reichskorrespondenz, Tom. VIII. (v. 1622—39).
4. Bamberger Reformationsakten.
5. 30jähr. Kriegs-Akten, Brandenburger Ser. Fsz. 146—180.
6. Brandenburger Kreis-Akten, Vol. XXIV.
7. Reichs-Akten, Brandenburger Ser. Nr. 94.
8. Ritterschaftliche Recesse aus dem Jahre 1631.
9. Schindler, Auszug aus den Recessen der fränkischen Ritterschaft von 1611—64 (Manuscript).

II. *Kgl. Allgemeines Reichs-Archiv in München:*

Acta des 30jähr. Krieges, Tom. 64 und 176.

III. *Kgl. Geheimes Staats-Archiv in München:*

1. 30jähr. Kriegs-Akten 427/1; 84/11.
2. Bambergische Korrespondenz, schw. K. 84/4.
3. Fränkische Kreissachen, schw. K. 140/1.

IV. *Kgl. Kreisarchiv Würzburg:*

1. Historischer Saal VII, fasc. 3, Nr. 71, Korrespondenz zwischen Tilly, Altringer, Ossa und Bischof Franz von Würzburg.
2. Militärsachen 3101 u. 3102 (f. 149).
3. Miscellen 99.

V. *Kgl. Bibliothek Bamberg:*

Eine schöne wolgegründete Cronica von der kayserl. freyen Reichsstatt Nürnberg (Manuscr. hist. 43).

B. Gedruckte Quellen und Hilfsmittel:

- Abelinus*, Theatrum Europaeum II. Teil, Frankfurt a/M. 1613.
- Aretin*, Bayerns auswärtige Verhältnisse seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts. Bd. 1. — 1839.
- Arkiv* till upplysning om svenska krigens och krigsinrättningarnes historia. 3 Teile, Stockholm 1854—61.
- Chemnitz*, Königl. schwedischer in Teutschland geführter Krieg, I. Teil, Stettin 1648.
- v. Deinlein*, Zur Geschichte des Fürstbischofs Joh. Georg II. (40. Bericht des historischen Vereins zu Bamberg. Bamberg 1878.)
- Donaubauer*, Steph., Nürnberg um die Mitte des 30jähr. Krieges (Dissertation Erlangen). Nürnberg 1893.
- Droysen*, G., Gustav Adolf, 2 Bd. — Leipzig 1870.
- Gropp*, Collectio Scriptorum et. rer. Wirceburg. Tom. III.
- Gross*, Burg- und Markgräfl. Brandenburgische Kriegshistorie der löbl. Fürstent. Culmbach und Ansbach. Hof und Bayreuth 1748.
- Heller*, Jos., Beschreibung und Geschichte der Burg Lisberg in Franken. Bamberg 1835.
- Heller*, Jos., Reformationsgeschichte des ehemaligen Bistums Bamberg.
- Heyne*, O., der Kurfürstentag zu Regensburg (1630). Berlin 1866.
- Holle*, das Fürstentum Bayreuth im 30jähr. Krieg (Archiv für Geschichte und Altertumskunde v. Oberfranken 4. Bd. — Bayreuth 1848.
- Hümmer*, Bamberg im Schwedenkriege (Manuscript der Dominikaner-Nonne Maria Anna Junius, im 52. Bericht des historischen Vereins Bamberg).
- Jäck*, Geschichte der Provinz Bamberg v. Jahre 1006—1803; 3 Teile. Bamberg 1809.
- Jäck*, Bambergische Jahrbücher. — 1829.
- Khevenhiller*, Annales Ferdinandeï, XI. Teil. Leipzig 1726.
- Klopp*, Ono, Tilly im 30jähr. Kriege, 2 Bd. Stuttgart 1861.
- Kriegsschriften*, herausgegeben von bayerischen Offizieren, 2. Bd. München 1820.
- Loch*, Val., Fürstbischof Joh. Georg II. als Präsident der kaiserlichen Commission für den fränkischen Kreis zur Durchführung des Restitutionsedikts (39. Bericht des historischen Vereins Bamberg). Bamberg 1877.
- Londorpius*, Acta publica, IV. Teil. Frankf. a/M. 1668.

VIII

Ludewig, *Scriptores rerum Episcopatus Bambergensis*. Frankfurt und Leipzig 1718.

Mühlich & Hahn, *Chronik der Stadt Schweinfurt*. Schweinfurt 1807

Murr, *Beiträge zur Geschichte des 30jähr. Krieges*. Nürnberg 1790.

Opitz, *die Schlacht bei Breitenfeld*. Leipzig 1892.

Röckl, Seb., *Quellenbeiträge zur Geschichte der kriegerischen Thätigkeit Pappenheims* (Programm des Max - Gymnasiums München 1889).

Rommel, *Geschichte Hessens*, 8. Bd. Marburg und Cassel.

Scharold, *Geschichte der königl. schwedischen und herzogl. sachsen-weimarischen Zwischenregierung im eroberten Fürstentum Würzburg*. Würzburg 1844.

Schreiber, Maximilian der katholische Kurfürst in Bayern. München 1868.

v. Soden, *Kriegs- und Sittengeschichte der Reichsstadt Nürnberg vom Ende des 16. Jahrhunderts*. — 3. Bd. Erlangen 1860.

v. Soden, *Gustav Adolf und sein Heer in Süddeutschland von 1631—35*, 1. Bd. Erlangen 1865.

Stieve, *das Contobuch der deutschen Liga* (deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft v. Quidde X., 1 Heft).

(*Stumpf*), *Diplomatische Geschichte der teutschen Liga im 17. Jahrhundert*. Erfurt 1800.

Tupetz, Th., *der Streit um die geistl. Güter und das Restitutionsedikt* (Sitzungsbericht des philos. histor. Klasse der kaiserl. Akademie der Wissenschaften in Wien, 100. Bd.). Wien 1882.

Webér, H., *Bamberg im 30jähr. Kriege* (Uebersetzung der *Historia Collegii S. J. Bambergensis*) in 48. Bd. des histor. Vereins Bamberg. Bamberg 1886.

1. Kapitel.

Einleitendes. — Zur Lage des fränkischen Kreises um die Mitte des Jahres 1631. — Der Nürnberger Kreistag.

Die ersten Jahre des 30jährigen Krieges hatten den Territorien des fränkischen Kreises mannigfache Gefahren und Bedrängnisse gebracht und nicht unbedeutende Opfer gekostet. Schon die geographische Lage Frankens zwischen den beiden Kriegsschauplätzen Böhmen und Pfalz trug nicht wenig hiezu bei. Aber auch als sich der Kriegslärm nach dem Norden, in den niedersächsischen Kreis verzog, wurde Franken in den Jahren 1625—28 (auch abgesehen von der ständigen Beteiligung der ligistischen Mitglieder mit Geldbeiträgen und Werbesoldaten) durch bedeutende Truppendurchmärsche, Einquartierungen und Kontributionen heimgesucht, welche von den Regierungen wie von den Unterthanen allenthalben als schwere Belastung empfunden wurden.¹⁾

Die Jahre 1629 und 1630 verliefen nach dieser Richtung hin etwas gnädiger und ruhiger, desto mehr aber waren sie erfüllt von innerer Gärung und Aufregung. Der Kaiser, getrieben und getragen von dem berausenden Machtgefühl seiner militärischen und politischen Erfolge im Norden Deutschlands, hatte es an der

¹⁾ Einiges Nähere (zumeist notizenhafte Angaben) über die ersten Kriegsjahre in Franken siehe Scharold's Mittheilungen zur Geschichte des 30jährigen Krieges in Bd. I, Heft 2 des Archivs d. hist. V. f. den Untermainkreis, sowie in Weber, Joh. Gottfried von Aschhausen, Würzb. 1889, ferner in Gross, Brandenburgische Kriegshistorie, Hof und Bayreuth 1748; Soden, Kriegs- und Sittengeschichte der Reichsstadt Nürnberg, II. und III. Teil. — Ueber Truppendurchmärsche durch Bamberger Gebiet vergleiche die Notizen in Heller, Burg Lisberg 1836, S. 53 ff.

Zeit gefunden, die seit Jahrzehnten brennend gewordene vielumstrittene Frage über den Besitz der von den Protestanten eingezogenen geistlichen Güter durch einen unzweideutigen Machtspruch zur endgültigen Lösung zu bringen. Am 6. März 1629 war das Restitutionsedikt erschienen, in welchem die Rückerstattung aller seit dem Passauer Vertrage eingezogenen geistlichen Güter angeordnet und den katholischen Reichsständen das Recht eingeräumt wurde, den Protestantismus in ihren Territorien zu unterdrücken. Mag man über die Rechtsfrage dieses folgenschweren kaiserlichen Schrittes unter den Parteien bis heute noch verschiedener Ansicht sein, darin gibt es unter den Historikern kaum eine Meinungsverschiedenheit, dass das Edikt und die Durchführung desselben in seinen äussersten Konsequenzen ein politischer Fehler, ein arger Missgriff war,¹⁾ der ohne Zweifel die unglückselige Verlängerung des Krieges mit verschuldet und demselben erst das eigentliche Gepräge eines Religionskampfes gegeben hat. Der durch dieses Edikt drohende Verlust von Gut und Einfluss, ja von Religions- und Gewissensfreiheit war es, der die bisher unter sich uneinigen Protestanten einander näher brachte und schliesslich zu einmütigem Handeln vereinigte, der insbesondere die so lange schwankende und zaudernde Politik des Kurfürsten von Sachsen derart beeinflusste, dass derselbe einen Schritt unternahm, welcher ihn in einen erklärten Gegensatz zu Kaiser und Liga stellte — nämlich die Berufung eines evangelischen Konvents, durch welchen die Verbindung der protestantischen Stände mit dem siegreich vordringenden schwedischen König nur noch zu einer Frage der Zeit und der günstigen Gelegenheit gemacht wurde.

Auch in das vielteilige und konfessionell äusserst gemischte Gebiet des fränkischen Kreises trug das Restitutionsedikt die Brandfackel des Unfriedens und stillen Krieges. Zündstoff war

¹⁾ Vergl. auch die streng kathol. Historiker: Ono Klopp, Tilly II, 328 und 391. — Schreiber, Maximilian I., S. 428. — Weiss, Weltgeschichte IX, 255. — Es ist ferner sehr bezeichnend, dass der alte kaisertreue Khevenhiller sich veranlasst fühlt, als den intellektuellen Urheber des Ediktes den französischen Cardinal Richelieu hinzustellen, der es ausgesonnen haben soll, um den Kaiser und das Haus Habsburg auf eine recht boshafte Art zu Fall zu bringen. (Khevenhiller XI, 427.).

hier allerdings schon seit geraumer Zeit vorhanden. Die katholischen Fürsten des Kreises, insbesondere die geistlichen Machthaber zu Würzburg und Bamberg, hatten im Anschlusse an die grosse allgemeine religiöse Reaktionsbewegung der Zeit seit dem Ende des 16. Jahrhunderts eine sehr ergiebige Gegenreformation in ihren Gebieten vorgenommen. An der Spitze der Bewegung marschierte Würzburg unter dem Fürstbischöfe Julius Echter von Mespelbrunn¹⁾ (1573—1617), dem im Bamberger Hochstift an Neithard von Thüngen (1591—1598) ein getreuer Jünger und Nachahmer erwuchs.²⁾ Der zweite Nachfolger des letzteren, Johann Gottfried von Aschhausen (in Bamberg von 1609—1622), welcher im Jahre 1617 in Würzburg auch der Nachfolger des grossen Julius Echter wurde, führte mit Hilfe der von ihm nach Bamberg berufenen Jesuiten das Werk der Glaubensreinigung mit ebensoviel Eifer als Erfolg weiter.³⁾ Und noch war dieser erste Akt gegenreformatorischer Bestrebungen — die Reinigung katholischer Gebiete von protestantischen Unterthanen — nicht völlig zu Ende geführt, als bereits ein zweiter sich anschloss — die Anfechtung des aktuellen Besitzstandes protestantischer Reichsglieder auf Grund von bisher unausgetragenen oder auch an sich unvollkommenen und unklaren Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens — Bestrebungen, wie sie eben durch das Restitutionsedikt von 1629 eine über allen Zweifel erhabene Interpretation und Rechtsnorm für ganz Deutschland finden sollten. In den fränkischen Gebieten knüpften sich diese Restitutionsbestrebungen vor allem an die Namen der Fürstbischöfe Johann Georg II. von Bamberg und Philipp Adolf von Würzburg an, welche beide 1623 als Nachfolger Joh. Gottfrieds von Aschhausen in den nunmehr wiederum getrennten Bistümern zur Regierung gelangten. Insbesondere war es Johann Georg II. Fuchs von Dornheim, der, vom Kaiser zum Vorsitzenden der Restitutions-Kommission im fränkischen Kreise ernannt, nicht bloss in dieser Eigenschaft eine

¹⁾ Buchinger, Julius Echter von Mespelbrunn; ausserdem Gropp, *Collectio Script. et. rer. Wirceburgens.* Tom III 334—338. Fries, *Geschichte d. Bischöfe v. Würzbg.* I, 166—187.

²⁾ Jäck, *Bambergische Jahrbücher.* Bamberg 1829, S. 289. Eine genügende monographische Darstellung der Zeit Neithards ist leider noch nicht vorhanden.

³⁾ Weber, *Joh. Gottfried von Aschhausen.*

äusserst rührige und entschiedene Thätigkeit entfaltete, sondern in dem auch eben das Edikt die weitgehendsten Hoffnungen und Ansprüche im Interesse seiner eigenen Territorial- und geistlichen Gewalt erweckte.¹⁾ Wir werden diese Seite seiner Politik später noch etwas eingehender zu berühren haben; hier genüge die Erwähnung, um darauf hinzuweisen, wie durch die Restitutionsfrage, insbesondere in Franken die Geister gewaltig aufgeregt und alle evangelischen Glieder des zersplitterten Ganzen, Fürsten, Reichsstädte, nicht zum wenigsten auch die Reichsritterschaft in der Sorge um ihren gefährdeten Besitz enger zusammengeführt und schliesslich nach verschiedenen vergeblichen Rettungsversuchen mit ihren Hoffnungen auf den fremdländischen „Messias“, den siegreichen Schwedenkönig, hingelenkt wurden. — Aber die Reformations- und die mit ihr in engstem Zusammenhange stehende Restitutionsfrage waren nicht die einzigen, die um diese Zeit Gärung und Unruhe erzeugten. Es kam dazu das äusserst drückende, von Laune und Willkür beherrschte Kontributions-system des Kaisers, unter dem Fürsten wie Reichsstädte seufzten, und das auch nach dem Schlusse des Regensburger Kurfürstentages bis zu einer anderweiten definitiven Regelung fort dauern sollte.²⁾

Dazu kamen ferner die zahlreichen Prozesse des Kaisers gegen diejenigen Glieder der fränkischen Ritterschaft, welche während der vorausgegangenen Jahre zu den Gegnern des Kaisers gestanden hatten oder wenigstens der Gegnerschaft verdächtig waren, und die daraus folgenden Güterkonfiskationen, welche nicht nur die Gemassregelten auf das Empfindlichste schädigten, sondern auch die territorialen Gerechtsame der fürstlichen Lehensherrn — katholischer wie protestantischer — verletzten.

Unter solchen Umständen erklärt es sich leicht, dass der

¹⁾ V. Loch, Fürstbischof Joh. Georg II. als Präsident der kaiserl. Kommission f. d. fränk. Kr. zur Durchführung des Rest.-Ed. (39. Ber. d. hist. Ver. Bamberg. 1877); vgl. ausserdem Mitteilungen über die Geschichte Joh. Gg.'s II. im 40. Ber. d. hist. V. 1878; ferner: Ludewig, *Scriptores rer. Episcop. Bamberg.* p. 1016—1033.

²⁾ vergl. für Franken die Forderungen des kaiserl. Generalkommissärs Ossa, bezw. des kaiserl. Kommissärs des fränk. Kreises Jean de Remy im Febr. und März 1631 an die Städte Rothenburg, Weissenburg, Nürnberg, Windsheim, Ulm, nach Soden, *Kriegs- und Sittengesch.* III 215—223.

Schritt des Kurfürsten von Sachsen zur Berufung eines evangelischen Konvents nach Leipzig besonders auch in dem protestantischen Teile Frankens mit hoffnungsvollem Beifall begrüßt wurde. Unter den Klagen, die auf demselben gegen die Ausführung des Restitutionsediktes und gegen die gewaltsame Katholisierung der Protestanten geführt wurden, erschollen die der fränkischen Teilnehmer am lautesten und eindringlichsten.¹⁾ Der Ausgang des Konvents ist bekannt. Er führte zu einem bewaffneten Defensivbunde des protestantischen Deutschlands, der die Rechtsgültigkeit des Restitutionsediktes bestritt und dem Kaiser Kriegssteuern und Einquartierung, sowie Truppendurchmärsche verweigerte. Zu dem aufzubringenden Bundeskontingente von 40000 Mann erklärte der fränkische und schwäbische Kreis 15000 Mann zu Ross und Fuss zu stellen²⁾ und zum Zwecke näherer Vereinbarung über die Werbung einen besonderen Versammlungstag zu bestimmen. Dieser Tag fand denn vom 2.—9. Mai zu Nürnberg statt und entschied über die weitere Verteilung und die näheren Details der vorzunehmenden Werbungen. Der fränkische Kreis sollte 3 Regimenter zu Fuss und eines zu Ross aufstellen; das oberste Kommando hierüber fiel dem Kreisobersten Markgraf Christian von Bayreuth zu; als Obersten der Infanterie wurden der markgräfllich bayreuthische Kriegsrat und Oberstlieutenant Hans Christoph von Muffel von Ermreuth auf Neuses, ferner der Ansbacher Graf Heinrich Wilhelm von Solms und der Nürnberger Oberst Johann von Leubelfing ernannt; der Befehlshaber über die Reiterei, zu welcher die fränkische Ritterschaft 5—600 Mann unter dem Obrist Hans Adam von Steinau zu stellen versprach, sollte erst später bestimmt werden. Diese Werbung fiel zunächst den einzelnen Ständen selbst anheim, nur die Reichsstädte Rothenburg, Windsheim, Schweinfurt und Weissenburg wurden gegen Zahlung einer monatlichen Quote von derselben entbunden.³⁾ Wenige Tage nach diesen Beschlüssen sprach die reichsfreie

1) Schreiber, Maximilian I., S. 491.

2) Erklärungen der Vertreter des fränk. und schwäb. Kreises vom 3./13. und 4./14. April 1631 (Reichsakt., Brdb. Ser. Nr. 94.)

3) Ueber die Verhandlungen s. die zwar detailreiche, aber in ihrer Form höchst ungeniessbare Darstellung in Soden, „Kriegs- und Sittengesch.“, III., 233—47.

fränkische Ritterschaft — mit Ausnahme der wenigen katholischen Mitglieder, welche den Verhandlungen ferne geblieben waren — auf einem Rittertage zu Neustadt a/A. (13.—15. Mai) sich für einen definitiven Anschluss an die „Leipziger Bundesverwandten“ aus und beschloss, „dem evangelischen Wesen und dem hochlöblichen fränkischen Crais zum besten fünf Compagnien Arkebusier-Reütter noch zwischen dato vnd Monatsfrist zu richten, hochlöblichem Crais zu präsentiren vnd in 3 bis 4 Monat zu vnderhalten.“¹⁾

Schon seit Ende April, noch bevor alle diese Beschlüsse gefasst waren, wurde die Werbetrommel in allen protestantischen Gebieten eifrigst gerührt. In wenigen Wochen standen die Truppen zur Musterung bereit; schon am 20. Mai fand die erste Musterung von 4 Compagnien zu etwa 900 Mann in Kulmbach statt; etwa 10 Tage später wurden zu Bayreuth einige Compagnien gemustert.²⁾ Die ritterschaftlichen 5 Compagnien wurden durch den Oberst Steinau zu Neustadt an der Heid im Koburgischen gesammelt, Mitte Juni zu Hof gemustert und sodann an der Südgrenze Bambergs, auf brandenburgischen, ritterschaftlichen und nürnbergischen Gütern einquartiert.³⁾

Mit grossem Unbehagen und begründeter Besorgnis wurden die Vorkehrungen der protestantischen Stände in Wien, sowie in dem ganzen katholischen Deutschland betrachtet. Hatte sich ja doch überhaupt seit einem Jahre die politische Lage für den Kaiser sehr zu seinen Ungunsten geändert! Allenthalben wohin er blickte, getrübter Himmel oder drohende Wolken am politischen Horizonte! Im Norden der Schwedenkönig in beständigem Vordringen und eine Landung der Engländer als seit Monaten drohende Gefahr, im Westen das siegreiche Vorgehen der holländischen

¹⁾ Gleichz. Kopie d. Rezesses vom 5./15. Mai in 30jähr. Krgs.-A. Brdbg. Ser. Fasc. 159; daselbst auch Confirmatio des Rezesses durch den Kreisobersten Markgraf Christian, dato Bayreuth 9./19. Juni.

²⁾ Brandenbg. Kriegs-A., Fasc. 160 und 161, welche die Musterrollen enthalten; vergl. Amtmann v. Kupferberg an den Bisch. v. Bbg. 23. Mai 1631 mit ausführlicher Schilderung dieses Musterungs-Aktes zu Kulmbach (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Oberst Muffel an Markgraf Christian, dato Hof v. 4./14. Juni (Brdbg. Krgs.-A. XXIV); Vogt zu Ebermannstadt an Bisch. v. Bbg. v. 3. Juli; Schultheiss zu Forchheim an Statthalter und Räte zu Bbg. v. 4. Juli (Bbg. Krgs.-A.).

Staaten, sowie die Machinationen der französischen Politik, die im Bunde mit den Schweden als ihr vornehmstes Ziel die Demütigung des habsburgischen Hauses erstrebte, in Italien die kostspieligen Kämpfe in Sachen des mantuanischen Erbfolgestreites; dazu kamen nun noch die Werbungen des Leipziger Bundes — und allen diesen Wirren gegenüber eine höchst unzulängliche Armee im Norden Deutschlands mit unzureichender Subsistenz unter einem 72 jährigen Feldherrn, der, seines schwierigen und undankbaren Doppelamtes als kaiserlich-ligistischer Heerführer müde, bereits mehr als einmal den Gedanken der Amtsniederlegung aussprach.¹⁾

Der Kaiser suchte zunächst durch Ermahnung und Drohung zu wirken. Auf die Mitteilung des Leipziger Schlusses antwortete er mit einem abmahnenden Schreiben an den Kurfürsten von Sachsen²⁾ und mit einer Gesandtschaft an den kursächsischen Hof,³⁾ welche den Rücktritt von den Leipziger Beschlüssen forderte; sodann sandte er seine *Mandata monitoria et avocatoria* ins Reich, in welchen er sich zunächst an alle Leipziger Verbündeten wendet, die Unzulässigkeit ihrer Verfassung darzuthun sucht und sie von ihren Werbungen abmahnt, sodann aber alle gehorsamen Stände und Unterthanen des Reiches aufruft, „dem besorgenden Unheil vorzukommen,“ und insonderheit befiehlt, „keinem Kriegs-Volk, so zu behuf dieses Leipziger Bunds geworben werden möchte, einigen Sammelplatz, Pass und Durchzug nit zu gestatten, sondern wo dieselben allenthalben angetroffen, zu zertrennen, niederzuwerffen und aufzuschlagen.“⁴⁾

Und der Drohung folgte rasch die That. Nachdem der Kaiser in Italien Friede gemacht,⁵⁾ wälzten sich die dadurch frei

¹⁾ Vgl. die klägl. Berichte Tilly's an den Kurfürsten v. Bayern dato Stargard den 22. März, an den Bisch. v. Bbg. dato Möckern b. Magdeburg v. 19. April, die Instruktion des Tilly'schen Abgesandten zum Dinkelsbühler Bundestag v. 23. April; Schreiben Pappenheims an den Kurfürsten v. Bayern v. 19. April. (Bbg. Krgs.-A.)

²⁾ dato Wien, 7. Mai; Londorpius, *Acta publica* IV. 146. — Abelinus, *Theatrum europaeum* II. 312.

³⁾ Instruktion des kaiserl. Gesandten Hegenmüller (Londorp IV, 147). — Abelinus, *Theatrum europ.* II. 312 ff.

⁴⁾ Beide Mandate dato Wien, 14. Mai 1631, Orig.-Exempl. in Bbg. Kreis-A., Tom. 47, abgedruckt Londorp. IV, 152 ff.

⁵⁾ Friede von Cherasco (6. April 1631.)

gewordenen kaiserlichen Truppen unter Fürstenberg gegen den schwäbischen und fränkischen Kreis, und im Norden zog Tilly nach dem Falle von Magdeburg mit neuerwachtem Siegesgeföhle statt gegen den Schwedenkönig gegen den eifrigsten Parteigänger der evangelischen Sache, den Landgrafen Wilhelm von Hessen heran, um dessen Rüstungen zu hindern und zugleich eine Verbindung mit dem Süden Deutschlands herzustellen.¹⁾

Auch die Liga war angesichts der Gefahr nicht unthätig geblieben. Ein kriegerischer, zum Angriffe geneigter Geist wehte auf dem Ligatage zu Dinkelsbühl (5. – 20. Mai). Hier wurde in Berücksichtigung der veränderten Sachlage vor allem über neue Werbungen und die hiezu notwendigen Bundeskontributionen Beschluss gefasst. Die Bundesarmee von 20 000 Mann (wie sie 1630 auf der Regensburger Versammlung festgesetzt war) wurde um 9000 Mann Fussvolk und 2000 Reiter erhöht, die Bundesbeiträge wurden in der Weise festgesetzt, dass als Anritt- und Laufgeld 6 Römermonate bis Ende Mai, ferner in den nächsten 3 Monaten 48 Römermonate in 2 sechswöchentlichen Fristen entrichtet werden sollten. Für die von Tilly dringend geforderte Nachschaffung von 5—600 Artilleriepferden sollte ein weiterer Römermonat gezahlt werden. Bei unvermeidlicher Notdurft sollte die Bewilligung auch ohne weiteren Bundesbeschluss über die festgesetzten 3 Monate hinaus über 2 weitere Monate (mit je 16 Römermonaten) sich erstrecken. Die Werbungen wurden von den einzelnen Bundesständen übernommen, die Anzahl des geworbenen Volks, sowie die Namen der Befehlshaber sollten aber baldigst dem Bundesobersten angezeigt werden, und erst von diesem Momente an konnten die Unkosten dem Bunde aufgerechnet und von den Bundeskontributionen in Abrechnung gebracht werden.²⁾ — So hatte auch die Liga sich noch zu einer letzten Anstrengung ihrer Kräfte aufgerafft, und die Werbungen gingen im gesamten Süden Deutschlands ungehindert von statten.³⁾

¹⁾ Fürstenberg stand Mitte Mai bereits vor Memmingen; Tilly brach am 3. Juni von Magdeburg nach Thüringen auf (Ono Klopp, Tilly II, 313.)

²⁾ Ueber die Verhandlungen in Dinkelsbühl s. Schreiber, Maximilian, 498 ff; — Berichte der Bbg. Gesandten an den Bisch. v. Bbg. vom 14. und 17. Mai (Bbg. Krgs.-A. 1631).

³⁾ Es wurden im Laufe der Monate Mai bis Juli geworben v. Kurmainz 900 Mann Fussvolk u. 100 Reiter, v. Würzburg 1200 Mann Fuss-

Es ist erklärlich, dass unter solchen Verhältnissen es kaum mehr zu einer gemeinsamen Aktion unter den Ständen des fränkischen Kreises kommen konnte. Und doch verlangte der Kaiser eine solche zur Regelung der Kriegskontributionen für das Reich. Auf dem Kurfürstentag zu Regensburg war festgesetzt und noch vor dem Schlusse desselben durch eigenes kaiserliches Mandat den Reichsständen publiziert worden, dass zur Abstellung der so allgemein geführten Klagen die Kontributionen fortan durch Kreistage bestimmt und nach der Reichsmatrikel auf dem Wege der Kreisverfassung erhoben werden sollten.¹⁾

Im April 1631 gelangte an die ausschreibenden Stände des fränkischen Kreises (den Bischof Joh. Georg von Bamberg und den Markgrafen Christian von Bayreuth) das kaiserliche Ersuchen, einen Kreistag zu diesem Zwecke benennen und ausschreiben zu lassen.²⁾ Der Bischof schlug als Versammlungsort Nürnberg und als Termin des Beginnes den 19. Mai vor.³⁾ Der Markgraf Christian jedoch, dem daran liegen musste, für die Ausführung der Leipziger Beschlüsse Zeit zu gewinnen, setzte eine Verzögerung des Beginnes um eine Woche durch,⁴⁾ und so nahm denn der Konvent erst am 26. Mai 1631 seinen Anfang. Die fränkischen Stände waren durch Gesandte nahezu vollzählig vertreten.⁵⁾ Als kaiser-

volk u. 500 Reiter, von Bamberg 900 Mann Fussv. u. 100 R., vom Teutschmeister 400 M. F., — R., v. Eichstädt 300 M. F. u. 100 R., Dillingen 300 M. F., — R.; Fulda — F., 100 R., von Churbayern auf Kosten des Bundes 4900 M. F. u. 1100 R., im ganzen also 8900 Mann zu Fuss u. 2000 Reiter. (Bbg. Krs.-A. 48, fol. 316.).

¹⁾ Kaiserl. Mandat dato Wien 9. Nov. 1630, gleichz. Cop. Bbg. Reichskorrespondenz VIII.

²⁾ 8. April, pr. 22. April, Kaiser Ferdinand II. an den Bisch. v. Bbg. und Markgraf v. Bayr., Orig. in Bbg. Kreis-Act. Tom. 47.

³⁾ Schr. v. 24. Apr. Bisch v. Bbg. an Markgr. Christ. (Bbg., Kreis-A., T. 47).

⁴⁾ Schr. v. 17./27. April. Markgr. Christ. an Bisch. v. Bbg. (Bbg. Kreis-A., T. 47).

⁵⁾ Verzeichnis d. anwesenden Gesandten s. Soden, Kriegs- und Sittengesch. III., 261; nur die Grafschaft Henneberg (dem Churf. v. Sachsen zugehörig) und das Amt Schmalkalden (z. Landgrafschaft Hessen gehörig) waren nicht vertreten. (Entschuldigungsschr. des Landgr. Georg v. Hessen v. 14./24. Mai. Bbg. Kreis-A., T. 47).

liche Kommissäre waren ernannt der „Teutschmeister“ Joh. Kaspar (von Stadion) zu Mergentheim, der Reichshofrat Johann Anton von Popp und Kaspar von der Tann,¹⁾ als Direktoral-Abgesandte fungierten die bambergischen Abgeordneten Franz von Hatzfeld, Domkantor und Stiftspropst bei St. Gangolph, sowie die bambergischen Räte Dr. Anton Winter und Wolf Christoph Fleischmann.²⁾

Es waren nicht geringe Forderungen, die von kaiserlicher Seite an die erschöpften Kassen der Kreisstände gestellt wurden. Die kaiserliche Proposition, welche am 26. Mai vormittags der Versammlung eröffnet wurde, forderte zunächst 1 Jahr lang jeden Monat „den achtfachen Römerzug“, also im ganzen 96 Römermonate. Der Kaiser erhofft, wie er in der Proposition zum Ausdruck bringt, eine ausnahmslose Genehmigung dieser Kreissteuer um so mehr, als selbst von verschiedenen Ständen die Umänderung der bisherigen „Partikular-Kontributionen“ in solche „durchgehende Kontributionsanschläge“ gewünscht worden sei und diese Steuer auch eine merkliche Erleichterung gegenüber den bisherigen Kontributionen bedeute. Er verweist auf die zu Regensburg beschlossene und in Aussicht genommene Reduktion der kaiserlichen Armada und verspricht, dass in Durchzügen, Musterungen und Einquartierungen, als auch bei Anlage und Einforderung der bewilligten Kontributionen den Reichssatzungen nachgelebt und kein gehorsamer Stand weiter beleidigt noch beschwert werde.³⁾

Diese kaiserliche Forderung war der Form nach zwar an alle, im wesentlichen jedoch ausschliesslich an die Adresse der protestantischen Stände gerichtet. Denn die der Liga angehörigen Mitglieder hatten sich durch den Regensburger Schluss bereits so weit salviert, dass ihre zu bewilligende Kreisquote nicht in die kaiserliche, sondern in die ligistische Kasse fallen und bei derselben in Anrechnung gebracht werden solle, und da die kaiserliche Forderung immer noch nicht die Höhe des Liga-Beitrages erreichte, so war die Genehmigung derselben für

¹⁾ Vgl. Instruktion ders. dato Wien d. 8. April (gleichz. Copie Bbg. Kreis-A., Tom. 47.)

²⁾ Vgl. Instruktion derselben dato Bbg. v. 24. Mai, ibidem fol. 247 ff

³⁾ Kaiserl. Proposition v. 26. Mai s. Bbg. Kreis-A., T. 47, fol. 260.

die Ligisten nur ein formeller Akt, der ihre Kasse um keinen Heller belastete.¹⁾

Anders bei den Protestanten, die sich zu Leistungen für den Leipziger Bund verpflichtet hatten und weiter dem Kaiser eine regelmässige Kontribution leisten sollten, welch' letztere möglicherweise, ja nach der Tendenz der kaiserlichen Mandate höchst wahrscheinlicherweise, gegen sie selbst gebraucht werden sollte.

In den ligistischen Kreisen Frankens mochte man sich daher von allem Anfang an wenig genug von dem Konvente erhoffen. „Es ist leichtlich zu erweisen“, schreibt der Bischof von Bamberg an den „Teutschmeister“ von Mergentheim, „was von den Protestierenden, als die ohne das bey diesem Crais die majora machen, diesfahls zu gewarten sein würdt vnd allem Ansehen nach wohl zu besorgen, man werde Ihrer Kays. May. Intent vf diesmahl schwerlich erreichen, vielleicht auch müe vnd vncosten vergebens anwenden.“²⁾

Die Besorgnis des Bischofs war nicht unbegründet. Als es in der 2. Hauptsitzung am 28. Mai zur Beratung und Abstimmung kam, erklärten die protestantischen Gesandten, die begehrte Kontribution sei eigentlich eine Sache, die den Reichstag angehe; zudem seien sie zur Bewilligung einer so hohen Summe von ihren Prinzipalen keineswegs instruiert, doch um des lieben Friedens willen und unter der Bedingung, dass alle Klagen der Stände über die mannigfachen Kriegsbeschwerden abgestellt würden, seien sie geneigt, 20 einfache Römermonate auf das Jahr „ad referendum“ in Aussicht zu stellen; eine endgültige Erklärung hierüber könne jedoch erst in 3 Wochen schriftlich erfolgen.³⁾

Mit Unwillen wurde diese Erklärung von kaiserlicher Seite aufgenommen; man hatte zwar nicht alles, doch etwas mehr

¹⁾ Vgl. d. Schreiben des Teutschmeisters an den kaiserl Kommissär Popp v. 3. Mai 1631, er möge die Sache dem Bisch. v. Bbg. in diesem Sinne persönlich auseinander setzen; — an den Bischof v. Würzburg wird zur Gewinnung seines Votums vor dem Kreistage Kaspar v. d. Tann abgesandt. (Bbg. Kreis-A. 47).

²⁾ Bisch. v. Bbg. an d. Teutschmeister v. 5. Mai (Bbg. Kriegs-A.)

³⁾ Erklärung der Deputierten auf die Kaiserl. Proposition s. Bbg. Kreis-A. 47, fol. 279; ferner Bericht der Bbg. Abgeordneten an den Bisch. v. 28. Mai, a. a. O. fol. 271.

Entgegenkommen erwartet, war ja doch gerade am Tage vor der Eröffnung der Versammlung die Nachricht von dem Falle Magdeburgs nach Nürnberg gelangt und hatte die Herzen der Kaiserlichen in weitgehender Hoffnung geschwellt; ¹⁾ mit Entrüstung spricht daher Kommissär Popp von diesem „schimpflichen Anbott, so in effectu nichts sei“; „Gott aber ist noch in hohem Himmel“, schreibt er in zorniger Aufwallung an den Bischof von Bamberg. ²⁾

Am 31. Mai erfolgte die Replik der kaiserlichen Vertreter. Sie weist dieses unzulängliche Anerbieten in entschiedener Weise zurück, sucht die Gründe der Ablehnung zu widerlegen, ermässigt nunmehr aber selbst die kaiserliche Forderung auf den 6fachen Römerzug per Monat, also im ganzen auf 72 Römermonate. Sie droht im Falle der Verweigerung mit der Fortsetzung der militärischen Kontribution im „alten, ganz widrig gebrauchten modo“ und verwahrt sich im voraus gegen alle Schuld an dem aus einer Verweigerung folgenden Unheil, die schwere Verantwortung allen denen zumessend, „welche sich von anderen treuherzigen, mitleidenten Stendten absondern vnd dadurch das ganze Reichswessen in augenscheinliche gefahr kommen lassen.“ ³⁾

Die kaiserliche Replik blieb ohne Wirkung. Schon waren einzelne der evangelischen Gesandten wieder abgereist, und am 2. Juni vertagte sich die Versammlung unter der Erklärung, dass sie die „replica für diesmal, wie alles andere, so bey diesem Craisstag vorgehet, ad referendum annehmend, dahin gestellt sein lasse.“ Die evangelischen Gesandten übergaben dem Direktorium ein Separatvotum, in welchem sie ihre Ablehnung, bezw. ihr Angebot nochmals eingehend zu begründen suchten. ⁴⁾

Unterdessen aber hatte der Gang der Kriegsergebnisse den fränkischen Kreis in immer grössere Gefahr gebracht. Die Fort-

¹⁾ Die Nachricht von der Einnahme und Zerstörung Magdeburgs (20. Mai) gelangt am 25. Mai durch einen Eilboten von Leipzig zunächst nach Nürnberg; kaiserl. Kommissär v. Popp schickt in freudiger Erregung noch an demselben Tage einen Boten mit der Nachricht von Nürnberg nach Bbg., welcher abends hier anlangt. (Popp an Bisch. v. Bbg., v. 25. Mai und Dank d. Bisch. v. 26. Mai. Bbg. Kreis-A. 47.)

²⁾ Popp an d. Bisch. v. Bbg. v. 28. Mai. (Bbg. Kreis-A. 47, fol. 273).

³⁾ Replik der Kaiserl. Gesandten vom 31. Mai a. a. O., fol. 286 ff.

⁴⁾ Fernere Antwort der Gesandten an den kaiserl. Kommissär v. 2. Juni. Bbg. Kreis-A. 48.

schritte des aus Italien kommenden kaiserlichen Heeres unter Egon von Fürstenberg gegen die schwäbischen Reichsstädte und gegen den Herzog von Württemberg¹⁾ liessen für die Anhänger des Leipziger Schlusses das Schlimmste befürchten. Dazu kam der Fall Magdeburgs und der Tillysche Vormarsch gegen Hessen und Thüringen im Norden, wodurch die Aussicht auf eine Hilfe von Sachsen her so gut wie abgeschnitten war. Zwar versicherte der Kurfürst von Sachsen auf die Anfrage des Markgrafen von Bayreuth, dass er treu und fest bei dem Leipziger Bündnis verharren werde und empfahl eine Hilfeleistung für den schwäbischen Kreis,²⁾ aber er selbst liess sich trotz wiederholter inständiger Bitten nicht zur geringsten Hilfe herbei.

Schon hatten einzelne süddeutsche Bundesglieder, durch Kriegsgewalt gezwungen, dem Bunde entsagt, und andre hatten Bedenken, den Kaiser durch eine Hilfeleistung für den schwäbischen Kreis weiter zu erzürnen. Die Unentschiedenheit und Halbheit des Leipziger Bundes zeigte sich jetzt schon in ihrer ganzen Jämmerlichkeit.

Unter diesen Verhältnissen fanden es die evangelischen Stände geraten, den Weg der Vermittlung zu beschreiten. Eine Abordnung der fränkischen und schwäbischen Stände zum kaiserlichen Feldherrn selbst hatte so viel wie keinen Erfolg.³⁾ Fürstenberg verwies einfach auf die kaiserlichen Patente, woraus sie ersehen würden, wie sie sich dem Kaiser gegenüber zu verhalten hätten. Ein nicht viel besseres Resultat hatte die wenige Tage später erfolgende Gesandtschaft an den Kurfürsten von Bayern nach München, welche die Vermittelung des Kurfürsten zur Entfernung des kaiserlichen Kriegsvolks aus dem fränkischen und schwäbischen Kreise bezweckte. Auf ihre Friedensversicherungen wurde vom

¹⁾ Am 14. Juni muss sich Memmingen, am 17. Kempten ergeben, dann erfolgt Ende Juni der Angriff auf Ulm und auf das Herzogtum Württemberg.

²⁾ Kurf. v. Sachsen a. d. Markgr. v. Bayreuth vom 22. Mai (1. Juni); Soden, Kriegsgesch. III. 272.

³⁾ Die Gesandtschaft, bestehend aus dem Nürnberger Hauptmann Wolf Albrecht Pömer, einem Ulmer und einem Württemberger Vertreter, war am 24. u. 25. Juni im fürstenbergischen Lager zu Wiblingen (Soden, Kriegsgesch. III. 289.)

Münchener Hofe aus mit den ausdrücklichsten gleichen Be-
teuerungen geantwortet, doch in der Sache selbst erklärte der
Kurfürst, dass er mit dem im schwäbischen Kreise liegenden
Kriegsvolk nichts zu thun, noch über dasselbe irgend welches
Kommando habe, und dass die Führer desselben sich durch ihn
von ihren durch den Kaiser erhaltenen Befehlen wohl nicht
abhalten lassen würden.¹⁾

Mittlerweile war die von seiten der evangelischen Abgeord-
neten zu Nürnberg ausbedungene dreiwöchentliche Informations-
frist zu Ende gegangen, ja bereits überschritten. Von dem Direktor
des Kreises, dem Bischof von Bamberg, dazu angemahnt,²⁾ hatte
Markgraf Christian von Bayreuth auf den 6. Juli eine Fortsetzung
des Kreistags für die evangelischen Stände zu Nürnberg anberaumt.³⁾

In gedrückter Stimmung begannen am 7. Juli die Verhand-
lungen, die zunächst die Frage der Intervention wegen der drohenden
Fürstenbergischen Armada wiederum in den Vordergrund stellten.
Zuerst wird der Teutschmeister von Mergentheim als kaiserlicher
Kommissarius um solche Interponierung gebeten;⁴⁾ doch derselbe
antwortet unzweideutig, dass man erst die Beschlüsse der Ver-
sammlung kennen müsse, ehe in dieser Richtung ein Schritt gethan
werden könne.⁵⁾ Geneigter, weil durch den Einbruch der Fürsten-
bergischen Regimenter selbst direkt bedroht, zeigt sich der Bischof
von Bamberg, der eine Vermittlung zur Abwendung der Gefahr
wenigstens in Aussicht stellt.⁶⁾

Die Lage des Kreises aber wurde von Tag zu Tag bedenk-
licher. Tilly liess sich von Thüringen aus drohend vernehmen.

¹⁾ Memorial der fränk. Kreis-Abgesandten augsbg. Konfession an
d. Kurfürsten v. Bayern vom 1. Juni (21. Juni) 1631; — Resolution des
Kurf. v. Bayern hierauf vom 2. Juli (Bbg. Kreis-A. 48; auch Londorp IV.
221 ff.) — Eingehende Beschreibung der Reise nach München bei Soden,
Kriegsgesch. III. 297 ff.

²⁾ Bisch. v. Bbg. an Markgr. Christian v. 29. Juni. (Bbg. Kreis-A. 48.)

³⁾ Markgraf Christian an Bisch. v. Bbg. vom 1. Juli (21. Juni) (a. a. O.)

⁴⁾ Die evangel. Gesandten dato Nürnberg an den Teutschmeister
vom 20./10. Juli (Bbg. Kreis-Akt. 48, fol. 120.)

⁵⁾ Teutschmeisterische Antwort an die evang. Gesandten in Nürn-
berg vom 22. Juli (ibidem, fol. 125.)

⁶⁾ Die evangel. Gesandten zu Nürnberg an den Bisch. v. Bbg. v.
24./14. Juli, ibid. fol. 140; Antwort hierauf vom 25. Juli; ibid. fol. 170.

Er hatte Befehl erhalten, wenn möglich einige Regimenter in den fränkischen Kreis zu schicken, um die geistlichen Stifter Frankens zu sichern, und drohte mit Gewaltanwendung gegen die renitenten Protestanten¹⁾; aus Württemberg kam die Nachricht, dass der Herzog am 11. Juli von dem Grafen von Fürstenberg zum Akkord und zur Abdankung seines geworbenen Volkes gezwungen worden sei; der kaiserliche Kommissär Popp drängte zu einer endlichen Erklärung des Konvents. Die Protestanten sahen sich zur Nachgiebigkeit genötigt. Sie boten erst 50, dann 60 Monate, bequerten sich aber endlich zur Bewilligung der vollen Forderung und übergaben am 25. Juli an die kaiserlichen Kommissarien die schliessliche Erklärung, dass sie zur Zahlung von 72 Römermonaten auf ein Jahr, zahlbar in 3 Terminen zu je 4 Monaten sich bereit finden wollten, knüpften jedoch hieran die Bedingung, dass damit alle Restanten aus früheren Kontributionen kompensiert und verglichen seien, dass ferner alle militärischen Aktionen gegen sie eingestellt und ein jeder Stand bei seinen Privilegien und dem Religions- und Profanfrieden erhalten bleibe.

Was die geforderte Abdankung des geworbenen Volks anlangt, so stellten sie zwar eine Entlassung desselben in Aussicht, doch wollten sie dieselbe nur allmählich bewerkstelligen und „auss noth und noch vnbefreyten besorglichen Durchzügen“ einen etwaigen unvermeidlichen Schutz sich vorbehalten.

Auch die Ritterschaft liess sich in dieser Erklärung vernehmen, dass sie bereit sei, eine monatliche „Defensionssteuer“ von 6000 fl. zu entrichten und dagegen vom Kaiser der Einstellung der Prozesse gegen ihre Mitglieder und der Gewährung eines völligen Pardons sich getröste.²⁾

Obwohl diese Erklärung mit ihren angefügten Bedingungen in Wien nicht völlig befriedigte, war sie doch dazu angethan, den fränkischen Kreis vor einer Ueberflutung durch kaiserliches Kriegsvolk augenblicklich zu bewahren. Sie wurde, nachdem sie an die kaiserlichen Kommissarien, sowie an das Kreisdirektorium übergeben war, von dieser Seite an den Kurfürsten von Bayern und

¹⁾ Soden, Kriegsgesch. III, 306.

²⁾ Der evang. Gesandten zu Nürnberg schliessliche Erklärung vom 15/25. Juli, (gleichz. Kopie in Bbg. Kreis-A. 48, fol. 124 ff.)

an die Generäle Tilly und Fürstenberg abgesendet, und der Bischof von Bamberg selbst ersucht letzteren, „mit seinem als insgemein verlauten will gegen diesen Crais vorhabenden Anzug vnbeschwerdt etwas zurückzuhalten vnd der sembtlichen gehorsamen fränkischen Stendte alss biss auf ervolgende fernere Kays. resolution mit der überführung zu verschonen“.1)

Aber in Wirklichkeit waren die Bewegungen der kaiserlichen Armada nicht mehr abhängig von den mehr oder minder entgegenkommenden Beschlüssen der süddeutschen Protestanten, sondern wurden vielmehr bestimmt durch die bedeutungsvollen Ereignisse auf dem nördlichen Kriegsschauplatze, wo das unerwartete Vordringen des Schwedenkönigs über die Elbe neue Entschlüsse und Massnahmen erforderte.

1) Bisch. v. Bbg. an Egon v. Fürstenberg v. 28 Juli (Bbg. Kreis-A. 48).

2. Kapitel.

Bamberg's Kriegswerbungen im Frühjahr 1631. — Der Schlammersdorff'sche Durchzug.

Das Bekanntwerden der Leipziger Beschlüsse und die sich hieran knüpfenden Werbungen der protestantischen Stände wirkten in besonderem Grade besorgniserregend auf die katholischen Staaten Frankens. Unter diesen erschien namentlich das Hochstift Bamberg in einer sehr prekären Lage. Fast auf allen Seiten von protestantischen Gebieten umgeben und selbst innerhalb seiner Grenzen von zahlreichen Besitzungen protestantischer Edelleute durchsetzt, in seinen Hilfsquellen bedeutend heruntergebracht, jedoch noch lange nicht so erschöpft, um den Feind nicht zum Einfalle zu reizen, seine Hauptstadt in offener, ungeschützter Lage, seine beiden Festungen Forchheim und Kronach in mangelhaftem Verteidigungszustand und ohne Besatzung, — so vergrösserte das Gefühl der Schwäche jeden zunächst noch bedeutungslosen Schritt der Gegenpartei zu einer dringenden, schweren Gefahr. Die Nachricht, dass der Oberst Schlammersdorff auf dem Leipziger Konvente den Vorschlag gemacht habe, unmittelbar in die Stifter Bamberg und Würzburg einzufallen, und sich erboten habe, mit 500 Mann die Stadt Bamberg zu occupieren, — eine Kunde, die dem Bischofe über München zukam, — wirkte ganz besonders beängstigend.¹⁾

Bald liefen von den verschiedensten Seiten Amtsberichte ein, welche über Werbungen in markgräflichem Gebiete oder auf edelmännischen Gütern, über Durchzüge geworbener Scharen durch Grenzämter des Hochstifts, über Ausschreitungen geworbener

¹⁾ Max von Bayern an Bisch. v. Bbg. dato München, 6. Mai (Bbg. Kreis-A. 47, fol. 148.)

Knechte gegen bambergische Unterthanen Klage führten. Der Bischof Johann Georg begab sich Ende April nach Würzburg,¹⁾ um angesichts der Gefahr und in Hinblick auf den bevorstehenden Kreistag mit dem dortigen Nachbarn vertrauliche Verhandlung zu pflegen.

Der Teutschmeister von Mergentheim hatte den Vorschlag gemacht, dass die Protestanten des Kreises vom Direktorium aus an ihre Pflichten gegen den Kaiser erinnert und wegen ihrer Werbungen zur Verantwortung gezogen würden.²⁾ So richtete denn der Bischof von Bamberg sogleich von Würzburg aus an den Markgrafen Christian von Bayreuth wie an die Reichsstadt Nürnberg die Aufforderung, wegen ihrer Werbungen sich zu erklären. Zugleich wurde in Gemeinschaft mit Würzburg ein Mandat verfasst, welches allen Unterthanen des Stifts unter Androhung der härtesten Strafen verbot, sich „bey jetzigen betrüglichen Leufften vnd allerley suchenden Praktiken von irgend Jemand schreiben, werben, bestellen oder aus vnserem Stift führen zu lassen.“ Alle diejenigen, welche bereits ausser Landes und in fremden Diensten sich befinden, werden bei Vermeidung gleicher Strafen aufgefordert, sich solchen Dienstes ledig zu machen und zurückzukehren.³⁾

Noch während der Anwesenheit zu Würzburg wurden von Johann Georg auch die ersten Vorbereitungen zu eigenen Rüstungen getroffen. Bereits am 28. April befiehlt er dem Schultheiss zu Forchheim, bis zu seiner Zurückkunft in aller Stille 50—60 Soldaten zu werben und die Festung Forchheim sich aufs beste anbefohlen sein zu lassen,⁴⁾ zugleich sendet er an die Bamberger Statthalter und Räte das Ausschreiben zur eiligen Einberufung der Landstände, um mit denselben über die vorzunehmenden Rüstungen zu beraten.⁵⁾

¹⁾ Am 28. April befindet sich der Bischof in Würzburg, wo er bis 2. Mai verbleibt, am 3. Mai auf der Rückreise in Burgwindheim, am 5. Mai bereits wieder in Bamberg (nach Korrespondenz-Datierungen.)

²⁾ Teutschmeister an Bisch. v. Bbg., 26. April (Bbg. Kreis-A.).

³⁾ Die gedruckten Mandate für Würzburg vom 2. Mai, für Bamberg vom 4. Mai. (Bbg. Kriegs-A.).

⁴⁾ Bisch. v. Bbg. an Schulth. v. Forchheim dato Würzburg, 28. April (Bbg. Kreis-Akt. 47.).

⁵⁾ Bisch. v. Bbg. an Statthalter und Räte zu Bbg. dato Würzburg, 28. April (Bbg. Krgs.-A.).

Gleich nach seiner Rückkehr sah der Bischof den Ausschuss der Landstände in Bamberg um sich versammelt. In beweglicher Proposition ¹⁾ weist er auf die „schnellen, vnuersehenen und starken Kriegsbereitschaften“ der protestantischen Nachbarn hin, und wie er glaubwürdige Kundschaft habe, „dass ein solcher Anschlag obhanden, welcher zu der Stifter genzlichen Verderb- und Vndertruckhung, auch Aussrottung aller Catholischen vermeint und angesehen sey.“ Zur Abwendung dieser Gefahr seien nächst Gottes Hilfe ausserordentliche Massnahmen von menschlicher Seite erforderlich. Bereits 9 Jahre lang habe er sich die schwersten Opfer auferlegt und aus den ohnehin sehr geringen Kammergefällen und den bewilligten gewöhnlichen Steuern mehrere Tonnen Goldes auf Proviantierung der Truppendurchzüge, Abstattung der Bundeskontributionen, auf kostspielige Legationen verwendet. Jetzt, da ihm zur Begegnung der vor Augen stehenden Gefahr weitere Mittel für sich allein zu erschwingen nicht möglich, müsse er es den getreuen Landständen anheimstellen, ob sie noch weiter zusehen oder über Anstalten zur Verteidigung beschliessen wollen. Da man sich weder von dem kaiserlichen Kriegsvolk noch der Bundesarmada einer Hilfe zu getrösten habe, indem dieselben mit dem König von Schweden genug zu thun hätten, sei eine eigene Kriegsverfassung dringend geboten. Bei der drängenden Eile sieht der Bischof von einer besonderen Kriegsanlage ab, erwartet aber von der Treue der Unterthanen, dass „diejenigen, so etwas an paarschaft oder anderem vorrath, aus welchem baldt geldt zu machen, gesegnet, dasselbe auf gemeine widerbezahlung herleihen, um nur ein wenig Volk auf die Beine zu bringen,“ die anderen aber, „so dergleichen vorrath nit haben, den für das Volk bedürftigen Vnterhalt mit ihrem Zuschuss an getraidt, Vih vnd getrankh befördern helfen.“

Die Landstände zeigen sich willfährig für eine Beihilfe,²⁾

¹⁾ Proposition für den bey jetziger Kriegsgefahr von den Landtstenden beschriebenen Ausschuss dato Bbg., 6. Mai (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Genaueres über ihre Erklärung fehlt in den Akten; jedoch schreibt der Bisch. v. Bbg. am 12. Mai an den Kurfürsten von Bayern, dass „seine armen Unterthanen auf sein Erinnern und bey solcher gefahr all ihren Vorrath an geldt, Silber, geschmeid und fruchten herzugeben sich erboten“. (Bbg. Kreis-A. 47, fol. 182.).

und so nehmen die Werbungen auch im Bamberger Gebiet einen verhältnismässig raschen Fortgang. Am 12. Mai macht der Bischof dem Bundesobersten Maximilian von Bayern die Mitteilung, dass er im Werke sei, 3 Kompagnien zu Fuss, jede zu 300 Mann und eine Kompagnie zu Ross zu werben und dass er davon bereits eine Kompagnie zu Fuss beisammen habe; am 27. Mai meldet er, dass das Fussvolk „albereit meistens beisammen“ und demnächst gemustert werden könne. Doch erfolgt erst am 25. Juni die Musterung des Fussvolks und am 27. die der Reiter. Unterdessen war auf dem Ligatag zu Dinkelsbühl Beschluss gefasst worden, dass die von den Bundesmitgliedern geworbenen Soldaten auf die Bundeskasse übernommen werden sollten, sobald eine Spezifikation der Werbungen an den Bundesobersten gelange; daher beeilte sich der Bischof, eine „Designation“ der vollzogenen Werbung mit Benennung der Offiziere nach München einzusenden.¹⁾

Der von dem Bischofe so sehr gefürchtete gemeinschaftliche Anschlag der Protestanten gegen die geistlichen Stifter erfolgte nicht, weil er in Wirklichkeit gar nicht geplant war. Den Leipziger Bundesverwandten fehlte es viel zu sehr an einer zielbewussten Einigkeit in ihrer Politik, als dass sie zu einem solchen gewaltsamen Schritte sich entschlossen hätten. Sowohl der Markgraf von Bayreuth als die Reichsstadt Nürnberg beantworteten die

¹⁾ Bisch. v. Bbg. an Kurfürsten von Bayern v. 12. und 27. Mai und 28. Juni mit Beilagen (Orig. Münchener R.-Arch. Krgs.-A., T. 64.) — Die Offiziere des Fussvolks waren: 1. Kompagnie: Kapitän Hugo Dietrich Echinger von Galssheim, Lieutenant Christoph Schwarz von Wiesenfels, Fähndrich Heinrich Achatz von Aufsess; 2. Kompagnie: Kapitän Siegmund Jakob v. Schaumberg, Lieutenant Hans Christoph Fleischmann, Fähndrich Philipp Rudolf von Fronhoven; 3. Kompagnie: Kapitän Schultes, Lieutenant Michael Fuchs, Fähndrich Hans Friedrich von Tillisch.

Die Offiziere der Reiterkompagnie: Rittmeister Hans Sebastian von Wallenfels, Lieutenant Hans Gottfried v. Murach, Cornet Philipp Konrad Fuchs von Dornheim.

Als Besoldung wurde bestimmt: Kapitän der Infanterie monatlich 180 fl., Lieutenant 50 fl., Fähndrich 40 fl., Feldwebel 24 fl., Fournier, Feldschreiber und Feldscher à 13 fl., Spielleute jeder 8 fl., Korporale à 12 fl., Gefreite à 8 fl., Pionier und Musketier 6 fl. — Besoldung der Reiterkompagnie: Rittmeister monatl. 700 fl., auf jedes Pferd monatl. 14²/₅ fl.

Anfragen des Bischofs mit den ausdrücklichsten Friedens - Versicherungen und rechtfertigten ihre Kriegsverfassung lediglich mit den unerhörten Kontributions - Forderungen und gewaltthätigen Erpressungen der kaiserlichen Kommissäre.¹⁾ Im Tone nachbarlicher Verbindlichkeit bewegen sich ferner die Unterhandlungen, die zwischen dem Bischof und dem Markgrafen, den beiden ausschreibenden Fürsten des Kreises, bezüglich der Publikation der kaiserlichen Mandate geführt wurden. Zwar hatte der Bischof den kaiserlichen Befehl erhalten, das Ausschreiben zur Veröffentlichung dieser Mandate für sich allein zu vollziehen, falls der Markgraf die Mitunterzeichnung verweigere.²⁾ Allein dem Kreisobersten musste es zur Sicherung des Erfolges der Veröffentlichung doch darauf ankommen, diese Mitunterschrift zu erhalten. Der Markgraf widersetzte sich zwar der Ausführung des Ausschreibens nicht, machte aber den Versuch, die Verkündigung der Mandate zu verzögern. Eine markgräfliche Gesandtschaft, die nach Bamberg am 10. Juni abging,³⁾ verteidigte vor dem Bischofe die Leipziger Verbindung als in der Reichsordnung begründet und durchaus nicht gegen den Kaiser oder irgend ein Reichsglied gerichtet; sie versicherte den Bischof der freundnachbarlichsten Gesinnungen und der unbedingten Friedensliebe und erklärte die Publikation der kaiserlichen Mandate und insbesondere deren Drohungen für eine höchst gefährliche Sache, die den Aufruhr des gemeinen Mannes gegen die Obrigkeit zur Folge haben müsse. Man möge wenigstens mit der Publikation der Mandate im Kreise so lange zurückhalten, bis die evangelischen Stände weitere Vorstellungen beim Kaiser gemacht hätten. Die Gesandtschaft bat den Bischof weiter, seine freundliche Gesinnung namentlich dahin geltend zu machen, dass die Pressuren gegen die schwäbischen Städte eingestellt, der projektierte Kompositionstag befördert und

¹⁾ Markgr. Christian an Bisch. v. Bbg. v. 2./12. Mai (Bbg. Kreis-A. 47); Bürgermeister und Rat von Nürnberg an Bisch. v. Bbg. v. 4./14. Mai (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Kaiser Ferdinand an Bisch. v. Bbg. dato Wien, 14. Mai (Bbg. Kreis-A. 47.).

³⁾ Die Gesandten waren Ernst von Beulwitz, Amtmann zu Schauenstein und Joh. Baptist Baumer, Dr. der Rechte. (Creditiv vom 31. Mai (10. Juni) und Instruktion präs. Bbg. 12. Juni; s. Bbg. Kreis-A. 48.).

die Gemüter nicht durch fortgesetzte Katholisierung ritterschaftlicher Güter noch weiter aufgeregt werden. Die Antwort des Bischofs lautete in der Form höflich, in der Sache ablehnend. Er beruft sich auf den Befehl des Kaisers, der ihm bei Weigerung des Markgrafen die alleinige Ausfertigung der Mandate zur Pflicht mache; in seinem Stifte habe er die Mandate bereits verkündigen lassen, in den anderen Kreisen sei das Gleiche geschehen. Uebrigens wolle er alles hintanhaltend, was die Gemüter erbittern könne, und auch bei andern katholischen Ständen in diesem Sinne zu wirken suchen. Die Klagen der Ritterschaft über Religionsbeschwerden müsse er an die Adresse des Kaisers verweisen, wo sie gebührenden Bescheids sich zu getrösten hätten.¹⁾

Nach dieser Sachlage sah sich Markgraf Christian, wollte er nicht den schlimmsten Schein offener Auflehnung erwecken, genötigt, seine Unterschrift zu dem in Rede stehenden Kreis-ausschreiben zu geben.²⁾ Der Bischof erstattet seinen freundlichen Dank für diese „vertrauliche Affektion“,³⁾ und nun stand der offiziellen Verkündung der Mandate im Kreise nichts mehr im Wege.

Sie wurden an einzelnen Orten sogleich, an anderen erst nach längeren Bedenken publiziert.⁴⁾

Hatte so der Bischof alle Ursache, über die kriegerischen Vorbereitungen der protestantischen Kreismitstände etwas ruhiger als vorher zu denken, so wurde er doch Ende Juni durch bedrohliche Nachrichten von den Vorgängen in Hessen ganz besonders

¹⁾ Den Markgräfischen Gesandten erteilte Resolution v. 13. Juni (a. a. O.). — Vgl. über diese Sendung auch Soden, Kriegsgeschichte III. 281, freilich (wie bei Soden nur allzuhäufig) mit sehr sinnstörenden Lesefehlern.

²⁾ Markgr. Christ. an Bisch. v. Bbg. 6./16. Juni (Bbg. Krs.-A. 48.).

³⁾ Bisch. an Markgr. Christ. v. 20. Juni (ibid.).

⁴⁾ In Bamberg waren sie schon vor dem 16. Juni veröffentlicht worden; der Rat zu Schweinfurt meldet bereits am 12./22. Juni, dass er die Mandate öffentlich angeschlagen; ebenso der Landgraf Gg. v. Hessen durch Schr. vom 23. Juni (Bbg. Krgs.-A.). Rothenburg und Windsheim zögerten mit der Veröffentlichung, obwohl sie von dem Bischof von Würzburg deshalb ernstlich bedroht wurden und verhandelten mit Nürnberg über diese Angelegenheit; Nürnberg schreitet erst nach Schluss des Kreistages (29. Juli) zur Verkündung. (Soden, Krgsgesch. III).

beängstigt. Am 23. Juni gelangte nach Bamberg die Kunde, dass ein Teil des in Hessen von den Leipziger Bundesverwandten gesammelten und bewehrten Kriegsvolkes durch das hennebergische und coburgische Gebiet herausmarschiere und gegen das Stift im Anzug sei,¹⁾ ausgesickte Kundschafter bestätigten diese Nachricht,²⁾ ohne freilich Genaueres über die Zugehörigkeit und die Absicht dieses Heeres berichten zu können. Es war nämlich das Volk des Obersten Thomas Siegmund von Schlammersdorff, welches derselbe im Auftrage der wetterauischen Grafen, auf fränkischem, namentlich auf Nürnberger Gebiet geworben und truppweise nach Hessen geführt hatte.³⁾ Da die wetterauischen Grafen aber wieder zur Devotion gegen den Kaiser zurückkehrten, auch Landgraf Wilhelm von Hessen die Annahme dieser Truppen verweigerte, war der Oberst gezwungen, dieses noch ungemusterte und uneidigte Volk wieder aus Hessen zu führen. Sein Plan, dem Könige von Schweden zuzuziehen, scheiterte an der Weigerung des Kurfürsten von Sachsen, dieser Soldateska den Durchzug durch sein Land zu gestatten. Der abenteuernde Soldatenführer fasste hierauf den Entschluss, mit dem Heere sich nach Süden dem von den Kaiserlichen bedrängten Herzog von Württemberg zuzuwenden. Es waren 1500—2000 Mann Fussvolk und 600 Reiter,⁴⁾ welche, zunächst die nördlichen Grenzen von Bamberg und Würzburg umgehend, hennebergisches und coburgisches Gebiet durchzogen, dann über das bayreuthische Amt Lauenstein in das reussische Voigtland einfielen.⁵⁾ Von hier aus richtete sich ihr Weg südlich

1) Bisch. an den Kastner zu Kronach v. 23. Juni (Bbg. Krgs.-A.).

2) Kastner zu Kronach an Bisch. v. 28. Juni (a. a. O.).

3) Vgl. über diese nach Hessen ziehenden Scharen, die sich zumeist auf markgräflichen und ritterschaftlichen Gebieten hart an der Grenze Bambergs bewegten, die Berichte des Pflegers zu Peesten an den redwitz'schen Verwalter v. Willenroth vom 8. Mai, des Kastners v. Weismain an d. Bisch. v. 15. Mai, des Kastners z. Kronach a. d. Bisch. v. Bbg. v. 13. Juni (Bbg. Krgs.-A.).

4) Chemnitz (schwed. Krieg I., 182), der den Durchzug erwähnt, spricht von einem Regiment zu Fuss von 3000 Köpfen und 6 Komp. Reiterei; in den Akten erscheint überall die obenbezeichnete geringere Zahl.

5) Heinrich der jüngere und ältere Reuss, Herren von Plauen an Generalproviantmeister Andreas Liebhold v. 25. Juni (5. Juli) (Cop. im Bbg. Kreis-A. 48, Fol. 98).

nach dem Frankenlande, teils markgräfllich-bayreuthisches, teils Bamberger Gebiet berührend. Am 5. Juli finden wir sie in den markgräflichen Orten Schauenstein, Helmbrechts und Unterweissenbach,¹⁾ zugleich auch in den bambergischen Orten Heidengrün, Döbra und Enchenreuth, wo sie an den Inwohnern die verschiedensten Misshandlungen und Gewaltthaten verübten.²⁾ Noch feindseliger erwiesen sie sich in dem bambergischen Amte Kupferberg, wo sie vom 5. auf dem 6. Juli Quartier nahmen und insbesondere die Orte Hohenberg, Marktleugast, Steinbach und Marienweiher aufs schrecklichste plünderten. Die Kirche zu Marienweiher reizte besonders ihre vandalische Zerstörungswut. In der ersten Morgenfrühe eines Sonntags fielen die rohen Scharen in das Gotteshaus ein, zerstörten, was ihnen unter die Hände kam, beraubten Marien- und Heiligenbilder ihrer Bekleidung und ihres Schmuckes und hieben ihnen die Köpfe ab, erbrachen Opferstöcke und Sacrarium, raubten Ciborium, Messkelche, Messgewänder und andern Kirchenornat und verübten unter lutherischen Trutzgesängen die verschiedensten blasphemischen Roheiten.³⁾

Von Marienweiher ging der Marsch über Gundlitz und Marktschorgast nach Berneck, wo sie wiederum markgräfliches Gebiet betraten, sodann über Goldkronach nach Weidenberg. (Hauptquartier vom 6. auf 7. Juli.)

Unter Umgehung der markgräflichen Hauptstadt Bayreuth, welche eben damals in weiterem Umkreise mit Einquartierung des vom Markgrafen geworbenen Volkes belegt war, gelangten die Truppen bereits am 8. Juli in das oberpfälzisch-bayrische Amt

¹⁾ „Verzeichnus, was am 25. Juni (5. Juli), als der Oberst Schlammersdorff mit seiner Reiterei durch Helmbrechts gereiset, der Dorfschaft Unterweissenbach . . . vor schaden zugefügt vnd was sie an Pferdten vnd andern sachen spoliert vnd mit weggenommen“. (Brandbg. Kriegs-A., Fasc. 178.).

²⁾ Amtmann zu Kupferberg an d. Bisch. v. Bbg. vom 6. Juli (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Vgl. 2 Berichte des Vogts von Marktleugast an den Amtmann von Kupferberg vom 6. Juli; der Amtmann v. Kupferberg an d. Bisch. v. Bbg. vom 6. Juli. — Interessant ist die Designation des Pfarrers Antonius Schmidt zu Marienweiher vom 6. Juli, „was in nechst vorgangener spoliation des Würdigen Gottshaus Weyer, welche Sonntags den 6. Juli, früe zwischen 3 u. 4 Uhr vorgangen, beraubt vnd enteussert worden“. (Bbg. Krgs.-A.).

Büchenbach, das sie plündernd und raubend durchzogen, streiften hiebei nochmals bambergische Grenzen in dem Pflegamte Pottenstein und lagerten am 9. Juli bereits auf Nürnberger Gebiete, auf dem Eschenauer Anger und in den umliegenden Orten.¹⁾ Am 10. Juli passierte Schlammersdorff mit seinen Truppen nebst 48 Bagagewagen, die grösstenteils geraubtes Gut enthielten, das Weichbild von Nürnberg, um in Fürth sein Quartier zu nehmen.²⁾ Hier erreichte ihn das Schreiben des zu Nürnberg versammelten Kreistags der evangelischen Stände, welches Klage führte über die Ausschreitungen seiner Soldateska und ihn aufforderte, den Kreis unverzüglich zu räumen. Der Oberst entschuldigt sich dahin, dass bei einem noch ungemusterten und ungeschwornen Volke es unmöglich sei, Excesse gänzlich zu verhüten, dass er aber jederzeit gegen ein ihm bekannt gewordenes Vergehen mit strenger Strafe eingeschritten sei, wie er jüngst erst innerhalb einer Stunde zwei auf frischer That ertappte plündernde Soldaten, einen Lieutenant der Kavallerie und einen Gefreiten des Fussvolks, mit eigener Hand niedergeschossen habe.³⁾

Schon am folgenden Tage trat übrigens das Heer seinen Weitermarsch über Schwabach und Gunzenhausen an und erreichte am 13. das Ries. Die Hilfe freilich, die dem Herzoge von Württemberg zugedacht war, kam zu spät. Die nach Tübingen vorausgeschickte Ordonnanz konnte dem Obersten nur die Nachricht übersenden, dass der Akkord zwischen Württemberg und den Kaiserlichen soeben geschlossen worden sei und der Herzog eine Hilfe nicht mehr annehmen könne.⁴⁾

So hatte dieser Eilmarsch ein plötzliches Ende erreicht. Vor sich in gefährlicher Nähe den Feind, hinter sich den klagend und drohend auftretenden fränkischen Kreis, ohne Kriegsherrn

¹⁾ Nach zahlreichen Amtsberichten in den Bbg. Krgs.-A.

²⁾ Vgl. „Eine schöne wollgegründete Cronica von der keyserl. freyen Reichsstatt Nürnberg“. (Manuskript der Kgl. Bibliothek Bbg.).

³⁾ Die Räte und Gesandten der evangelischen Stände an Schlammersdorff dato Nürnberg 30. Juni (10. Juli); Antwort Schlammersdorffs dato Fürth v. gl. dat. (Münchener R.-A. Acta des 30jähr. Krieges, 64, fol. 349 u. 351; im Auszug auch bei Soden, Kriegsgesch. III., 307 ff.).

⁴⁾ Hans Wilhelm Güss v. Güssenberg an Schlammersdorff v. 2./12. Juli (nach Soden. Kriegsgesch. III., 315.).

und ohne genügende Subsistenz, sah sich Schlammersdorff genötigt, auf freiem Felde bei Nördlingen abzudanken und sein Regiment aufzulösen. Während er selbst mit 20 Bagagewagen zunächst in der Richtung nach Ansbach sich zurückzog, verlief sich das Fussvolk rottenweise nach allen Seiten; 400 Reiter aber zogen vor, den Rückweg durch eichstättisches, nürnbergisches und bayreuthisches Gebiet zu nehmen, um sich in kursächsische Dienste zu begeben.¹⁾ Am 17. Juli finden wir sie bereits wiederum in Fürth, Schweinau und Poppenreuth, überall requirierend, plündernd und raubend, so dass sie von Nürnberger Soldtruppen aus letzterem Orte vertrieben werden mussten, am 18. Juli passieren sie Eschenau, Weisenohe, Hilpoltstein und Betzenstein und quartieren in Brunn bei Pegnitz, am darauffolgenden Tage durchheilen sie den nördlichen Teil der Markgrafschaft, um die sächsische Grenze zu erreichen. —

Der so plötzlich erfolgte Einbruch des Schlammersdorffischen Volkes und sein ungehinderter Durchzug durch die verschiedensten Teile des fränkischen Kreises offenbarten recht deutlich die militärische Schwäche der fränkischen Stände, insbesondere der ligistischen Glieder, in deren Interesse es vor allem gelegen gewesen wäre, diesen Zug zu stören und zu hindern.

Das Hochstift Bamberg erzitterte bei den Nachrichten über diesen Zug und das um so mehr, als zunächst über den Zweck desselben nichts verlautete und dem Bischof eine Reihe von fälschlichen Nachrichten über denselben zukam. Es lief die Kunde ein, dass die bayreuthischen Obersten Muffel und Wildenstein die Führer der Truppen wären, und letztere selbst verbreiteten überall die Nachricht, dass noch mehrere Regimenter binnen wenigen Tagen ihnen nachfolgen würden. Der Verdacht, dass hier ein organisierter Ueberfall und ein planmässiges gemeinschaftliches Vorgehen seitens der protestantischen Fürsten vorliege, erwachte abermals im Herzen des Bischofs²⁾ und während er seine kaum

¹⁾ Vertrautes Schreiben aus Württemberg v. 16. Juli (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Auch im Tillyschen Lager wurde diese Befürchtung geteilt, wie aus dem Schreiben Tilly's dato Mühlhausen, 9. Juli an die Bischöfe von Bamberg und Würzburg hervorgeht; Tilly hat erfahren, dass die Protestanten im fränkischen Kreis ihre Truppen regimenterweis nach dem schwäbischen

gemusterten Truppen ängstlich zum Schutze seiner Festung Forchheim beisammen hielt, rief er nach allen Seiten um Hilfe und Unterstützung.¹⁾ Aber nirgends war man zu einer augenblicklichen Hilfe vorbereitet. Der Kurfürst Maximilian antwortet mit der Klage, dass es „mit denen angestellten neuen Werbungen so schwer und hart hergehe“ und empfiehlt dem Bischof, vor allem sein eigenes, auf Bundesspesen geworbenes Volk zur Defension des Stifts zu gebrauchen und den Bischof von Würzburg um Unterstützung anzugehen; doch zeigt er sich auf weiteres Drängen bereit, die Besatzung der Oberpfalz zu verstärken;²⁾ der Bischof von Würzburg entschuldigte sich zunächst mit noch nicht vollendeter Musterung seines geworbenen Volkes und mit dem Mangel eines kriegserfahrenen Offiziers für seinen Landausschuss.³⁾ Und Tilly erklärte sich zuerst erbötig, „gegen dergleichen widrige attentata die Hand zu bieten,“ allein bald darauf musste er die Unmöglichkeit bekennen, Hilfe in den fränkischen Kreis zu schicken, „weil der Schwedt weiter vorrücke und Sachsen sich täglich stärke.“⁴⁾

Das eilige Tempo des Schlammersdorffischen Durchzuges und die nachdrückliche Versicherung des Bayreuther Markgrafen, dass er und seine Offiziere an diesem gewaltthätigen Einfalle völlig unbeteiligt und sein Land und seine Unterthanen dadurch selbst auf das schlimmste geschädigt worden seien,⁵⁾ ferner die weiteren Nachrichten über das eigentliche Ziel dieses Zuges waren wohl dazu angethan, dem Bischof die Furcht vor einem geplanten Ueberfalle zu benehmen, aber nichtsdestoweniger war die Entrüstung über den kecken Führer in ligistischen Kreisen eine allgemeine, und den evangelischen Ständen blieben die — wenn auch durch nichts bewiesenen — Vorwürfe nicht erspart, von

Kreis abführen lassen und vorhabens seien, „dort ein Corpo zu formieren“, um das aus Italien marschierende Volk aufzuhalten. (Bbg. Kreis-A. 48, fol. 114 und 116).

¹⁾ Bisch. an Kurfürst Max vom 28. und 29. Juni und 6. Jul.; an Würzburg vom 6. und 9. Juli, an Tilly vom 6., 8., 9. und 10. Juli (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Max v. Bayern an Bisch. v. Bbg. v. 3. und 10. Juli (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Bisch. v. Würzburg an Bisch. v. Bbg. v. 8. Juli (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Tilly an d. Bisch. v. Bbg. v. 11. und 16. Juli (Bbg. Krgs.-A.).

⁵⁾ Bisch. an Markgraf Christian v. 6. Juli; Antwort des Markgrafen vom 7. Juli (Bbg. Krgs.-A.).

dem Ueberfall im voraus gewusst und denselben förmlich unterstützt zu haben. Die kurfürstlich-bayerische Regierung zu Amberg beschwerte sich beim Rate von Nürnberg über die Gewaltthätigkeiten des Schlammersdorffischen Volkes und begehrte, der Rat möge den Oberst zur Rückgabe des Raubes „disponieren“,¹⁾ und als ihr hinterbracht wurde, dass Schlammersdorff auf seinem Rückzuge in Nürnberg verweile, verlangte sie vom Rat seine sofortige Verhaftung.²⁾ Ja der Kurfürst Maximilian beschuldigt die Stände des evangelischen Kreiskonvents zu Nürnberg, dass sie dem Volke „unvermerkter Dinge allen guten Vorschub erwiesen“ hätten, und dass sie insbesondere unterlassen hätten, was die „Reichs-Konstitutionen“ gegenüber einem solchen herrenlosen Volk vorschreiben, nämlich dasselbe aufzuhalten und mit Gewalt zu vertreiben.³⁾

Was aber thun, um solchen Einfällen für die Zukunft zu begegnen? Der Bundesoberst hatte bereits das Mittel bezeichnet. In einem ausführlichen Schreiben vom 15. Juli an die oberländischen Bundesstände der Liga hatte er erklärt, wie der Schlammersdorffische Einbruch beweise, dass mit der „einschichtigen“ und „disparirten“ Kriegsverfassung, wie sie der Dinkelsbühler Bundesbeschluss geschaffen, gebrochen und das seit dieser Zeit geworbene neue Bundesvolk im fränkischen Kreise an einem „bequemen und gelegenen Ort“ zusammengeführt werden müsse. Als einen solchen schlug er die bambergische Festung Forchheim vor. Von hier aus könne dieses Corpus, wie und wohin es der katholischen Stände und des gemeinen Wesens Dienst erheische, gebraucht werden.

Schon war an Tilly die Weisung ergangen, hiezu ein „qualifiziertes Capo“ herauszusenden; die Bischöfe von Bamberg, Würzburg und Eichstädt aber wurden ersucht, ihre verfügbaren Truppen sofort, noch bevor es zur vollständigen Formierung des

¹⁾ Schreiben v. 12. Juli (s. Soden, Kriegsgesch. III., 309.).

²⁾ *ibid.* III., 319. Schlammersdorff übernachtete auf seinem Rückzuge heimlich eine Nacht in Nürnberg, machte sich aber frühmorgens wieder aus dem Staube. (Rat von Nürnberg an die churpfälzische Regg. zu Amberg v. 10./20. Juli (Bbg. Krgs.-A.)

³⁾ Maximilian v. Bay. an d. Abgeordneten der evangel. Stände v. 24. Juli (München, geh. Staatsarchiv 149/1, fol. 204).

Corps gekommen, in Forchheim zu vereinigen, wozu auch schleunigst bayerische Soldaten aus der Oberpfalz herbeirücken sollten.¹⁾

Der Bischof von Bamberg war von dieser Disposition des Bundesobersten keineswegs sehr erfreut. So lieb ihm eine Hilfe für den einzelnen Fall war, so schien ihm doch die dauernde Ansammlung von grösseren Truppenmassen auf seinem eigenen Gebiete ein zu gefährlich Ding. Er fürchtete die Schwierigkeiten des Unterhalts, insbesondere aber, dass der Krieg dadurch erst recht in sein Land gezogen werden könnte. Kaum war daher die unmittelbare Gefahr des Schlammersdorffschen Einfalls vorüber, als der Bischof die geplante Zusammenführung des Volkes zunächst zu verzögern und dadurch zu vereiteln suchte. Während er den Bundesobersten bat, sich bezüglich einer endgültigen Beantwortung seines Vorschlags „eine kleine Zeit zu gedulden“, verhandelte er mit Würzburg, „wie dieses Defensionswesen auf ein andere Form dirigiert und gerichtet werden möchte.“²⁾

Er hatte nicht Ursache, sich deswegen lange Sorge zu machen. Denn bald wurde die Liga durch die Macht der Zeitereignisse zu ganz anderen Dispositionen gedrängt.

¹⁾ Maximilian v. B. an d. Bisch. v. Bbg. v. 15. und 17. Juli (Bbg. Krgs.-A.)

Max. an d. Bisch. v. Würzburg v. 17. Juli (Copie in Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bisch. v. Bbg. an Max v. B. v. 19. Juli. Bisch. v. Bbg. an d. Domkapitel zu Würzburg v. 22. Juli (Bbg. Krgs.-A.).

3. Kapitel.

Weitere kaiserliche Forderungen. Der Durchzug Altringers und Fuggers.

Ende Juli begab sich der Bischof Johann Georg von Bamberg wieder nach Würzburg. Dort war der Bischof Philipp Adolf von Ehrenberg am 16. Juli verstorben und Johann Georg, der nicht bloss bischöflicher Amtsbruder, sondern daneben auch Dompropst von Würzburg war, wohnte dem Begräbnis (4. Aug.), sowie den Trauerfeierlichkeiten bei. In letzterwähnter Eigenschaft war er zugleich hervorragend an der neuen Bischofswahl beteiligt, aus welcher der Bamberger und Würzburger Domherr und Vizedom in Kärnthen, Franz von Hatzfeld, damals eben als bambergischer Gesandter auf dem Kompositionstage zu Frankfurt verweilend, als Erkorner hervorging.

Es waren aber auch noch andere Angelegenheiten rein politischer Art, welche den Bischof über zwei Wochen in Würzburg beschäftigten.¹⁾ Denn die letzten Tage hatten verschiedene Aenderungen auf dem gesamten Kriegsschauplatze geschaffen, zugleich aber auch neue Verwicklungen in die Situation des fränkischen Kreises gebracht.

Der unerwartete Uebergang des Schwedenkönigs über die Elbe hatte Tilly veranlasst, seine bisher erfolglosen Operationen gegen den Landgrafen von Hessen aufzugeben und wiederum nach der Elbe sich zu wenden. An die Stelle des aus Thüringen und Hessen abziehenden Heeres sollte nun die Fürstenbergische Armada treten, um einerseits den Landgrafen von Hessen in Schranken zu halten, andererseits in Verbindung mit dem neugeworbenen

¹⁾ Der Bischof hielt sich vom 27. Juli bis 12. August in Würzburg auf.

Volk des Kurfürsten von Köln das Wesergebiet gegen die zu fürchtenden Holländer und Engländer zu besetzen.¹⁾ So war Fürstenberg genötigt, den schwäbischen Kreis zu verlassen und in Eilmärschen dem neuen Bestimmungsorte sich zuzuwenden.

Allein wenn die evangelischen Stände des fränkischen Kreises durch diesen Abzug eine Erleichterung ihrer Lage erhofft hatten, so sahen sie sich bald gründlich getäuscht. Denn noch blieb ein beträchtlicher Teil des Heeres in Schwaben zurück, welcher bald für die endlosen kaiserlichen Ansprüche in weitere Aktion treten sollte. Am Hofe zu Wien war die Partei der „schärferen Tonart,“ die aller Vermittlung von Herzen abholde Militärpartei, welche durch die Absetzung Wallensteins kurze Zeit zurückgedrängt erschien, wieder zu einer nahezu unbeschränkten Herrschaft gelangt.²⁾ Dies zeigte sich auch deutlich an den brüskten Auftreten der kaiserlichen Kriegskommissäre im Reiche.³⁾ Unbekümmert um den Nürnberger Kreisschluss und noch bevor der kaiserliche Bescheid hierauf erfolgt war, verlangte der Generalkommissär Oberst Ossa von den protestantischen Ständen die sofortige Weiterzahlung der bisherigen Kontributionen an den Kaiser, bis derselbe die zu Nürnberg bewilligten 72 Monat approbiert habe.⁴⁾ Und der Forderung folgte die Exekution auf dem

¹⁾ Tilly an Kurf. Max d. d. Wolmirstätt den 27. Juli; (gleichz. Copie in Bbg. Kreis-A. 48, 183—185.).

²⁾ Der Nürnberger Abgesandte Dr. Fetzer aus Wien schreibt am 11./21. August aus Wien, der Reichshofrat und ein grosser Teil der geheimen Räte billigten überhaupt das militärische Verfahren nicht, aber die Kriegsräte wollten die Macchiavellistischen Pläne und friedländischen Manieren nicht aus dem Sinn verlieren. Gleichwie die Gesetze unter den Waffen schwiegen, so müssten auch Reichshofräte den Kriegsräten nachgeben. (Soden, Kriegsgesch. III., 383).

³⁾ So liess sich Ossa dem Nürnberger Syndikus Strassburger gegenüber dahin vernehmen, dass er sich um diesen Schluss überhaupt nichts kümmere, da der Reichshofrat Popp sich ohne kaiserliche Vollmacht in eine Fortsetzung der Verhandlungen mit den Evangelischen eingelassen habe. Die Bewilligung von 70 Monaten könne nunmehr nichts helfen, man solle Gott danken, wenn man mit 270 Monaten davon komme. (Soden, Kriegsgesch. III. 331).

⁴⁾ Ossa an den Markgr. Christian v. Bayreuth dato Dünkelsbühl d. 29. Juli (Bbg. Krgs.-A.). — Ossas Forderung an Weissenburg und Windsheim v. 30. Juli; — an Nürnberg v. 9. Aug. (Soden, Kriegsgesch. III. 364).

Fusse. Denn anfangs August zog der Generalwachtmeister Johann von Altringer mit dem in Schwaben zurückgebliebenen Rest des kaiserlichen Heeres in den fränkischen Kreis. Sein Auftrag war, nicht bloss die bis zur Stunde rückständigen Kontributionen einzutreiben, sondern zugleich die Kriegsverfassung der Leipziger Bundesgenossen bis auf den letzten Rest zu vernichten. Das war die Antwort auf die Nachgiebigkeit, welche die evangelischen Stände soeben zu Nürnberg gezeigt hatten. Der ob dieses Vorgehens bestürzte Markgraf Christian von Bayreuth wendete sich nicht bloss klagend an den Kaiser,¹⁾ sondern rief auch den Bischof Johann Georg von Bamberg um Vermittlung an.²⁾ Er setzte ihm auseinander, wie solche Behandlung der Stände im römischen Reich unerhört und nicht bloss im fränkischen, sondern auch in anderen Kreisen ein seltsames Ansehen gewinne, wie die vom Kaiser auf dem Regensburger Kollegialtage ausgesprochene Intention dadurch gehindert und „die gehorsamen Stände in ihrer gethanen verwilligung nicht wenig irr und stutzig, auch der zu Frankfurt angestellte Compositionstag schwerer gemacht werde.“ Er bat den Bischof, sich seiner anzunehmen und den Generalkommissär Ossa zum Abstände von diesen Forderungen zu bewegen.

Als der Bischof dieses Schreiben in Würzburg erhielt, war soeben der General Fürstenberg auf seinem Wege nach Hessen in Würzburg angekommen. Johann Georg legte ihm mündlich diese Angelegenheit vor und suchte auf Einstellung der Pressuren hinzuwirken.³⁾

Allein Fürstenberg erklärte, „dass er für sich damit nichts zu thun habe.“⁴⁾ Und nun wendet sich der Bischof brieflich an den Oberst von Ossa, an den Teutschmeister von Mergentheim, sowie an den kaiserlichen Kommissär Popp in Wien, überall mit dem Ersuchen, „ob nit zum wenigsten biss auf die fernere kaiserliche Erklärung (nämlich bis auf die Entscheidung des Kaisers in

¹⁾ Markgraf Christian an d. Kaiser v. 3./13. Aug. (Brandenbg. Krgs.A., Fasz. 150.).

²⁾ Markgr. Christ. a. d. Bisch. v Bbg. v. 27. Juli (6. August) (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Memoriale für Graf Egon von Fürstenberg v. 9. Aug. (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Bisch. v. Bbg. an Markgr. Christian v. 9. Aug. (ibid.).

betreff des Nürnberger Kreisschlusses) gegen den Markgrafen einstandt zu halten.“¹⁾

Die Intervention blieb erfolglos. Ossa antwortete, dass er mit der angeordneten Exekution nur einem bestimmten kaiserlichen Befehle nachkomme.²⁾ Altringer war unterdessen (am 8. August) mit 43 Kompagnien zu Fuss und Ross vor Nürnberg erschienen und hatte an die Reichsstadt die Forderung auf 50 000 fl. rückständige Kontributionen, völlige Abdankung des geworbenen Heeres und ausdrückliche Entsagung des Leipziger Schlusses gestellt. Und noch bevor der erschreckte und eingeschüchterte Rat der Stadt seine Unterhandlungen mit ihm beenden konnte, rückte der Generalwachtmeister am 17. August mit einem Teil seines Heeres (9 Kompagnien zu Fuss und 13 zu Ross) nach Baiersdorf in das Gebiet des Markgrafen von Bayreuth und erzwang von demselben einen Rezess, nach welchem sich der Markgraf innerhalb 14 Tagen zur Abschlagszahlung von 10 000 fl. verpflichtete und sich auch noch weiter „diesfalls zu accommodiren“ versprach, „im Fall immittelst bey Kay. Mayestät keine andere resolution und Nachlass zu erlangen.“³⁾

Dass aber die im Reiche weilenden Kriegskommissäre nicht nach eigenem Gutdünken, sondern auf Grund höherer Weisung handelten, wurde den fränkischen Ständen bald zur Gewissheit. Am 13. August war der Reichshofrat Popp direkt von Wien wieder in Nürnberg angekommen, um die mit Spannung erwartete kaiserliche Resolution auf den letzten Kreisschluss den Ständen vorzulegen. Auf sein Ersuchen berief Markgraf Christian die evangelischen Stände eiligst zu einer Fortsetzung des Partikular-Kreistages auf den 18. August nach Nürnberg.⁴⁾ Hier eröffnete

¹⁾ Sämtliche Schreiben vom 11. August (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Antwort Ossas a. d. Bisch. v. Bbg. dato Schorndorf v. 22. Aug. (Bbg. Kreis-A. 48, fol. 245.).

³⁾ Die ganze Forderung an den Markgrafen auf rückständ. Kontribution betrug 36 500 fl. (Originalrezess v. 16./26. Aug. dato Bayersdorff zwischen Altringer und den markgräfl. Abgesandten Moriz Kanne und Otto Pflug). Laut Quittung wurden diese 10 000 fl. am 14./24. Sept. zu Bbg. bezahlt. (Brandenbg. Krgs.-A., Fasz. 166.).

⁴⁾ Popp a. d. Markgr. Christian dato Nürnberg den 13. Aug.; Markgr. Christian an d. Bisch. v. Bbg. v. 5./15. Aug. (Bbg. Krgs.-A.).

der kaiserliche Abgesandte den anwesenden Vertretern der Stände: der Kaiser acceptiere zwar die 72 Monate „für diesmal, so lange er mit dieser Bewilligung ausreiche;“ allein er verwerfe alle die angefügten Konditionen. Demnach verlange er nicht eine allmähliche, sondern eine sofortige Abdankung alles geworbenen Volkes nebst Auslieferung sämtlicher Musterrollen, ferner eine ausdrückliche schriftliche Versicherung über den ausnahmslosen Rücktritt vom Leipziger Bunde.

Auch die gewünschte Kompensation der Kontributions-Restanten wurde kurzweg abgeschlagen, wenn auch bezüglich der Zahlung selbst einige unwesentliche Erleichterungen zugestanden wurden.¹⁾

Die kaiserliche Proposition brachte neue Enttäuschung in die Reihen der Protestanten. Sie mussten einsehen, dass sie für ihre Beschwerden gegen ihre Peiniger in Wien nicht den geringsten Rückhalt fanden. Sie erklärten zunächst dem kaiserlichen Kommissär, dass es ihnen unmöglich sei, gleichzeitig zu kontribuieren und das ihnen auferlegte Kriegsvolk zu unterhalten. Dem Reichshofrate Popp mochte es sowohl ein Gebot der Humanität wie der diplomatischen Einsicht erscheinen, wenn er Schritte that, um die Abführung des Altringerschen Heeres zu beschleunigen. Schon am 19. August begab er sich nach Baiersdorf und verhandelte mit Altringer über dessen Aufbruch nach Hessen.²⁾ Am 26. August begann dieser wirklich mit seinem Abzuge von Baiersdorf;³⁾ am 30. August brach er selbst mit dem Reste seiner Truppen von Fürth auf, nachdem die Reichsstadt Nürnberg am 26. August eine Abschlagszahlung von 25 000 fl. gemacht und auch die übrigen Forderungen erfüllt hatte.⁴⁾

¹⁾ Endtliche Erklärung der röm. kays. Mejestet über die . . . den 15. Juli St. v. übergebene Craissresolution . . . v. 18. Aug. 1631. (Bbg. Kreis-A. 48, 224–227.). Vgl. ferner: Popp an d. Bisch. v. Bbg. dato Bayersdorf den 19. Aug. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Popp an Bisch. v. Bbg. dato Bayersdorf 19. Aug. . . . „Ich bin diese stundt allhero kommen, mit Herrn General zu traktieren wegen abfuehrung des Volks, weillen die Stendt vnmöglich erachten zu contribuieren vnd daz Volkh zu vnderhalten“ . . . (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ v. Wolfsthal an Bisch. v. Bbg. v. 26. Aug. (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Soden, Kriegsgesch. III. 352; Murr, Beiträge zur Geschichte des 30jähr. Krgs., S. 39.

Das Heer wandte sich über Neustadt a/A. nach der Reichsstadt Schweinfurt, wo die Vorhut bereits am 29. August, Altringer selbst aber mit dem Gros seines Heeres am 2. September ankam.¹⁾ Hier erhielt er den Befehl, seinen Weg nicht nach Hessen, sondern gegen Sachsen zu nehmen, um den bereits beschlossenen Angriff Tillys gegen Sachsen zu unterstützen.²⁾ Er brach am 7. September von Schweinfurt auf (dort nur zwei Kompagnien unter dem kaiserlichen Hauptmanne Joan Arteta zur Besatzung zurücklassend), war am 12. September zu Neustadt a. d. Heid und setzte dann über Gräfenenthal und Saalfeld seinen Weg — freilich in einem sehr langsamen Tempo — nach der sächsischen Grenze fort.³⁾

Das Hochstift Bamberg wurde durch den Altringerschen Durchzug nicht berührt. Der Bischof hatte alles aufgeboten, um die Truppen von seinen Grenzen fernzuhalten und mit Befriedigung schrieb er an den Bischof von Würzburg, „dass der Oberst sich erbietig gemacht habe, des Stifftes zu verschonen“ und den Weg über das Gebirg (den Steigerwald) nehmen wolle.⁴⁾ Mit noch grösserer Befriedigung empfing er die Nachricht, dass auch der Plan, die Festung Forchheim zu einer ligistischen Bundesgarnison zu machen, geändert sei. Während seiner Anwesenheit in Würzburg war auch über diese Angelegenheit verhandelt worden. Man kam dahin überein, dem Bundesobersten die Zusammenführung der Truppen in Forchheim zu widerraten. Dies zeigt das Schreiben, welches der neuernannte Bischof von Würzburg in diesem Betreffe nach München richtete. Er gibt zu bedenken, „dass das Thal bei Forchheim sehr eng vnd die vnterthanen allorten herumb sowol alss in vnsserm angetrettenen Stiffte vorhin vñs äusserst ruinirt vnd verderbet, zu dem alle victualien von weitem vñ der Achss, sintemal vñ dem Wasser dahin nichts gebracht werden kann, beygeführt werden müssen, welches einen sehr grossen vncosten verursachen würdte.“ Er hält es für besser, „das corpo anderwärts etwas näher gegen der widerwärtigen anscheinender Gefahr

¹⁾ Mühlich u. Hahn, Chronik der Stadt Schweinfurt. Schweinf. 1817, S. 383.

²⁾ Altringer an Bisch. v. Bbg. dato Schweinfurt d. 5. Sept. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Altringer an Bisch. v. Bbg. dato Neustadt a. d. Heidt v. 12. Sept.

⁴⁾ Bisch. v. Bbg. an Bisch. v. Würzburg. dato 16. Aug. (Bbg. Krgs.-A.).

zu transferiren.“¹⁾ Dieser Rat entsprach auch der Situation im Norden. Dort hatte Tilly bereits zu wiederholtenmalen seinen Ruf nach Süden um Verstärkung durch weiteres Bundesvolk ergehen lassen.²⁾

Am 20. August erhielt der Bischof von Bamberg ein Schreiben des Kurfürsten von Bayern, welches in ausführlicher Weise auseinandersetzte, wie die Gefahr in den oberländischen Kreisen sich vermindert, dagegen in Norddeutschland sich erheblich vergrößert habe, weshalb es notwendig erscheine, das neugeworbene Volk der Liga unter dem Kommando des Generalwachtmeisters Graf Ottheinrich Fugger nach Thüringen abziehen zu lassen, um es dort zur Disposition Tillys zu stellen. Deshalb sollten die ligistischen Truppen am 31. August bei Bamberg zusammengezogen und von da über Königshofen und die Grafschaft Henneberg nach Salzungen abgeführt werden.³⁾ So hatte das Hochstift grösseren Truppendurchmarsch zu erwarten. Des Bischofs Sorge war vor allem, denselben rasch und mit möglichster Verschonung der Unterthanen durch das Stift zu dirigieren. Er geriet daher in begreifliche Aufregung, als ihm der kurbayrische Kriegskommissär Christoph von Lerchenfeld mitteilte, dass dem Fussvolk drei Tagesquartiere (Neunkirchen, Forchheim und Bamberg), den gleichfalls mit heranziehenden de Spagne'schen Reitern 4 Quartiere (Ebermannstadt, Eggolsheim, Forchheim und Bamberg) im Bamberger Gebiet assigniert seien.⁴⁾ Die Antwort hierauf lässt an entschiedener Zurückweisung dieses Ansinnens nichts zu wünschen übrig. „Khönnen nit dafür halten,“ schreibt u. a. der Bischof, „daz eure Commission sich so weit erstreckhe, einem oder dem andern dem katholischen Bundtsverein zugethanen Standt . . . in ihren landten vor euch selbstn quartier vnd also die Zech ohne den Wirth zu machen, da doch des Herrn Churfürsten in Bayern Lbd.

¹⁾ Bisch. v. Würzburg an Max. v. Bayern v. 14. Aug. (Copie in Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Tilly an Maximilian dato Tangermünde, 11. Aug. (München. Reichs-Arch. Krgs.-A. Tom. 47).

Tilly an Bisch. v. Bbg. dato 11. Aug. und 15. Aug. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Max v. Bayern an Bisch. v. Bbg. dato 16. Aug. (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Christoph v. Lerchenfeld an d. Bisch. v. Bbg. v. 24. Aug. (Bbg. Krgs.-A.).

von vns selbstn nit mehr dann ein einziges Quartier vmb vnsre Statt Bamberg begert. Ihr müsst entweder des Lands gelegenheit wenig wissen oder sonsten einen sondern luszt zu vns tragen, weiln ihr vns fast in alle Dörffer, die zum theil khaum ein stundt oder zwo von einander gelegen, quartier zu machen begert, welche wir ohne genzliche vnd versetzliche vndertruckung der vnsserigen zu geben oder nachzusehen weder vermögen noch gedenken. Der Hofnung, ihr werdet bessere beschaidenheit zu gebrauchen vnd dissfahls der Verordnung vnd benennung vil mehr von vns zu erwarten, dann vns fürzuschreiben, vnd in dem vnsserigen mas vnd ordnung zu geben von des Herrn Churfürsten Lbd. bevelcht sein, inmassen wir vns dessen über euch zu beschweren Fueg vnd vrsach genug haben.“¹⁾ Der Bischof schickte den Amtmann von Herzogenaurach, Lieutenant Johann Gottfried von Murbach an Lerchenfeld ab, „um sich eines gewiesen vnd ertreglichen Marsches zu vergleichen“ und über die Bezahlung der anzuweisenden Quartiere nähere Erkundigungen einzuziehen.²⁾

Auf drei verschiedenen Wegen marschierten nun die Bundes-
truppen — 4500 Mann zu Fuss und 1100 zu Pferd — in den
letzten Tagen des August gegen Bamberg heran. Trotzdem sie
durch Bundesgebiet zogen, gab ihr Verhalten doch zu verschiedenen
Klagen Veranlassung.³⁾ Am 30. August quartierten sie zwischen
Forchheim und Bamberg; am 31. August durchzogen sie die Stadt
Bamberg, und während die Reiterei zu Hallstadt, Kemmern, Güss-
bach, Rattelsdorf und Gundelsheim Quartier nahm, lagerte das
Fussvolk auf dem Anger bei Hallstadt. Am 1. September erfolgte
hier die Zusammenführung des Volkes, welchem die Bamberger
Werbetruppen, 3 Kompagnien zu Fuss und 1 Kompagnie Reiter,
„untergestossen“ wurden, und am 2. September der Wiederaufbruch.
Der weitere Marsch führte über Königshofen, wo noch 6 Kompagnien

¹⁾ Schreiben des Bischofs vom 26. August (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Memoriale für Johann Gottfr. v. Murbach v. 27. Aug. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ In Ebermannstadt nahmen sie 40, in Strullendorf 18 Vorspannpferde mit hinweg und traktierten die Einwohner, welche die Zurücklieferung verlangten, mit Prügeln. (Bisch. v. Bbg. an den kurbayr. Kommissär Hagsdorff v. 7. Sept. (Bbg. Krgs.-A.).

Würzburger Fussvolk zu der Truppe stiessen.¹⁾ Das Würzburger und Bamberger Volk wurde zu einem Regimente unter dem Würzburger Obersten Friedrich von Hutten vereinigt,²⁾ während die Bamberger Reiterkompagnie unter dem Rittmeister Sebastian von Wallenfells dem Regimente des Obersten Quadt unterstellt wurde.³⁾

Ohne weitere Zwischenfälle rückte die Truppe bis Hessen vor; am 8. September war sie an der Grenze von Hessen zu Vach angelangt, wo die Einwohner geflohen waren und ein völlig leeres Städtchen hinterlassen hatten.⁴⁾ Nach Eroberung des Schlosses Friedewald drang Fugger erobernd über Hersfeld in das hessische Amt Rotenburg ein, wo jedoch seine kroatischen Kompagnien durch Bernhard von Weimar und Landgraf Wilhelm die ersten Verluste erlitten.⁵⁾ — Die Lage Fuggers war von allem Anfang an eine bedenkliche. Mit einer sehr mangelhaften Vorbereitung und Ausrüstung kam er in einer Gegend an, die seit Monaten der Tummelplatz verschiedenartiger Truppen gewesen und der Unterhaltung und Verproviantierung der Soldaten die grössten Schwierigkeiten bot. Schon am 15. September klagt er in einem Schreiben an den Kurfürsten Maximilian über Mangel an Proviant und Munition, weil vom Feinde alles verwüstet, geraubt und aufgezehrt worden. „Ein gleichmässigen Abgang und Mangel“, schreibt er, „hab ich an Munition und Stückhen, dann diejenigen, so dargeben worden, so schlecht, daz einige impresa darmit nit vorzunehmen, dann kein stückh mehr als 3 oder 4 Pfundt schiessen thutt.“⁶⁾

Maximilian wandte sich nun an die beiden dem Fuggerschen Heere zunächst gelegenen Bundesstände, die Bischöfe von Bamberg und Würzburg, dem Notleidenden „alsobalden vnd vnuerzogentlich mit einer ergibigen Anzahl Frücht beizuspringen“;⁷⁾ aber noch

¹⁾ Bisch. v. Bbg. an Bisch. v. Würzburg v. 30. Aug. — Bisch. v. Bbg. an Max von Bayern v. 31. Aug., an Tilly v. 1. Sept. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Max v. Bayern an Bisch. v. Bbg. v. 5. Sept. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Bisch. v. Bbg. an Oberst Quadt v. 2. Sept. (Bbg. Kreis-A. 48).

⁴⁾ Fugger an d. Bisch. v. Würzburg dato Vach, 9. Sept. (Copie in Bbg. Krgs.-A.).

⁵⁾ Rommel, Gesch. Hessens VIII., 138.

⁶⁾ Fugger an Max. v. Bayern dato Hersfeld, 15. Sept. (Extrakt in Bbg. Krgs.-A.).

⁷⁾ Max. v. Bayern an Bisch. v. Bbg. v. 23. Sept. (Bbg. Krgs.-A.).

bevor eine solche Hilfe bewerkstelligt werden konnte, hatte das Kriegsgeschick, welches in seiner ganzen Macht über die Liga hereingebrochen war, auch der Fuggerschen Armada und insbesondere den fränkischen Kontingenten derselben auf das schlimmste mitgespielt, und der Rückzug aus Hessen war zu einer bitteren Notwendigkeit geworden.

4. Kapitel.

Bamberger kirchliche Restaurationspolitik und der Frankfurter Kompositionstag.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die grossen Fragen der äusseren Politik, der Kriegstaktik und Kriegserfolge, welche damals die Kabinette zu Wien und München, zu Dresden und Berlin auf das lebhafteste bewegten, einen kleinen Bischofshof noch verhältnismässig ruhig liessen. Das kriegspolitische Augenmerk des Bischofs von Bamberg war, wie wir gesehen haben, hauptsächlich darauf gerichtet, Angriffe unruhiger Nachbarn von sich abzuhalten, das Land vor Einquartierungen und Durchzügen zu schützen, besondere Opfer für die Sache des Krieges zu vermeiden, und zur Erreichung dieses Zwecks zeigte sich der Bischof bereit, unter Umständen auch als Fürsprecher für den Nachbarn zu erscheinen, selbst wenn er denselben zu seinen religiösen und politischen Gegnern zu zählen gezwungen war. Dass die Siege des Schwedenkönigs jenseits der Elbe oder an derselben in wenigen Wochen auch zu einer unmittelbaren Gefahr für den Süden werden könnten, ja dass das Frankenland in kurzem „sedes belli“ für die Schweden werden sollte, daran dachte in Bamberg wohl niemand. Desto eifriger beschäftigten den Bischof Johann Georg die Fragen seiner kirchlichen Politik; sie verstummen nicht auch im Geräusche der Werbungen und Kriegsvorbereitungen, ja sie verdichten sich selbst in der Atmosphäre äusserer Sorgen und Befürchtungen zu immer grösseren und präziseren Ansprüchen.

Der Lutheranismus, welcher während des vorigen Jahrhunderts im Hochstifte wenn auch nicht gerade tiefgründige, so doch auffällig weit verbreitete Wurzeln geschlagen hatte,¹⁾ war durch die glaubenseifrigen katholischen Vorgänger Johann Georgs

¹⁾ Vgl. Heller, Reformationsgesch. des ehemal. Bistums Bbg.

am Ende des 16. und zu Anfang des 17. Jahrhunderts der Hauptsache nach wieder ausgerottet worden. Die Hauptarbeit der kirchlichen Restauration war geleistet, als Johann Georg II. 1622 den bischöflichen Stuhl bestieg. Doch gab es noch der Kleinarbeit genug, wenn eine unbedingte Reinigung des Bistums von dem haeretischen Geiste erfolgen sollte. Denn allenthalben wird noch von den Seelsorgern wie von den Pfarrvisitatoren geklagt nicht bloss über Indifferentismus gegen die Lehren und Gesetze der Kirche, über Nichtbeobachtung der Fasttage etc., sondern auch über verstecktes Luthertum unter den Unterthanen, über das Lesen lutherischer Bücher, über das „Auslaufen“ der Pfarrkinder zu lutherischen Prädikanten in benachbarten markgräflichen oder edelmännischen Gebieten,¹⁾ und zahlreich sind die Mandate, die zur Abstellung dieser Missstände an Pfarrer und weltliche Beamte ergingen.²⁾ Wo Ermahnung und Warnung nichts fruchtete, wurde zur Strafe geschritten, einzelne Widerspenstige, die sich auf wiederholte Aufforderung hin nicht zur Beichte stellten, oder solche, die ihre Kinder in benachbarte protestantische Gemeinden zur Taufe trugen etc., wurden mit strengem Arrest bestraft, selbst die Verheiratung katholischer Pfarrkinder in lutherische Orte wurde mit hoher Geldstrafe geahndet.

Es sind die Triebfedern dieses Vorgehens beim Bischof Johann Georg sicherlich viel weniger in blindem Glaubenshass oder fanatischer Verfolgungssucht zu suchen, als vielmehr in der einseitigen Auffassung der durch die unklaren Bestimmungen des Augsburger Religionsfriedens geschaffenen vieldeutigen Rechtsverhältnisse, die besonders in Franken in sehr verwirrender Weise hervortraten. Insbesondere war die Frage des *jus reformandi* der in den fränkischen Gebieten zahlreichst eingesessenen Reichsritterschaft der grosse Stein des Anstosses. Die Reichsritterschaft

¹⁾ s. Reformationsakten des Bbg. Kreis-Arch. — Klagen der Visitatoren s. *Responsiones ad puncta Visitationis* aus den J. 1625—27; Rep. 106, Nr. 20.

²⁾ Vgl. bischöfl. Mandat an die Pfarrer und Beamten v. 30. Juli 1623; an den Stadtrichter und Dechant von Forchheim v. 27. Juli; — Generalmandat an die Pfarrverweser des Hochstifts v. Aug. 1627; Mandat an die weltlichen Beamten v. 10. Dez. 1627; Mandat, Ausweisung der Nichtkathol. aus der Stadt Bamberg, betr. v. 12. Juli 1631 (Ref.-A.).

war zwar in dem Religionsfrieden mit inbegriffen, aber durch denselben nur „für ihre Person“ in ihrer Religionsübung geschützt, während über ihre Unterthanen keine Bestimmung getroffen war. Nichtsdestoweniger hatte die protestantische Ritterschaft, gestützt auf ihre „obrigkeitlichen“ Rechte, auf ihren Besitzungen durchweg die evangelische Lehre eingeführt, und so waren die fränkischen Bistümer vielfach von protestantischen Enklaven durchsetzt oder von protestantischen ritterschaftlichen Pfarreien umgeben. Dazu kam die Buntscheckigkeit der Rechtsverhältnisse in den einzelnen Ortschaften selbst, wo der eine Hof „edelmännisch,“ ein zweiter „fürstlich,“ ein dritter „prälatisch,“ ein vierter „reichsstädtisch“ etc. war, und wodurch eine Verschiedenheit des religiösen Bekenntnisses erst recht begünstigt wurde.¹⁾

Der Bischof Johann Georg ging nun von allem Anfang an darauf aus, das Territorialrecht der Ritterschaft und der Reichsstädte zu bestreiten und, gestützt auf die ihm zukommende geistliche Gerichtsbarkeit, auch das jus reformandi auf den ritterschaftlichen und reichsstädtischen Gebieten in Anspruch zu nehmen.

Schon im Jahre 1624 wandte er sich mit einer Beschwerde an den Kaiser, in welcher er Klage führt, dass verschiedene Adelige erst in neuerer und neuester Zeit auf ihren Gütern innerhalb des Bamberger Territoriums die lutherische Lehre eingeführt und lutherische Prädikanten eingesetzt hätten.²⁾ „Die-

¹⁾ Von der Mannigfaltigkeit dieser Verhältnisse hier nur ein Beispiel. So finden wir in dem Orte Lonnerstadt nach einem Amtsberichte, der am 11. Aug. 1628 erstattet wird, folgende „Beherrung“:

Von den 91 Haushaltungen sind 5 Hintersassen des Amtes Höchstadt, 1 der Pfarrei Höchstadt, 25 des Stiftes Würzburg, 11 hinter dem markgräfl. Kloster Frauenaaurach, 1 hinter dem Kasten Dachsbach, 20 hinter den Baumgartten'schen Erben zu Nürnberg, 20 hinter dem Nürnberger Almosen, 4 hinter dem Geschlechte Pessler daselbst, 3 hinter Stibar zu Aisch, 1 hinter dem Gotteshause Lonnerstadt. (Ref.-A. Rep. 106, 9).

²⁾ Religionsakten d. Hochstifts Bbg. Nr. 13, Rep. 107. — (Concept, undatiert, fällt aber sicher in d. J. 1624). Der Bisch. führt Klage über die Lutheranisierung der Pfarrei Rothenkirchen durch Christoph v. Würzburg im J. 1608, ferner der Pfarrei Fischbach durch das Geschlecht v. Gutenberg 1613, der Pfarrei Mengersdorf durch das Geschlecht von Aufsees 1624, sowie über die Einführung calvinistischer Lehre in der pretzfeldischen Filiale Moggast durch Georg Sebastian Stibar v. Pretzfeld.

weil aber die fränkische wie nit weniger andre dem Reich unmittelbar vnterworffene Ritterschaft in krafft des Religionsfriedens, darauff man sich beruffen will, keineswegs befugt, Exercitium Augustanae Confessionis bevorab in katholischer herrschaft Territorio, alda die den ordinariis loci competirende geistliche jurisdiction vngeändert in antiquo vigore verbleiben will, geschweige den per expressum verworffenen abscheulichen Calvinischen neuen, zu intröduciren, sondern solche Ritterschaft in ermeltem Frieden enig vnd allein dergestalt begriffen, daz die deroselben einverleibte mitglieder für ihre persohn . . . vnangefochten sollen gelassen werden,“ so bittet er den Kaiser, er möge an die fränkische Ritterschaft einen ernstlichen Befehl ergehen lassen, dass das Weggenommene wieder restituiert werde und für die Zukunft eine solche Wegnahme unterbleibe. Am 15. Oktober 1624 erging infolgedessen ein kaiserliches Generalmandat an die Ritterschaft der 6 Orte in Franken, welche die Restitution aller entzogenen Pfarreien und die Abschaffung des „widerrechtlich eingeführten Exercitiums“ anordnet und befiehlt, „dass inskünftig dergleichen beschwerliche vnd vnuerträgliche attentaten allerdings eingestellt werden.“¹⁾

Es war vorauszusehen, dass ein in solch allgemeinen Bestimmungen sich bewegendes Mandat ohne Wirkung bleibe; eine Restitution der verlangten Pfarreien erfolgte nicht, und zu einer allgemeinen Inangriffnahme der Restitution auf gewaltsamem Wege scheinen dem Bischof Mut und Mittel gefehlt zu haben. Nur ganz vereinzelt sind daher in den nächsten Jahren die Fälle einer gewaltsamen Rekatholisierung ritterschaftlicher Pfarreien.²⁾

Nun aber erschien im Jahre 1629 das kaiserliche Restitutionsedikt, welches in seinen detaillierten Bestimmungen der gesamten Restaurationsbewegung eine greifbare Grundlage gab und die Begehrlichkeit der katholischen Partei zu immer höher gehenden

¹⁾ Religions-Akten Nr. 13, Rcp. 107.

²⁾ Im J. 1624 wurden Maineck und Mainroth nach hartem Kampfe zum Katholizismus zurückgeführt; Jäck, Bbg. Jahrbücher, S. 310. Im J. 1627 wurde der evang. Pfarrer zu Rugendorf, welcher schon 25 Jahre lang dieses Amt bekleidet hatte, von den Bambergern verjagt und ein katholischer Pfarrer an seine Stelle gesetzt. (Holle, das Fürstentum Bayreuth im 30jähr. Kriege, Archiv f. Gesch. v. Oberfr. IV. 1. Heft, S. 16.)

Wünschen und Hoffnungen steigerte. Der Bischof Joh. Georg, als Präsident der fränkischen Restitutionskommission mitten in diese aufregenden Fragen der Zeit hineingestellt, unterliess nicht, auch für seine Person mit den weitestgehenden Ansprüchen hervorzutreten. Es handelte sich für ihn jetzt nicht mehr bloss um die Totalreformation ritterschaftlicher Pfarreien, sondern auch um die der Stadt Nürnberg und des gesamten brandenburgischen Territoriums.

Auf dem Fürstentage zu Regensburg (1630) waren die bambergischen Abgesandten, der Weihbischof Friedrich Förner und der Rektor Soc. Jes. Joachim Hammon in dieser Richtung thätig und suchten durch besondere Vorstellungen beim Kaiser wie beim päpstlichen Nuntius die Sache zu fördern. Der Kaiser scheint trotz des für den Bischof günstigen Bescheids vom Jahre 1624 in der Frage des Vorgehens gegen die Reichsritter und Reichsstädte eine Zeit lang schwankend gewesen zu sein; am 8. Oktober 1628 und selbst noch am 19. Oktober 1629 hatte er die fränkischen Ritter gegen die Bischöfe in Schutz genommen,¹⁾ auf dem Tage zu Regensburg dagegen finden wir ihn bereits ganz im Lager der Bischöfe. Am 6. November 1630 erliess er eine endgültige Entscheidung zu gunsten der Bischöfe, wodurch „die Inhibition in Sachen der Reformation gänzlich wieder cassiert“ und dem Bischofe von Bamberg die Ermächtigung erteilt wurde, „damit ferner zu verfahren.“²⁾ Und als der Kaiser den Weihbischof Förner am 11. November in Audienz empfing, zollte er dem Bischof seine besondere Anerkennung für den Eifer in dem Reformationswerke und gab wiederholt die Ermächtigung, namentlich gegen den Adel zunächst mit ernstlicher Verwarnung, sodann aber „gebührlichen der hohen landtsherrlichen Obrigkeit anhängenden mitteln“ vorzugehen, „quod juris divini,“ wie der Kaiser wörtlich bemerkt, „ut pastor ab ovili suo lupos arceat.“

Um die geeigneten priesterlichen Kräfte für das Restaurationswerk zu gewinnen, stellte Förner an den päpstlichen Nuntius

¹⁾ Vgl. die kaiserl. Inhibitionsschreiben an d. Bisch. v. Würzburg. v. 8. Okt. 1628 u. 19. Okt. 1629 bei Gropp, Collectio Script. Wirceburg. III. S. 750 u. 754.

²⁾ Nach Tupetz, a. a. O., S. 407, (Fussnote.).

die Bitte, er möge beim Papste für etwa 60 Priester die „potestas absolvendi ab haeresi et a relapsu“ erwirken.¹⁾

Anfangs des Jahres 1631 begann nun die gegenreformatorische Thätigkeit des Bischofs mit erneuertem Eifer in durchgreifenderer Weise. Als die leitenden Kommissäre dieser „Generalreformation“ wurden aufgestellt der Dechant des Kollegiatstifts St. Stephan und geistliche Rat Dr. Daniel Pessler, sowie der weltliche Rat Dr. Stephan Getzendorffer, welche am 22. Januar 1631 mit einer ausführlichen Instruktion versehen wurden.²⁾ Dieselbe enthält die eingehendsten Vorschriften über die bei der Occupation einer Adelspfarrei zu unternehmenden Schritte. Wir halten sie für interessant genug, um den Inhalt derselben kurz wiederzugeben.

Die Kommissäre sollten bei beschlossener Kommission gegen eine bestimmte Pfarrei tags vorher an einem der nächsten bamberghischen Orte übernachten, mit dem Ortsbeamten geheime Konferenz pflegen, bei zu erwartender Gegenwehr „zu ihrer Assistenz und Gegendefension“ aus der Garnison von Forchheim eine Anzahl Soldaten mitnehmen und am bestimmten Tage mit dem einzusetzenden neuen Geistlichen in aller Frühe, noch vor gottesdienstlicher Zeit sich der Kirche nähern und, wenn solche offen, dieselbe offen behalten, den Eintritt des Prädikanten aber verhindern.

Der adelige Gutsherr oder in seiner Abwesenheit dessen Beamter sollte nun im Namen des Bischofs und unter Androhung von Gewalt aufgefordert werden, den Prädikanten zu kassieren und dessen Stelle mit dem mitgebrachten katholischen Priester zu besetzen, die Pfarr-Registratur, die Schlüssel zur Kirche, Pfarr- und Schulhaus zu übergeben und die Kirchenparamente herbeizuschaffen und zu restituieren.

Im Weigerungsfalle solle durch mitgebrachte Handwerksleute die Kirche gewaltsam geöffnet werden. Hierauf seien die Glocken zu rühren und die Pfarrkinder zum Gottesdienste zu rufen. Inzwischen sei auch der Prädikant vorzufordern und demselben zu eröffnen, dass er seiner Stelle entsetzt sei, sich aller kirchlichen Funktionen zu enthalten und innerhalb acht Tagen nicht

¹⁾ Berichte des Gesandten Förner vom Tage zu Regensburg (Reformat.-Akten, 6, Rep. 107.).

²⁾ Original d. Instruktion v. 22. Jan. 1631 Bbg. Reformat.-Akt. Nr. 17.

bloss den Ort, sondern auch die Diözese Bamberg zu verlassen habe. Auch dem Schul- oder Kirchendiener solle verboten werden, des Kirchendienstes sich weiter anzumassen, Schule zu halten „oder einen vnd den andern in lectione tam publica quam privata zu informieren.“

Wenn nun die Zeit zur Messe gekommen, so soll, gleichviel ob wenig oder viel Pfarrkinder zur Stelle, von dem neuen katholischen Priester das officium de SS^{ma} Trinitate et Spiritu sancto gesungen oder gelesen und darauf ein kurzer Sermon ex Cathedra gehalten werden. Hierauf werden alle Parochiani auf den Kirchhof vorgefordert, wobei die öffentliche Vorstellung des neuen Priesters erfolgt mit der Ermahnung, denselben als ihren Hirten und Pfarrherrn zu betrachten und seinen Lehren nachzuleben „vnd sich also in den Glaubensartikeln informiren zu lassen, damit zwischen hier vnd Ostern sie zur katholischen Religion sich würcklich bekennen, oder wo si nit wollen, vnder solcher Zeit auss vnserm Fürstenthumb weichen vnd emigriren.“ Falls sie ein solches Gelöbniß verweigern, „könnten ermelte vnser Soldaten ihnen zugelegt vnd so lang bei ihnen gelassen werden, biss sie sich eingestellt haben.“

Hierauf sollte erst die förmliche Installation des neuen Priesters und womöglich seine sofortige Einführung ins Pfarrhaus, sowie die neue Verpflichtung der Kirchenpfleger erfolgen.

Der neue Priester sollte dann in loco „wo nit im Pfarrhaus, jedoch an einem andern saubern orth neben etlichen Soldaten zu seiner verwahrung verpleiben“, und seine seelsorgerische Thätigkeit eröffnen. Es wird ihm eingeschärft, „seine vndergebenen Schäflein in Sanfft- vnd Demut ohn alles schenden vnd schmehen zu weyden vnd zu vnderrichten, Kinderlehr anzustellen, die Jugend mit guten worten an sich zu ziehen, ein erbarn wandel bei vnd gegen jedermann zu führen vnd alle familiariteten, sonderlich bei denen vom Adel, in conversationibus vnd discurren zu meiden vnd endlich, wie diese reformation ihren succurs habe, wochentlich zum vicariat gerecht zu berichten.“ —

Gemäss diesen Instruktions-Bestimmungen wurden nun in den ersten Monaten des Jahres 1631 eine stattliche Reihe von ritterschaftlichen Pfarreien in gewaltsamer Weise rekatholisiert. Das günstigste Angriffsterrain schien die fast ganz von Bamberger

Gebiet eingeschlossene grössere ritterschaftliche Enklave zwischen den Aemtern Lichtenfels - Burgkunstadt einerseits und Kronach-Wartenfels andererseits darzubieten. Hier wurden in kurzer Folge die Pfarreien Gärtenroth, Küps, Schmölz, Mitwitz, Burkersdorf, Weissenbrunn etc. mit katholischen Geistlichen besetzt und die widerstrebenden Einwohner durch äusseren Zwang der katholischen Kirche zugeführt.¹⁾

Aber des Bischofs Pläne gingen noch viel weiter. Eine Reihe von Streitfragen knüpfte sich an das Restitutionsedikt an, für deren Erledigung ihm gerade jetzt der günstigste Zeitpunkt gekommen schien.

Auf der Versammlung zu Regensburg (1630) war nach längeren Verhandlungen über die Restitutionsfrage den Evangelischen die Zusage einer weiteren und zwar endgültigen Traktation gemacht worden. Als Ort derselben wurde Frankfurt a./M. und als Termin des Beginns zuerst der 4. Februar 1631, später infolge einer auf das Betreiben Kursachsens erfolgten Verschiebung der 3. August in Aussicht genommen. Die protestantische Partei hatte ihre Neigung zum Entgegenkommen dadurch zum Ausdruck gebracht, dass sie bereits auf dem Tage zu Regensburg eine von dem hessendarmstädtischen Kanzler Wolf ausgearbeitete Denkschrift überreichte, von welcher man hoffen zu können glaubte, dass auf Grundlage derselben eine Verständigung möglich sei.²⁾ Zwar konnte man schon aus der darauffolgenden, von der Mainzer Kanzlei ausgehenden Gegenerklärung der Katholiken ersehen, wie

¹⁾ Vgl. viele zerstreute Notizen in d. Bbg. Krgs.-A., auch Jäck, Geschichte Bbgs. II und III bietet eine Reihe von Notizen über die in dieser Zeit katholisirten Pfarreien. Ueber die Vertreibung des evang. Pfarrers zu Weissenbrunn, vgl. Holle, das Fürstentum Bayreuth im 30 jähr. Kr. 1. Heft, S. 28.

Von der Kirche zu Kirchleus und der Filiale Gössersdorf wurde die Katholisierung dadurch abgewendet, dass der Markgraf v. Bayreuth 600 Mann Soldaten bewaffnen liess, um Gewalt mit Gewalt zu vertreiben (Holle a. a. O.).

²⁾ Heyne, Kurfürstentag zu Regensburg, S. 165 ff. — Tupetz, der Streit um d. geistl. Güter, S. 470 ff. — Kopie dieser hess. Vergleichungspunkte, sowie des kathol. Gegenentwurfs in Bbg. Reichskorrespondenz VIII., gedruckt in Londorp IV., 103 ff. und Theatrum Europ. II. 213, aus demselben übergegangen in Khevenhiller XI., 1103 ff.

unversöhnlich die Gegensätze hier immer noch einander gegenüberstanden, aber es war durch diesen Schriftwechsel wenigstens das eine erreicht, dass gewisse Punkte formuliert waren, welche bei einem bevorstehenden „Kompositionstage“ zum Ausgangspunkte weiterer Diskussion gemacht werden konnten. Es ist hier nicht der Raum, diese Punkte des näheren zu erörtern, sie kommen für uns nur insoweit in Betracht, als die Politik des Bamberger Bischofs sich mit denselben auseinander zu setzen hatte.

Diese Politik stellt sich den Postulaten der Protestanten in der Hauptsache direkt ablehnend gegenüber. Der Bischof erklärt, dass von denselben vor dem göttlichen, kanonischen und Civilrecht und auch vom Standpunkte der Billigkeit aus „wenig bestehen vnd bei guter prob bleiben, ja fast alle der offenbahren Unbillichkeit vnd Vnuernunft zu überzeugen seien.“ Insbesondere richtete sich der Kampf des Bischofs gegen einzelne Forderungen, welche allerdings, wenn ihre Annahme erfolgte, geeignet waren, seine Restaurationsbestrebungen völlig zu durchkreuzen. Zu diesen gehörte zunächst die schon lange und vielfach ventilirte Interimsfrage. Bekanntlich hatte eine nicht geringe Anzahl von Fürsten und Städten im Jahre 1548 das kaiserliche Interim angenommen, dessen Wirkungen über den Passauer Vertrag bis zum Augsburger Religionsfrieden fortgedauert, von da an aber wieder ihr vollständiges Ende erreicht hatten. Nun behaupteten die Katholiken, dass die Annahme des Interims als gleichbedeutend mit der Annahme des Katholizismus zu betrachten sei, mithin alle diejenigen Besitzungen, in welchen das Interim angenommen war, der Restitution verfallen seien, während die Protestanten von der Ansicht ausgingen, dass das Interim weder katholisch noch protestantisch, sondern ein „mixtum,“ gleichsam „eine neue Lehre“ gewesen sei;¹⁾ deshalb verlangten auch die hessischen Vergleichsvorschläge (Punkt 3), dass das Interim bei Beurteilung der Restitutionsfrage „in ganz keiner consideration seyn, auch zu ewigen Tagen wider keinen Evangelischen angezogen, sondern geachtet werden sollte, als ob es niemals in rerum natura gewesen wäre.“ Die Annahme dieses Punktes konnte für die Restaurationspläne des Bischofs insoferne von gefährlicher Bedeutung werden, als gerade in den

¹⁾ Tupetz, a. a. O. S. 403.

fränkischen Gebieten eine grosse Anzahl von grösseren und kleineren evangelischen Territorien vorhanden war, welche seinerzeit das Interim angenommen hatten und aus diesem Grunde restituiert werden sollten.

Ein anderer Punkt der Vergleichsvorschläge betraf die ritterschaftlichen Gebiete. Die Vorschläge verlangten (Punkt 19), dass die freie Reichsritterschaft in Religionssachen „an Enden vnd Orten Ihro ermelte Ritterschafft das jus territorii hergebracht, eodem jure, als ein hoher Stand geachtet werden“ solle. Da nun dem Religionsfrieden gemäss die „*facultas mutandae religionis*“ auf dieses Territorialrecht gegründet war, so sollte durch diese Bestimmung der grösste Teil der ritterschaftlichen Besitzungen (nämlich der vor dem Augsburger Religionsfrieden reformierte) dem evangelischen Glauben erhalten bleiben.

Wie sich der Bischof Johann Georg zu dieser Frage stellte, haben wir bereits zur Genüge gesehen. — Es kann uns daher nicht Wunder nehmen, wenn die zum Frankfurter Kompositionstag abgeordneten Gesandten die gemessensten Instruktionen gerade für die berührten Fragen erhielten.¹⁾ Fast wie Ironie klingt es, wenn diese Instruktion zunächst erwähnt, dass in Bezug auf die Verhandlungen im allgemeinen auch „nicht wenig auf der Zeit vnd leufften gefehrlichkeit“ Rücksicht genommen werden soll und man daher einem Vergleiche, der auf Grund der katholischen Gegenpunkte mit den Protestanten geschlossen werden könnte, „nicht zuwider sein, sondern die katholischerseits fixerten Artikel genehm haben und halten wolle,“ und wenn dann das Schriftstück weiter fortfährt: „doch allein aussgeschieden, wass vnseres Stiffts sonderbahre gelegen- oder beschaffenheit, auch dessen erheischende sondere notturfft erfordern thut.“

Hatten schon die katholischen Gegenpunkte der Mainzer Kanzlei im wesentlichen so viel wie gar nichts an Nachgiebigkeit gezeigt, so gingen die Deduktionen des Bamberger Bischofs noch weit über diese, ja noch über den Sinn des Restitutionsediktes selbst hinaus. Nicht bloss, dass die Interimsfrage in streng katholischem Sinne aufgefasst, ferner der fränkischen Ritterschaft und

¹⁾ Instruktion vom 16. Juli 1631 (Original in Bbg. Reichskorrespond. VIII.).

dem Rate zu Nürnberg wie bisher ein Territorialrecht entschieden bestritten wird, es wird den Gesandten auch aufgetragen, zu Frankfurt mit den katholischen Vertretern vertrauliche Vorverhandlungen zu pflegen über die schon auf dem Regensburger Tage ventilirte Rechtsfrage einer generellen Katholisierung sowohl der Stadt Nürnberg als des Gebiets von Brandenburg-Kulmbach. Sie sollen darüber das Gutachten der katholischen Vertreter vernehmen und „soweit sichs thun lässt, auch per majora für gut angesehen wird,“ ihre Forderungen dem Traktat mit den Protestanten zu Grunde legen.

Am 17. Juli reisten die Bamberger Gesandten nach Frankfurt ab und kamen am 22. dort an.¹⁾ Es waren der Bamberger Domkantor, Propst von St. Gangolph und Vizedom zu Kärnthen Franz von Hatzfeld, der Stiftsdekan von St. Gangolph Dr. Murmann und der weltliche Rat Dr. Winter. Noch bevor die Verhandlungen ihren Anfang genommen hatten, wurde Franz von Hatzfeld auf den erledigten Bischofsstuhl zu Würzburg berufen und reiste von Frankfurt wieder ab, einer ehrenvollen, bald aber auch sehr dornenvollen Stellung entgegen. Auch Dr. Murmann begab sich bereits am 6. August wieder auf die Heimreise, „weil er befunden, dass von anderen Ständen gar keine Theologen oder Geistliche seines Standes geschickt worden“ und er sich demnach für überflüssig erachtet.²⁾ So blieb nur Dr. Winter in Frankfurt, ohne Zweifel der begabteste und erfahrenste, aber auch der rührigste und geschäftsgewandteste unter den Räten des Bischofs. Obwohl erst seit vier Jahren in bambergischen Diensten, hatte er bei den verschiedensten auswärtigen Tagungen und Versammlungen der letzten Jahre die Sache des Hochstifts in geschickter Weise geführt und sich das grösste Vertrauen des Bischofs erworben.³⁾

¹⁾ Die Frankf. Gesandten an d. Bisch. v. Bbg. v. 23. Juli 1631 (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Die Frankf. Gesandten an d. Bisch. v. Bbg. v. 5. Aug. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Da die Persönlichkeit Dr. Winters auch für die Bamberger Kriegsgeschichte der Folgezeit von nicht unerheblicher Bedeutung ist, so sei über seine Antecedenzien hier Folgendes bemerkt: W. war von 1606 an in fürstlichen Diensten, von 1609—1615 Assessor des württembergischen Appellationsgerichts, von 1615—1621 Professor am fürstlichen Kollegium

Auch in Frankfurt trat er mit allem Eifer für die Interessen und weitgehenden Ansprüche seines bischöflichen Herrn ein, obwohl er von vorneherein von der Erfolglosigkeit der Verhandlungen so gut wie überzeugt war. Uebrigens musste diese Ueberzeugung wohl von allen geteilt werden, welche mit offenen Augen den Stand der Streitfrage in beiden Lagern überblickte. Wohl gab es auf beiden Seiten eine Friedenspartei, welcher es mit der Erzielung eines Einverständnisses ernst war, insbesondere war auf katholischer Seite kein geringerer als Maximilian von Bayern selbst bemüht, durch ein gemässigtes Auftreten gegenüber den Protestanten zu positiven Resultaten zu gelangen.¹⁾ Allein weit- aus die Mehrzahl der katholischen Gesandten war mit der fest- stehenden Instruktion nach Frankfurt gekommen, die Gültigkeit des Restitutionsediktes überhaupt nicht „disputieren“ zu lassen und höchstens eine Erörterung über Missbräuche bei der Aus- führung zu gestatten; für die Protestanten aber bezeichneten die hessischen Friedenspostulate, die in wesentlichen Punkten auf eine Aufhebung der Ediktsbestimmungen hinausliefen, das äusserste Mass der Zugeständnisse. Ja das lange Ausbleiben der sächsischen und brandenburgischen Gesandten und die dadurch bewirkte Ver- zögerung der Verhandlungen konnte nicht anders wie als beabsichtigte Taktik zur Gewinnung von Zeit gedeutet werden.²⁾

So war das unter so vielfachen Schwierigkeiten und mit so volltönenden Worten in Scene gesetzte „Kompositionswerk“ von

in Tübingen, von 1621—27 Direktor des gemeinen Hofgerichts u. Schöppen- stuhls zu Coburg. Auf Veranlassung des Bamberger Landrichters Julius von Streitberg trat Winter im J. 1627 als weltlicher Rat in Bamberger Dienste. Er fungierte u. a. als Bamberger Gesandter im J. 1629 auf den Münzprobationstagen zu Regensburg und Augsburg, im J. 1630 auf dem Probationstage zu Nürnberg, dem Fürstentage zu Regensburg u. dem Ligatage zu Mergentheim, im J. 1631 auf dem Ligatage zu Dinkelsbühl, auf dem Kreistage zu Nürnberg und dem Frankfurter Kompositionstage. (Vgl. seine eigenen Angaben in einem Brief an den kurf. bayr. Geheimrat Richel vom 3. Okt. 1632; München, geh. Staatsarchiv.).

¹⁾ Schreiber, Maximilian S. 517.

²⁾ „Man wünsche (evangelischerseits), dass der Schwede besagte Ver- handlungen mit langen Spiessen etc. anstimmen möge.“ (Bericht d. Nürn- b. Gesandten v. 3./13. Sept., nach Soden, Krgsgesch. III., 386).

allem Anfang an eine Komödie, die jeder der beiden Teile nur so lange fortzuspielen gedachte, bis die Würfel des Krieges, auf die jede der Parteien ihr Vertrauen setzte, alle weiteren Unterhandlungen überflüssig machen würden.¹⁾ Und doch ist diese „Komödie“ einer Betrachtung nicht völlig unwert. Sie zeigt uns deutlich, wie weit sich auch jetzt noch angesichts der kritischen Kriegslage die Aspirationen gewisser katholischer Kreise verloren; sie lehrt uns aufs anschaulichste, dass die Hauptfrage, welche die Gemüter entzweite, nicht mehr durch die Feder, sondern nur durch das Schwert gelöst werden konnte.

Am 11. August begannen im Predigerkloster zu Frankfurt die Vorverhandlungen der katholischen Gesandten²⁾ und zwar unter Zugrundlegung der hessischen Vergleichspunkte und der denselben gegenübergestellten katholischen Gegenerklärung.

In breiter Weise werden Punkt für Punkt durchbesprochen. Wenn man auch im wesentlichen in der Zurückweisung der hessischen Traktatspunkte einig war, so bereitete doch das

¹⁾ Charakteristisch in dieser Beziehung ist ein Schreiben Dr. Winters an den Bisch. v. Bbg. v. 12. Aug., worin Winter über die Frage, ob an Stelle des H. v. Hatzfeld ein weiterer Gesandter von Bbg. abgeordnet werden soll, sich ausspricht: „Weyl Ir. Kays. Majest. rund haben will, daz man vom Religionsfrieden vnd dero Edikt nit ein jota fallen lassen soll, vnd aber alle der Protestirenden postulata werden . . . dahin angesehen, das sie wider den religionsfrieden vnd das Edikt lauffen, tirecte od. aufs wenigst intirecte, So ist gar glaublich, da gleich die Sachsen kommen solten . . . das auf das jetzt angeregte, fast allen gemeinsame praesuppositum wenig ein tractat aussgerichtet vnd das übrige gelt, welches eine solche persohn herzuschicken kosten wolte, vergebens aussgeben werden möchte, bevorab, wan sich auf der catholischen seiten kein glücklicher eventus (wie sich die vncatholischen fast berühren wollen) inmittelst begeben hette od. noch begeben. (Orig. in Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Es liegt weder in unserer Aufgabe noch in unserer Absicht, einen Bericht über den gesamten Verlauf des Kongresses zu geben. Vgl. hierüber die (freilich keineswegs erschöpfenden) Mitteilungen in Stumpf, diplom. Geschichte d. deutschen Liga, S. 286—296, ferner das Tagebuch des Frh. v. Preysing über den Kompos.-tag in Aretin, Bayerns auswärt. Verhältnisse I. 293 ff.; Schreiber, Maximilian, S. 517 ff.; Tupetz a. a. O. S. 508 ff.; eine Anzahl v. Aktenstücken bei Londorp IV. S. 220—267; Theatrum europ. II. 436—448, Khevenhiller XI. 1716—1749.

unversöhnliche und begehrlche Auftreten der bischöflichen Gesandten manche Schwierigkeiten. Als eines der eifrigsten Mitglieder dieser intransigenten Gruppe erscheint neben den Augsburger und Würzburger Deputierten der Bamberger Gesandte.¹⁾ Seine Forderungen erstreckten sich nicht bloss auf direkte Ablehnung der hessischen Vorschläge, die, wie er glaubt, nur darauf berechnet seien, vor allem in Franken möglichst viel „zu fischen“, sondern gingen auch noch vielfach über die katholischen Gegenvorschläge der Mainzer Kanzlei hinaus. Zunächst war es die Frage der Gültigkeit des Interims und das schon so oft ventilerte Kapitel der ritterschaftlichen Gerechtsame in Sachen der Religionsübung, welche ihn veranlassten, die Interessen des Bamberger Hochstifts in extremster Weise zu vertreten. Als Bamberg und Würzburg aufgefordert wurden, ihre „Intentiones“ schriftlich zu übergeben, verfasste Winter eine „Vnuorgreifliche Beschreibung der gravaminum, so dem kaiserlichen Stift Bamberg occasione des 7., 9. und 29. Punkten aufwachsen wolten“, welche er am 1. September 1631 dem Direktorium des Konvents übergab.²⁾ In diesem umfangreichen Schriftstück wird zunächst die Behauptung aufgestellt, dass es in Franken überhaupt unmöglich sei, den Religionswechsel auf ein Territorialrecht zu gründen, da ein jus territorii oder eine Landesobrigkeit im Sinne des Religionsfriedens hier nicht gebräuchlich sei. Nicht weniger als sechs verschiedene Arten von obrigkeitlicher Gewalt seien in Uebung, nämlich 1) das jus dioecesanum, 2) die centbarliche Fraisch oder hohe Fraisch, 3) die civilische oder vogteiliche Obrigkeit, 4) die forstliche oder der hohe Wildbann, 5) die Lehensherrschaft, 6) die sogenannte gemeine Herrschaft; aber keine dieser Gerechtsame entsprächen

¹⁾ Vgl. die zahlreichen Akten des Bamb. Arch. (Manualakten Winters im Reichskorresp. VIII., Briefe Winters an d. Bisch. v. Bbg., deren Concepte in Reichskorresp. VIII., deren Originale in den Bbg. Krgs.-A., ausserdem noch viele zerstreute Archivalien).

²⁾ Concept von Winters Hand in Bbg. Reichskorresp. VIII., Reinschrift in Bbg. Krgs.-A.; ein durch viele sinnstörende Fehler entstellter, nahezu unbrauchbarer Abdruck bei Londorp III. 236, daraus übergegangen in Ludewig, Script. rer. Episcop. Bbg. S. 1020. Das bei beiden gesetzte Datum (24. Sept. 1633) ist selbstverständlich falsch, trotzdem aber in verschiedene lokalhistor. Schriften Bbgs. übergegangen.

dem Begriffe einer Territorialherrschaft, weshalb die Rechtschriftsteller von jeher behauptet hätten: „In Franconia datur territorium in territorio.“ In der bunten Mischung und Kreuzung dieser Rechtsansprüche sei nur eine Gewalt sicher begrenzt und feststehend, nämlich das jus dioecesanum der Bischöfe, und auf Grund desselben stehe es dem Bischof von Bamberg zu, nicht bloss sämtliche ritterschaftliche Pfarreien seines bischöflichen Sprengels, sondern auch eine grosse Anzahl von Pfarreien im brandenburgischen Territorium dem katholischen Glauben zuzuführen. In einem beigegebenen Verzeichnisse werden 80 Pfarreien und 62 Missarien oder Benefizien Dioecesis Bambergensis namentlich aufgeführt, welche im brandenburgisch-kulmbachischen Gebiete „stecken“ und ohne Rücksicht darauf, ob sie vor oder nach dem Passauer Vertrag evangelisch geworden, für die Gegenreformation in Anspruch genommen werden.¹⁾

Aber damit nicht genug. Nachdem man einmal über die Festsetzungen des kaiserlichen Ediktes hinaus zu einer Diskussion über die Bestimmungen des Religionsfriedens sich verstiegen hatte, warum sollten auf dem schwankenden Boden dieser Diskussion sich nicht auch Gründe auffinden lassen, die einer noch weiter gehenden, ja einer totalen Gegenreformation im Brandenburger Gebiet das Wort redeten? In einem gleichzeitig mit dem vorbezeichneten Schriftstücke übergebenen „Nebenmemorial“²⁾ legte Dr. Winter die Gründe nieder, die für eine „Totalreformation“ des brandenburgisch-kulmbachischen Gebietes in Betracht zu ziehen seien — Gründe, die der Gesandte bereits am 19. August in der Versammlung der katholischen Vertreter mündlich zum Ausdruck gebracht hatte.³⁾ Sie gingen auf die Zeit des Markgrafen Albrecht Alcibiades zurück und deduzierten: 1) habe Albrecht Alcibiades 1548 das

¹⁾ Das Verzeichnis (Bbg. Reichskorresp. VIII.) ist in Londorp nicht mit abgedruckt.

²⁾ Vgl. das von Dr. Winter eigenhändig konzipierte „Nebenmemorial, die Totalreformation des Fürstenthums Culmbach betreffend“ in Bbg. Reichskorresp. VIII., abgedruckt Londorp III. und von da übergegangen in Ludewig, Script. rer. episcop. Bambergens. 1018.

³⁾ Vgl. Manualakten Dr. Winters fol. 10 in Reichskorresp. VIII.

Interim angenommen, welches zur Zeit des Passauer Vertrages noch zu Recht bestand; Brandenburg-Kulmbach sei also zur Zeit des Passauer Vertrages kein evangelisches Land gewesen, habe also auch jetzt kein Recht, evangelisch zu bleiben; 2) habe Albrecht Alcibiades überhaupt den Passauer Vertrag nie anerkannt, habe denselben bekämpft, sei 1553 in die Acht erklärt worden und 1557 in derselben verstorben. Er sei dadurch des Religionsfriedens notorisch unfähig gewesen; folglich habe der Religionsfrieden auch für sein Land keine Geltung und sei dasselbe der katholischen Religion und dem Diözesanrechte des Bamberger Bischofs wieder völlig anheimzugeben.

Dass der Verfasser mit diesen Deduktionen sich auf ein sehr kritisches Gebiet begeben, fühlte er wohl selbst; denn er stellt den katholischen Konventsmitgliedern die Entscheidung anheim, ob der Bischof von Bamberg „sich etwas Rechnung auf diese Meinung zu machen oder aber es bleiben zu lassen und nichts desshalb zu moviren.“

Auch die Verhältnisse der Reichsstädte, welche nach Punkt 20—28 der hessischen Vergleichsvorschläge in lebhafter Debatte erörtert wurden, gaben Dr. Winter Gelegenheit, seine vielfach abweichenden Ansichten über diese Materie mündlich und schriftlich darzulegen. War es doch vor allem darauf abgesehen, einen anerkannten Rechtsboden für die Gegenreformation der damals ganz evangelischen Reichsstadt Nürnberg zu gewinnen. Nun forderten die hessischen Vergleichspunkte, dass diejenigen Reichsstädte, in welchen zur Zeit des Religionsfriedens nur die katholische oder nur die evangelische Konfession in Gebrauch gewesen, bei dieser Konfession verbleiben sollten, jedoch so, das den nach dieser Zeit eingewanderten Bürgern der gegenteiligen Konfession zwar keine öffentliche Religionsübung gestattet, jedoch auch kein Gewissenszwang auferlegt werden sollte. In den Städten, in welchen beide Konfessionen zur Zeit des Religionsfriedens in offener Uebung gewesen, sollte auch fortan eine gewisse Parität durchgeführt werden; die Städteverfassungen sollten bei ihren hergebrachten Freiheiten verbleiben etc. Während nun die offiziellen katholischen Gegenpunkte in dieser Beziehung nicht ohne entgegenkommende Bestimmungen waren, suchte der Bamberger Gesandte in einem

weitläufigen „Discurs von den Reichsstetten“¹⁾ durch eine stattliche Reihe von Argumenten darzuthun, dass man von rein evangelischen Städten zur Zeit des Religionsfriedens gar nicht sprechen könne, da die Reichsstädte nicht zu den Reichsständen im Sinne des Religionsfriedens zu zählen seien, also ein jus reformandi überhaupt nicht besäßen, ja er kommt zu dem merkwürdigen Schlusse, dass, da die Reichsstädte als direkten Herrn den Kaiser über sich haben, sie eigentlich alle der Religion des Kaisers zu folgen hätten. — Es war ferner nur eine praktische Folgerung aus der von dem Bamberger Gesandten vertretenen Rechtsanschauung über die ritterschaftlichen Rechte, wenn derselbe im Verein mit den übrigen Abgesandten der fränkischen Bischöfe darauf drang, dass die Ritterschaft von der Teilnahme an den Verhandlungen auszuschliessen und daher der auf dem Verzeichnis der protestantischen Gesandten figurierende Vertreter der fränkischen Ritterschaft (Dr. Friedrich Fabricius) zurückzuweisen sei. Ein diesbezügliches Protestschreiben der bambergischen, würzburgischen und eichstädtischen Abgeordneten, von Dr. Winter selbst verfasst,²⁾ wurde am 20. September dem Direktorium übergeben und hatte zur Folge, dass der Antrag auf „Removierung des Ritterschafts-Anwalts“ von den Katholiken einstimmig beschlossen wurde.³⁾

Im übrigen aber blieben die extremen Argumentationen der bischöflichen Gruppe auch unter den katholischen Gesandten nicht ohne Widerspruch, und Dr. Winter selbst berichtet zu wiederholtenmalen, dass es bei der Beratschlagung der kritischen Punkte (z. B. der Ritterschaftsrechte) „hart angestanden,“ und dass die Vota über die Reichsstädte „sehr different ausfallen“ und es „unterschiedliche Meinungen“ gebe.⁴⁾ Namentlich war die kur-

¹⁾ Bbg. Reichskorresp. VIII, wo das Konzept Winters und 2 Reinschriften zu finden; Dr. Winter übersendet den Diskurs an d. Bisch. v. Bbg. bereits am 29. Aug. Der Bisch. sendet ihn erst am 25. Sept. zurück mit der Bemerkung: „Habe daran kein bedenkens.“

²⁾ Konzept von Winters Hand in Bbg. Reichskorresp. VIII. (Kopie in Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Dr. Winter an Bisch. v. Bbg. v. 23. Sept. (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Die Meinungen gingen auch in Wirklichkeit so weit auseinander, dass man beschloss, die Entscheidung über die Verhältnisse der Reichsstädte dem Kaiser anheim stellen zu wollen.

fürstliche Gruppe unter den Gesandten keineswegs geneigt, den Bischöflichen in das Gebiet völlig unrealisierbarer Wünsche durch dick und dünn zu folgen; Bayern voran huldigte, wie schon angedeutet, in anbetracht der Schwierigkeit der Lage versöhnlicheren Grundsätzen; Kurmainz sah es ungern, wenn Forderungen aufgestellt wurden, welche noch über die von seiner Seite entworfene katholische „Gegenerklärung“ hinausgingen. Als daher die kurfürstlichen Gesandten es versuchten, vor dem Beginn der allgemeinen Versammlungen separat unter sich zu verhandeln, um dadurch die Verhandlungen mit der protestantischen Partei einzuleiten, drohte eine Spannung zwischen den kurfürstlichen und fürstlichen Gesandten, welche erst durch eine besondere gemeinschaftliche Sitzung wieder ausgeglichen werden musste.¹⁾ — Aber auch der Bischof von Bamberg mochte bald einsehen, dass es zur Zeit nicht am Platze war, seine speciellen Stiftsinteressen weiter zu verfolgen. Entgegen dem Sinne der Instruktion vom 16. Juli schreibt er bereits am 5. September an seinen Gesandten: — — — „Wir halten dafür, es sei dieser Konvent zu keinem solchen endte angesehen, dass sich bei demselben die Jura vnd Herbringen der Stifter werden disputiren oder aussführen lassen, sondern dass man viel mehr auf solche media vnd conditiones . . . bedacht sei, wie vnd was gestalt man sowohl in genere als particulari mit dem wenigsten abgang vnd nachtheil in einen gütlichen Vergleich vnd Accord verstehen vnnnd dardurch der so hoch gewünschte werthe Frieden in vnsserm geliebten Vaterland dermahlen ohne mehrers Blutvergiessen vnd genzliche Devastirung dess heiligen Reichs recuperirt vnd erlangt werden khönen, darnach denn vnsser maister wunsch vnd verlangen gerichtet vnd wir an vnss, wenn nur der so stark versicherte religions- vnd prophan-

¹⁾ Vgl. Schreiben Dr. Winters an Bisch. v. Bbg. v. 23. Sept. (Bbg. Krgs.-A.).

Wie wenig sich Dr. Winter von den Kurfürstlichen hinsichtlich seiner Pläne versprach, zeigt eine Stelle dieses Schreibens: „— Die Oesterreichischen haben Iren avocatorialbeuelch bekommen, sollen nach haus ziehen; wann nun die Kayss. Commiss: vnd Oesterreich: hinweg, scheint es, die Herren Churfürstl. werden den ordinarien (-Bischöflichen) Ir wesen schlecht befördern, die Chur-Trierischen haben diesse tag rundt gesagt, wir solten fro sein, da wir den Frieden also annemen, wie der Catholische discurrent seine Punkten aufgesetzt, — — —“

frieden in seiner völligen würcklichkeit vnd esse vnd also vnnsserm Stifft die mittel, dass seinige noch zu suchen, in salvo verbleiben, zu solchem endte gern nichts erwehndten lassen wollen.“¹⁾

Auch diese hier ausgesprochene Hoffnung des Bischofs erfüllte sich bekanntlich nicht. Der Frankfurter Kompositionstag verlief ohne Resultat. Nachdem die protestantischen Abgesandten nach und nach sich eingefunden hatten und zuletzt auch noch die Kurbrandenburger, die durch ihr langes Ausbleiben die Geduld der Katholiken auf eine harte Probe gestellt hatten, angekommen waren, wurden am 15. September auf dem Römer die gemeinsamen Verhandlungen mit Ablegung der kaiserlichen Proposition eröffnet. Letztere forderte von den Protestanten als der „impetirenden Partei“ den ersten Vorschlag gütlicher Mittel, nahm aber für den Kaiser als den obersten Richter des Reiches die schliessliche Entscheidung und Bestätigung aller Beschlüsse der Versammlung in Anspruch. Und nun folgten in den nächsten Sitzungen Erklärungen und Gegenerklärungen beider Parteien, welche deutlich zeigten, dass die Gegensätze schroffer als je einander gegenüberstanden. Statt einer Diskussion der hessischen Vergleichspunkte, womit die Katholiken wochenlang ihre Zeit verbracht hatten, verlangten die Protestanten Herstellung des Besitzstandes vom Jahre 1620; die Katholiken antworteten mit einem starren Hinweis auf das Restitutionsedikt. Aber zwischen diese unversöhnlichen Gegensätze hinein donnerten die Kanonen von Breitenfeld, erscholl die Nachricht von der Tilly'schen Niederlage. Sie wurde erst am 25. September in der Stadt Frankfurt bekannt, Freude und Frohlocken unter den Evangelischen, Bestürzung und Schrecken unter den Katholiken verbreitend. Die widersprechendsten Gerüchte und Nachrichten schwirrten durcheinander, bald wurde Tilly, bald der schwedische König totgesagt. Zu einer Nachgiebigkeit der Katholiken führte sie jedoch nicht; noch immer verharren sie in hartnäckiger Ablehnung der protestantischen Vorschläge und setzten ihre Separatberatungen, die sich sowohl auf die Hauptfragen als auf besondere ligistische

¹⁾ Bisch. v. Bbg. an Dr. Winter dato Bbg. 5. Sept.; praes. Frankfurt, 11. Sept. (Reichskorresp. VIII.).

Massnahmen erstreckten, weiter fort — bis am 12. Oktober die Schreckenskunde von dem schwedischen Einfall in das Würzburger Gebiet nach Frankfurt drang und Tags darauf der fliehende Würzburger Bischof selbst in Frankfurt anlangte.

Angesichts der gefährlichen Nähe des Feindes beschlossen die katholischen Gesandten nun eiligen Aufbruch. Unter Hinterlassung eines Schreibens, welches ihre fluchtähnliche Abreise besonders durch die Erklärung, dass sie zu weiteren Verhandlungen genügender Instruktionen ermangelten, einigermaßen maskieren sollte, stoben sie am 14. Oktober in alle vier Winde auseinander — die Frankfurter Tragikomödie war ausgespielt.

5. Kapitel.

Von Breitenfeld bis Würzburg.

Während zu Frankfurt a. M. die berührten Verhandlungen in so unfruchtbarer Weise sich abwickelten, nahm auch zu Nürnberg der Partial-Kreistag, der die völlige Unterwerfung der fränkischen protestantischen Stände unter die Autorität und das Steuersystem des Kaisers bezweckte, (s. Kap. 3) seinen ungehinderten Fortgang. Vergeblich waren alle Bemühungen der Protestanten, bezüglich der Zahlung der Kontributionen einige Erleichterung zu erlangen, vergeblich namentlich war die wiederholte Bitte, die Kontributions-Restanten „aufzuheben oder aufs wenigste zu defalciren,“ vergeblich waren auch ihre Versuche, die geforderte Auslieferung der Musterungsrollen zu umgehen: ¹⁾ die kaiserlichen Kommissäre beharrten steif und fest auf einer unbedingten, ausnahmslosen Unterwerfung unter die kaiserlichen Forderungen ²⁾ und erzwangen dadurch schliesslich eine Erklärung der evangelischen Kreisstände (17. September), welche an Devotion und Gehorsamsversicherungen gegen den Kaiser kaum mehr etwas zu wünschen übrig liess. Die Stände erklärten wiederholt eine förmliche Entsagung des Leipziger Schlusses, eine ausnahmslose Abdankung des geworbenen Volkes; sie lieferten sogar die Musterrollen aus mit der angefügten Bitte, dass den darin verzeichneten Offizieren und Soldaten „derentwegen nichts im vnguten vergolten werden möchte.“ — Nur bezüglich der Kontributions-Restanten

¹⁾ Erklärung der evangel. Gesandten auf die kaiserl. Proposition, d. d. 19./29. Aug. (Copie in Bbg. Kreis-Akt. 48, fol. 229 ff.).

²⁾ Replica der kaiserl. Kreis-Kommissarien v. 1. Sept. (Cop. Bbg. Kreis-Akt. 48, fol. 270 ff.).

versuchten sie nochmals eine „Moderation zu erlangen, indem sie um eine augenblickliche Ermässigung „auf den halben Teil“ und um „erschwingliche Termine“ für die andere Hälfte nachsuchten.¹⁾

Mit Befriedigung wurde diese Erklärung von den kaiserlichen Kommissären aufgenommen und der Reichshofrat Popp reiste sofort nach Wien zurück, um sie dem Kaiser zu unterbreiten und einen endlichen Kreisschluss zu erwirken. So schien sich hier alles in Frieden aufzulösen; die Streittaxt der Protestanten schien durch förmliche und völlige Trennung des ohne Ursache so vielgefürchteten Leipziger Bundes feierlichst begraben. Mit Vergnügen vernahm insbesondere die katholische Partei in Franken diese Kunde, an ihrer Spitze der Bischof von Bamberg, der, von Popp regelmässig unterrichtet, dem Stande und Fortgange der Verhandlungen das regste Interesse zugewandt hatte, da er von der „Parition“ der Stände gegen den Kaiser nicht bloss die Einkehr ruhigerer Zeiten für sein eigenes Land, sondern insbesondere auch die Einstellung der kaiserlichen Exaktionen und Kriegspressuren im gesamten fränkischen Kreise erhoffte.²⁾

Aber es sollte ganz anders kommen. An demselben Tage, an welchem die fränkischen Protestanten zu Nürnberg ihre unterwürfige Erklärung übergaben (17. Sept.), trat auf dem Hauptkriegsschauplatze das grosse Ereignis ein, welches geeignet war, auf die Geschehnisse des Krieges auf Jahre hinaus bestimmend einzuwirken — der Sieg Gustav Adolfs bei Breitenfeld. Durch den Einfall Tilly's in Sachsen, den derselbe auf Befehl des Kaisers, aber gegen den Willen Maximilians von Bayern unternahm, war der Kurfürst von Sachsen nach langem Zaudern zum letzten, entscheidenden Schritte, zum Anschluss an Gustav Adolf gedrängt worden;³⁾ auf dem Schlachtfelde zu Breitenfeld erlag der bisher unüberwundene

¹⁾ Die Vertreter der fränk. evangel. Kreisstände an die kaiserl. Kommissarien vom 7./17. Sept. (Cop. Bbg. Kreis-Akt. 48, fol. 276 ff.)

²⁾ Vgl. den Briefwechsel zwischen dem kaiserl. Kommiss. Popp dato Nürnberg u. den Bisch. v. Bamberg im Aug. u. Sept. 1631 (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Vergl. Droysen, Gustav Adolf II., S. 394. — Wittich (Magdeburg, Gustav Adolf und Tilly S. 736 ff.) sucht allerdings den Nachweis zu liefern, dass die entscheidenden Schritte zum Abschluss des schwedisch-sächs. Bündnisses weit früher erfolgten als Tilly's Einmarsch in Sachsen, vergl. dagegen: Opitz, die Schlacht bei Breitenfeld, S. 64.

kaiserlich-ligistische Feldherr, „der Sieger in 36 Schlachten,“ der vereinten schwedisch-sächsischen Armee. | *guth!*

Diese Feldschlacht ändert wie mit einem Zauberschlage die Physiognomie des Krieges. Im katholischen Lager tritt Schrecken und ratlose Bestürzung an die Stelle der Siegeszuversicht, bei den Protestanten verschwindet die Furcht vor dem Kaiser, der bisherige Wankelmut und die Unentschiedenheit beginnt einer entschiedenen Hinneigung zum Schwedenkönige zu weichen; dem Sieger aber öffnet sich die Bahn nach den wohlhabenden Ländern der Liga.

Unter den letzteren waren die fränkischen Bistümer Würzburg und Bamberg zunächst die gefährdetsten. Vor wenig Tagen erst hatten sie ihr mühsam geworbenes Volk mit dem Bundesheere nach Norden abziehen lassen und standen nun von Truppen nahezu völlig entblösst im Angesicht des anziehenden Feindes. Bamberg hatte augenblicklich gar keine, Würzburg nur 300 Soldaten zur Verfügung.¹⁾ Dazu weit und breit keine Aussicht auf Hilfe. In der Oberpfalz stand zwar eine schwache bayerische Besatzung von 900 Mann Fussvolk und 2 Kompagnien Reiter; allein diese reichte nicht einmal hin, die eigene Nord- und Ostgrenze zu schützen;²⁾ in den bayerischen Erblanden aber hatte der Kurfürst „nicht einen einzigen erworbenen Mann.“³⁾ Zwar hatte Maximilian von Bayern sofort nach dem Eintreffen der Leipziger Nachrichten an Altringer und Fugger geschrieben, dass sie „auf seine und anderer hierobiger Bundtsstendte Landten defension fleissige Obacht geben sollten“;⁴⁾ allein Altringer, der während der Schlacht bei Breitenfeld unthätig in der Nähe von Jena gestanden war,⁵⁾ hatte bereits von Tilly den Befehl erhalten, sich von Thüringen aus nach

¹⁾ Vergl. Konferenzpunkte bei der Zusammenkunft der Bischöfe zu Ebrach, 27. Sept. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Regierung z. Amberg an d. Bisch. v. Bbg. v. 5. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Maximil. von Bayern an d. Bisch. v. Würzburg dato 13. Okt. (Würzburg. Arch., Miscell. 99.).

⁴⁾ Maximil. v. Bayern an d. Amberger Regg. v. 30. Sept., worin der bereits ergangene Befehl mitgeteilt wird. (Bbg. Krgs.-A.).

⁵⁾ Förster, Wallensteins Briefe II, 997. Schreiben Altringers v. 18. Sept.

Hessen zu wenden, um dort sich mit Fugger zu vereinigen.¹⁾ Nach dem Abzuge desselben aber lagen die Pässe, die über den Thüringerwald nach Franken führten, dem Feinde vollständig offen.²⁾

Zugleich trafen weitere Hiobsposten aus Hessen selbst ein, welche besonders auf Bamberg niederschlagend wirken mussten. Wenige Tage nach der Schlacht bei Breitenfeld war Wilhelm von Hessen zum Angriff gegen die Fugger'sche Armada übergegangen, hatte Vach an der Werra dem Feinde wieder entrissen und die Besatzung theils niedergemacht, theils gefangen genommen, wobei auch das von Bamberg aus gestellte Geschütz in die Hände der Hessen fiel. Die grossenteils aus Landeskindern bestehenden Bamberger Kompagnien, deren Reihen sich gleich vom Anfang an durch Desertion bedeutend lichteten, wurde in den folgenden kleineren Ueberfällen auf das Schrecklichste mitgenommen; eine Abteilung derselben von 50 Mann, welche unter dem Lieutenant Fuchs das Schloss Friedewald bei Hersfeld besetzt hatte, musste kapitulieren und erhielt freien Abzug, wurde aber, als sie kaum das Schloss verlassen hatte, von hessischen Bauern angegriffen und grösstenteils niedergemacht; der Lieutenant selbst wurde gefangen genommen, nur einige Soldaten entkamen dem Blutbade und kehrten als Flüchtlinge in die Heimat zurück.³⁾

Nähere Nachrichten über das Unglück von Breitenfeld gelangten zwar nur langsam und spärlich und mitunter in schön-

¹⁾ Befehl Tilly's an Altringer v. 19. Sept. (Kop. in Würzburg. Krs.-Arch., Militärsachen 3102, Fasz. 149.).

²⁾ Altringer war am 26. Sept. in Meiningen. Dorthin liess er den Amtmann von Königshofen kommen u. eröffnete ihm, dass er von Tilly Ordonanz bekommen, nach Hessen zu marschieren, um sich mit Oberst Fugger zu vereinigen. Er sah ein, dass dieser Aufbruch für die fränkischen Bistümer Gefahr bringe u. empfahl dem Bisch. v. Würzburg. eine bessere Verwahrung seiner Grenzen. (Amtmann v. Königshofen an d. Bisch. v. Würzburg. v. 26. Sept. Cop. Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Bisch. v. Würzburg an Bisch. v. Bbg. v. 28. Sept. (Bbg. Krgs.-A.), vergl. hierzu: Rommel, Gesch. Hessens VIII, S. 148. — Capitain Schultes an d. Bisch. v. Bbg. aus dem Feldlager vor Aschaffenburg v. 3. Nov. (Bbg. Krgs.-A.); — 7 aus Hessen geflohene Bamberger Soldaten werden zu Forchheim verhört. Ihre Aussagen (ohne Datum) s. Bbg. Krgs.-A. vom Jan. 1632.

gefärbter und irreführender Form²⁾) nach dem ligistischen Süden; aber bei alledem war es den fränkischen Bischöfen sehr bald klar, dass ihre Länder in unmittelbarster Gefahr stünden, und sie säumten nicht, derselben zu begegnen, soweit es in ihren Kräften stand. In einer auf Anregung des Würzburger Bischofs veranstalteten persönlichen Zusammenkunft zu Kloster Ebrach (27. Sept.) berieten sie zunächst die notwendigsten Massnahmen. Zu diesen gehörte vor allem die Aufmahnung des „Landesausschusses“, welcher vorläufig zur Besetzung der Festungen und der Grenzen

²⁾ Welche irrigen, bezw. schöngefärbten Nachrichten noch eine Woche nach der Schlacht im kathol. Lager verbreitet werden, zeigt ein Schreiben des bayer. Kriegskommissärs Lerchenfeld dato Hameln d. 24. Sept. (Extrakt von Würzbg. nach Bamberg communiciert): — — — „Dass den 17. ds. ein harte schlacht vorgangen, ist gewiss, wie nit weniger bekanntlich, dass Se. Excellenz H. General von Tilly etliche Cavallerie und etwas von ihrer Arthollerie verlohren haben; es ist aber nit soviel, als dass gemein geschrey in sich führt; der feindt hat soviel Cavallerie vnd Mannschaft verlohren alss wir. Der König selbst, sein veldtmarschalk der von Arnheimb vnd sein General-Wachtmeister Rindauff seindt todt geblieben. Unser H. General lebet gleichwohl noch, vnd ob er schon in den rechten Arm geschossen, Seindt doch Se. Excellenz darbei ganz frisch vnd ohn gefahr. Werden sich des schadens baldt wiederumb erholen vnd gönnet es Gott, gute revangi nehmen. Sie seindt kein Gott, dass sie nit einmahl etwas verlieren sollen, da mans aber vngewohnet ist, machet es desto grösser geschrey“ — — — Cop. Bbg. Krgs.-A. —

Noch am 7. Okt. schreibt ferner der Würzburgische Abgeordnete auf dem Frankfurter Kompos.-Tag dato Frankfurt folgendes absonderliche Märchen über den Ausgang der Schlacht an den Bisch. v. Würzbg.: . . . „Hingegen seint gestern von dess Königs in Schweden thot diese formalia vmbgangen, das Ihme nemlich der rechte Arm in dem Treffen abgeschossen sein, Er aber aus Grossmütigkeit vnd alberait augenscheinlicher Anzeig der khünfftigen Victory aus dem Treffen, sich zu verbinden, nit begeben, sondern biss zu völliger eroberung derselben pleiben wollen, Inmittels sowol aus Crafft dess Pulvers als anch wegen erhitzung des geblüts der Brandt den schaden ergrieffen, dass, alss man hernacher denselben curiren sollen, derselbe albereit soweit eingefressen und dass herz ergrieffen, dass er sobaldt todt plieben sein vnd nacher Schweden dass cadaver geschicket sein solle, mit vorgeben, dass es dess Herrn General Tilly Leichnamb, welchen er König todt zu Handen gebracht vnd daselbst hin zu transferiren befohlen. Wass nun auss diesen Gesprechen bestendig oder nicht, müssen wir allhier an seinen Ort gestellet sein lassen“ etc. (Cop. Bbg. Krgs.-A.).

und im Notfalle auch gegen den Feind gebraucht werden sollte. Während nämlich diese Bürger- und Landwehr im allgemeinen dazu bestimmt war, die eigenen Ortsgrenzen zu besetzen, sollte jetzt aus derselben ein „engerer Ausschuss“ ausgewählt werden, den man im Bedürfnisfall nach dem einen oder anderen Ort dirigieren und so anstatt und nach Art geworbener Truppen verwenden konnte. In Bamberg erging bereits am 26. Sept. ein allgemeines Aufgebot des Ausschusses, und der Forchheimer Forstmeister Hans Zimmermann wurde in die südlichen Aemter des Stiftes geschickt, um hier die Formierung eines „engeren Ausschusses“ vorzunehmen.¹⁾ In den Tagen vom 28. September bis 3. Oktober wurden hier 626 Mann ausgemustert und in 2 Kompagnien vereinigt, um nach den gefährdeten Grenzen abgeführt zu werden.²⁾ Auch zu neuen Werbungen nahm man seine Zuflucht, indem Lorenz Frey und andere Drillmeister mit Werbepatenten ausgestattet wurden.³⁾ Bei allen diesen militärischen Vorbereitungen aber zeigte sich der Mangel fachverständiger leitender Kräfte in fühlbarer Weise. Zwar war es dem Bischof gelungen, in dem Hauptmann Ludolf von Hackenborn einen kriegserfahrenen Kommandanten der Forchheimer Besatzung zu gewinnen,⁴⁾ während auf der Kronacher Festung Rosenberg um dieselbe Zeit ein Verwandter des Bischofs, Wolfgang Philipp Fuchs von Dornheim, als Befehlshaber eingesetzt wurde; aber im übrigen fehlte es vollständig an tüchtigen, kriegsgeübten Offizieren zur Einübung und Anführung des Land-Ausschusses. Der Bischof wandte sich deshalb an den oberpfälzischen Kommandanten, Oberst Thimon von Lindtloh, sowie an die Am-

¹⁾ Aufgebot des Ausschusses für die Aemter Forchheim, Eggolsheim, Neideck, Pottenstein, Gössweinstein, Leyenfels, Wolfsberg, Neunkirchen vom 26. Sept. — Ein Extrakt aus dem Musterregister des gesamten Stifts-Ausschusses ergibt eine Summe von 19296 Mann (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Summarischer Extrakt dieser Musterung in Bbg. Krgs.-A.

³⁾ Bisch. von Bamberg an den Kammersekretär in Bbg. v. 7. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Hackenborns Bestallung v. 14. Okt. auf 3 Monate gegen eine Besoldung von monatlich 100 Reichsthr., „frey Losament, nottürftiges Holz, Licht vnd Salz“. — Am 14. Jan. 1632 quittiert er wieder den Bambergischen Dienst (Bbg. Krgs.-A.).

berger Regierung; jedoch verstrichen mehrere Wochen, bis eine Anzahl kurbayerischer Offiziere aus der Oberpfalz eintraf.¹⁾

Mitten in diesen kriegerischen Vorbereitungen beschäftigte den Bischof aber noch eine drückende finanzielle Angelegenheit — seine Beitragspflicht zur Kasse des katholischen Bundes. Die Kassenverhältnisse der Liga waren seit Jahren die denkbar schlimmsten. Die Restanten früher bewilligter Bundesbeiträge beliefen sich auf Millionen, welche trotz aller Zahlungs-Mahnungen als uneinbringlich gelten konnten, und wenn nicht Bayern weit über seine Bundesquota geopfert hätte, wäre der Bund wohl schon längst am Ende seiner Leistungen angelangt gewesen.²⁾ Auch jetzt, wo es für die Liga galt, die höchste Kraftprobe zu bestehen, war die Kasse leer; viele der Bundesmitglieder waren mit den zu Dinkelsbühl bewilligten Beiträgen im Rückstande und Maximilian von Bayern sah sich genötigt, die Säumigen zu mahnen, zugleich aber auch zu weiteren Leistungen anzu-spornen. Auf dem Kompositionstage zu Frankfurt fanden zu diesem Zwecke besondere Ligasitzungen statt,³⁾ und am 12. September hatten die kurbayerischen Gesandten ein umfangreiches Memorial übergeben, welches u. a. auf eine pünktlichere Bezahlung der Dinkelsbühler Bewilligung drang und von den Bundesmitgliedern noch weitere Opfer, wie die Bewilligung von Winterquartieren für die ligistischen Truppen forderte.⁴⁾ Ausserdem aber hatte sich Maximilian auch an die einzelnen Bundesglieder selbst gewandt. Am

¹⁾ Bisch. v. Bbg. an den Oberst v. Lindtloh dato 7. Okt.; desgleichen an die Regierung von Amberg dato 7. und 9. Okt. (Bbg. Krgs.-A.)

²⁾ Diese im allgemeinen bekannten Verhältnisse werden neuerdings zahlenmässig bestätigt durch die Mitteilungen Stievers aus dem „Kontobuch“ der Liga in d. deutschen Zeitschrift f. Geschichtswissensch. X, 1. Heft, S. 97 ff. — Die Restanten der wirklichen Bundesmitglieder betrugen in den Jahren 1619–31 = 13 999 224 fl. 20 Kr. 1 Hl.; dagegen hatte Bayern während dieser Zeit 16 461 395 fl. 11 Kr. 4 Hl. über seine Bundesquote geleistet.

³⁾ Es fanden hier im ganzen 4 Versammlungen in speciellen Liga-angelegenheiten statt, nämlich am 23. Aug., 12. Sept., 7. Okt. u. 10. Okt. (Vgl. Bericht Dr. Winters an d. Bisch. von Bamberg v. 11. Okt. — Bbg. Reichskorresp. VIII.).

⁴⁾ Anbringen der kurbayer. Regierung vom 12. Sept. (Cop. in den Bbg. Krgs.-A.).

6. September hatte er den Bischof von Bamberg in Anbetracht des „mangelbaren vnd erschöpften Zustandes im Tilly'schen Lager“ an die Zahlung der Dinkelsbühler Bewilligung „samtt denen in eventum veranlassten zweyen letzteren Monaten“ dringend gemahnt.

Dem Bischof kamen diese Forderungen höchst ungelegen. Er hatte niemals eine hervorragende Opferwilligkeit für die Zwecke der Liga gezeigt, fast auf allen Bundestagen hatte er sich über die Höhe seiner Bundes-Quota beschwert, und unter der Klage, dass ihn überhaupt ein zu hoher „Reichsanschlag“ treffe, hatte er sich meist nur zu Teilzahlungen verstanden.¹⁾ Und jetzt, wo ihm eine auch nur notdürftige Verwahrung seines Stifts die schwersten Opfer auferlegte, war er um so weniger geneigt, Erhebliches für weitere Zwecke zu zahlen. Am 1. Oktober übersandte er an den Bundesobersten eine Aufrechnung dessen, was er seit dem Tage zu Dinkelsbühl für den Bund geleistet, wobei er Werbegeld und Musterungskosten, Truppensold, Feldstücke, Munition, Vorspann und Quartierkosten des Fuggerischen Durchzugs in Anschlag brachte und schliesslich allerdings noch eine Barleistung von 8000 Thaler in Aussicht stellte „in der Zuversicht und Hoffnung, weil er nach seinem und seines Stifts Vermögen seine Pflicht reichlich und genugsam gethan, er werde darbey gelassen vnd von anderen vereinigten Ständen dass ihrige nichts weniger gepürlich vnd würcklichen ersetzt werden.“²⁾ — Aber schon 3 Tage darauf stellte er unter Berufung auf die sich stets

¹⁾ So erklärt er, an der „Verwilligung“ zu Mergentheim (1630) von den auf ihn treffenden 42 Römermonaten = 22848 Rchsthlr. nur 12000 Reichsthlr. zahlen zu können, von der aus der Verwilligung zu Regensburg (1630) auf ihn treffenden Quote (24 Römermonate = 13056 Rchsthlr.) will er nur 8000 Reichsthlr. zahlen. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bisch. v. Bbg. an Max v. Bayern v. 1. Okt. (Reichs.-Arch. München, 30jähr. Krgs.-A. Tom. 64). Die beiliegende „Designation“ verzeichnet als Ausgaben Bambergs auf Kosten des Bundes: 3000 Rchsthlr. Werbegeld für 1 Komp. zu Pferd und 3 zu Fuss; 23302 $\frac{1}{3}$ Rchsthlr. für 3 monatlichen Sold der geworbenen Soldaten; 3252 Rchsthlr. für „mitgebne Stückh,“ Munition etc., 1000 Reichsthlr. Musterungskosten, 2000 Reichthaler für Vorspann, 2000 Rchsthlr. dem Kommissär v. Hagsdorff bar erlegt, 10000 Rchsthlr. für Quartiere der Fugger'schen Armada, in Summa 54754 $\frac{1}{3}$ Rchsthlr., wozu noch 8000 Rchsthlr. bar zu zahlen versprochen werden.

mehrende Gefahr und den Mangel jeglichen Succursus auch diese Zahlung in Frage.¹⁾ Doch begab er sich am 7. Oktober abermals nach Würzburg, um mit dem Würzburger Bischöfe in diesen und anderen Bundes-Angelegenheiten Beratung zu pflegen.²⁾ Dort fand er die gleiche Unlust zum Zahlen vor. Auch der Bischof von Würzburg hatte an Maximilian eine Spezifikation abgehen lassen, in welcher er ausrechnete, dass er bereits an 50 000 fl. mehr für den Bund aufgewendet habe, als seine Dinkelsbühler Quota betrüge, und ihm also weitere Leistungen nicht gebührten.³⁾ So wurde also weder von Würzburg noch von Bamberg die verlangte Zahlung geleistet.⁴⁾

Der Kurfürst Maximilian war mit dieser Haltung der Bischöfe sehr wenig zufrieden. In einem umfangreichen Schreiben vom 8. Oktober drückte er unumwunden dem Bischöfe Johann Georg sein Missfallen aus, dass derselbe sich kleinlich an die Dinkelsbühler Beschlüsse anklammere zu einer Zeit, in der nur die grösste Opferwilligkeit am Platze sei, und dass derselbe Dinge, wie Artillerie-Stücke, Munition, Vorspannpferde, Quartierkosten etc. in Abzug bringe, während er selbst (Maximilian) in dieser Beziehung schon die grössten Opfer gebracht, eine grosse Anzahl von Stücken und viele hundert Zentner von Munition abgegeben habe, ohne an seiner Bundesquota etwas abzuziehen, ja vielmehr schon verschiedene ansehnliche Geldvorschüsse geleistet habe.⁵⁾

Die Lektion verfehlte jedoch ihre Wirkung im stürmischen

¹⁾ Bisch. v. Bbg. an Max v. Bayern v. 4. Okt. (Reichs-Arch. München, 30jähr. Krgs.-A., Tom 64).

²⁾ Bisch. v. Bbg. an Bisch. v. Würzburg v. 3. Okt. — Bisch. v. Würzburg an Bisch. v. Bbg. vom 5. Okt. (Bbg. Krgs.-A.) Bischof Joh. Georg war vom 8.—10. Okt. in Würzburg. —

³⁾ Nach Mitteilungen des Bischofs v. Wzburg. an seinen Kanzler Brandt in Frankfurt dato 20. Sept. (Wzburg. Arch. Militärsachen 3102, Fasz. 149).

⁴⁾ Wenn daher Schreiber (Maximilian S. 531) behauptet, Maximilian habe nach der Schlacht bei Breitenfeld auf die Fürstbischöfe am Rhein und in Franken so einwirken können, „dass sie endlich ihre Schätze öffneten und Summen von hundert Tausenden in das ligistische Hauptquartier nach Alfeld an d. Leine sandten, so trifft das wenigstens auf die Fürstbischöfe von Franken durchaus nicht zu.“

⁵⁾ Maximil. v. Bayern an Bisch. v. Bbg. v. 8. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

Drange der Ereignisse. Von verschiedensten Seiten trafen Nachrichten in Bamberg ein von der Annäherung der Schweden; Gerüchte der widersprechendsten Art durchschwirrten Stadt und Land; bald wurde verbreitet, dass der Schwedenkönig von Coburg aus direkt gegen Bamberg anrücke und das Stift seinem Heere preisgeben wolle, bald wieder, dass der Schwede gegen Hessen rücke, wohl aber der Kurfürst von Sachsen von Hof her gegen Bamberg im Anzug sei; weiter vernahm man, dass bereits schwedische Gesandte in Bayreuth angekommen seien, um Beziehungen mit dem Markgrafen anzuknüpfen, und von da ihre Reise nach Nürnberg fortgesetzt hätten. An den Grenzorten herrschte Schrecken und Ratlosigkeit, schon begann ein allgemeines Rüsten zur Flucht, die Beamten riefen den Bischof um Rat und Hülfe an,¹⁾ — bis am 11. Oktober an die Stelle peinlich quälender Unsicherheit die schreckliche Gewissheit trat: Gustav Adolf hatte die seit mehreren Tagen eingeschlossene würzburgische Grenzfestung Königshofen am 10. Oktober zur Uebergabe gezwungen und damit den Anfang zur Eroberung des Würzburger Bistums gemacht.²⁾

Dieser Schreckensbotschaft folgten Schlag auf Schlag die weiteren: Am 12. Oktober öffnete Schweinfurt dem schwedischen Könige die Thore, am 14. Oktober musste die Stadt Würzburg sich ergeben und wenige Tage darauf (18. Oktober) wurde die Festung Marienberg unter schrecklichem Blutvergiessen erstürmt.

Die ersten Nachrichten von diesen Ereignissen führten in Bamberg zu einer unbeschreiblichen Panik. Man fürchtete, dass das schwedische Heer von Königshofen aus durch den Baunachgrund direkt gegen Bamberg marschiere. Der Bürgerausschuss streckte jetzt schon, bevor er noch einen Feind erblickt hatte, die Waffen und verweigerte jede Gegenwehr. Zahlreiche Einwohner flohen mit eilig zusammengeraffter Habe davon; die Bürger wandten sich mit Bedrohungen und Feindseligkeiten gegen die Geistlichen, welchen sie die moralische Verantwortlichkeit für das vor Augen stehende Unheil aufzubürden suchten; die Geistlichkeit aber

¹⁾ Schreiben der Beamten von Weismain v. 6. u. 10. Okt., von Kronach dato 8. Okt.; von Lichtenfels dato 9. u. 10. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Vergleiche über dieses und die folgenden Ereignisse im Würzburger Gebiete: Scharold, Geschichte d. k. schwedischen und herzogl. weimarischen Zwischenregierung im Fürstent. Würzburg. Wzbg. 1844.

ergriff vor allem (teilweise unter Verkleidung) die Flucht; die Jesuiten schickten die Mehrzahl ihrer Mitglieder hinweg, die Klöster entleerten sich; die Nonnen des Klosters vom hl. Grab verschafften sich weltliche Gewänder und liessen einen Teil der Schwestern ziehen; der Abt von Banz floh nach Vilseck, der vom Kloster Langheim auf eichstättisches Gebiet, selbst Beamte verliessen ihre Stellen und liessen die untergebene Bevölkerung schutzlos zurück; schon jetzt schien sich alle Ordnung aufzulösen.¹⁾

Der Bischof selbst teilt über den Kriegsschrecken in Bamberg an Maximilian von Bayern folgendes mit: — — — Es ist „ins-gemain sowoln vnder vnserer als des Stiffts Würzburgs Landt vnd Leuth ein solcher vnuersehener Schrecken khommen, daz wir vns verwundert vnd biss dato mit den vnsserigen genug zu thun gehabt haben, biss Ihnen nur ein wenig wieder ein mueth gemacht vnd sie in terminis so weut erhalten worden, daz dannoch besorgte vngelegenheit vnderpiben sein, Sintemahl ob den aussgebrochenen schwehren betrohungen, daz nach eroberten Königshofen vnser Stifft der negste am reyen sein werde, vnserer vnderthanen bey ermangelndem geworbenen Volkh sich ganz entsetzt, fast allenthalben zu kheiniger gegenwehr mehr verstehen wöllen, vnd wir also, do sich ein Notfall od. Feindseeligkeitt gegen unserm Stifft, wie sehr zu befahren gewesen, vnd vns dessen noch nit können versichert halten, eraignet hette, ihrer zu verhoffter defension wenig heten geniessen khönnen.“²⁾ — — —

Und ein markgräfllich - bayreuthischer Unterthan schreibt in jenen Tagen an den Amtmann zu Dachsbach: er habe soeben aus Bamberg Bericht erhalten „dass die Jesuiten zu Bamberg alle bei der Nacht hinweg; desgleichen haben sich die München vnd Pfaffen alle in Soldatenkleiter verkleitet, wollen ihnen nachfolgen, In Summa, es sey ein solche Forcht in Bamberg, den nit darvon zu sagen; die Bürger haben sich rundt resolviert, wann die

¹⁾ Neben vielen zerstreuten Notizen in den Bamberger u. Brandenbg. Krgs.-Akten vergl.: Historia Collegii S. J. Bambergensis (Manuscript d. k. Bibliothek Bbg.) teilweise übersetzt von Weber im 48. Ber. des histor. Ver. Bbg., S. 7. ff.; — ferner: Chronik der Dominikaner-Nonne Maria Anna Junius, herausgeg. v. Hümmer im 52. Ber. des hist. Ver. Bbg., S. 15 ff.

²⁾ Bisch. v. Bbg. an Max v. Bayern dato Forchheim 14. Okt. Orig. Geheimes Staatsarchiv München, schw. K. 84/11.

Jesuiten noch allda weren, wollten sie dieselbe alle tod schlagen; wer weiss, wie es den Pfaffen und Mönchen noch gehet. Der Bamberger Ausschuss will sich nit vortbringen lassen; man hat die Bürger zu Höchstadt mit Ketten vnd stricken zusammenführen müssen, es hat das Ansehen, ehe man sie fortbringt, möchten sie rebellisch werden.“¹⁾ — — —

Der Bischof von Bamberg hatte sich selbst am 11. Oktober in eiliger Flucht nach Forchheim begeben, wohin ihm bald der ganze Hofstaat nachfolgte. Einen Rest von Hoffnung setzte er auf den kaiserlichen Kriegs-Kommissär Massoni, der seit 5. Oktober mit 5 Kompagnien „Pressreiter“ vor Nürnberg stand, um den rückständigen Kontributionsrest einzutreiben. Der Bischof bat ihn, schleunigst nach Forchheim zu kommen, um mit ihm über den erwünschten Sukkurs zu verhandeln. Massoni aber zog es vor, als er die Nachricht von der Einnahme Schweinfurts erhielt, am 13. Oktober sich mit seinen Truppen nach Rothenburg a/T. zurückzuziehen und dem Bischof statt einer Hilfe ein höfliches Entschuldigungsschreiben zu übersenden.²⁾

¹⁾ Friedrich Schuberth zu Limbach an den Amtmann v. Dachsbach v. 11. Okt. (Kop. Brdbg. Krgs.-A. Fasz. 162.). — Dass auch an anderen kathol. Orten die Geistlichkeit für das hereingebrochene Unglück verantwortlich gemacht wurde, zeigt ein Bericht Dr. Fetzers aus Wien an den Nürnberger Rat v. 12./22. Okt.; man sei (in Wien) so bestürzt, dass man fast öffentlich die Pfaffensache für verflucht schelte, gleichsam, als sei sie alles Unheils Anfang. (Soden, Gustav Ad. I., 37.). — Auch aus Würzburg wird von den Nürnberger Gesandten um diese Zeit berichtet, dass die dort aus der Stadt geflüchteten und allmählich wieder zurückgekehrten Bürger „dies Unglück dem Pfaffengeiz zuschoben“. (Soden, Gust. Ad. I., 78.).

²⁾ Bisch. v. Bbg. an Massoni dato 11. Okt. — Massoni an d. Bisch. v. Bbg. dato 12. u. 13. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

6. Kapitel.

Unterhandlungen des Bischofs mit Gustav Adolf.

Gustav Adolf hatte, wie wir gesehen haben, bei seinem Einbruch in Franken Bamberg vorerst bei Seite gelassen, er war sogleich in die Mitte der „Pfaffengasse“ eingedrungen, um hier zuerst das reichere, an Hilfsquellen stärkere Gebiet zu okkupieren, bevor der durch die Breitenfelder Niederlage ausser Fassung gebrachte Gegner seine Kräfte wieder zu sammeln im stande war. Aber er war dabei doch an Bamberg nicht achtlos vorübergegangen. Am 13. Oktober hatte er von Unterpleichfeld aus an den Bischof von Bamberg ein Schreiben gerichtet. In demselben versicherte er, dass er in die fränkischen Lande komme, nicht um dieselben zu verderben oder „irgend einen Reichsstand in vnguten anzusehen,“ und dass er auch gegen den Bischof und seine Unterthanen sich dergestalt verhalten werde, dass man seine angestammte Milde und Gnade dabei abnehmen und ihm zu danken Ursache haben möge, — wenn der Bischof sich jeder Feindseligkeit enthalte, von der Liga abtrete und, um mit ihm weitere Verhandlung zu pflegen, sich persönlich bei ihm einfinde; unterdessen aber sollten die Bamberger Unterthanen der schwedischen Armee „bedienlich an die Hand gehen.“ Der König verlangt einen sofortigen Entscheid des Bischofs, — widrigenfalls er ihn als Feind betrachten müsse und sich vor Gott und der Welt entschuldigt halte, wenn er Kriegerrecht an ihm ausübe.¹⁾

Der Brief sollte durch einen Trompeter an seine Adresse gelangen. Infolge eines nicht aufgeklärten Zwischenfalls aber

¹⁾ Der Brief findet sich nicht in den Bamberg. Krgs.-Akten, wohl aber als Kopie in den 30jähr. Kriegs-Akten des Geheimen Staats-Arch. München schw. K. 84/11 fol. 147. (s. Anhang 1).

verunglückte diese Bestellung; erst am 23. Oktober, also nach 10 Tagen, wurde er durch einen Schlüsselfelder Bauern in Bamberg eingeliefert und von da dem Bischofe in Forchheim eingehändigt.¹⁾

Doch der Bischof hatte, schon bevor er dieses Schreiben erhielt, mit Transaktionen begonnen, um das Stift vor einem augenblicklichen Anfall der Schweden zu bewahren. Da seine eigene schwächliche Landesverteidigung völlig den Dienst versagte, da er von Bundesgenossen keine Hilfe erlangen konnte, da auch Massoni für eine Verteidigung des Stifts nicht zu haben war, so blieben nur noch 2 Wege für seine Politik übrig: entweder völlige Unterwerfung unter die Bedingungen des Feindes oder der Versuch, die Entscheidung des Schwedenkönigs durch Unterhandlungen in die Länge zu ziehen. Der Bischof wählte den zweiten Weg — stets mit der Hoffnung im Hintergrunde, dass die von Kaiser und Liga neuerdings getroffenen Dispositionen in kurzem eine allgemeine Wendung des Kriegsgeschickes herbeiführen möchten. In dieser Hoffnung wurde er durch ermutigende Zuschriften des Bundesobersten selbst fortwährend bestärkt.²⁾ Und so begann er denn sein diplomatisches Spiel, bei dem er in Anbetracht seiner gegenwärtigen Lage kaum etwas verlieren, unter glücklichen Umständen aber alles gewinnen konnte.

Am 14. Oktober sandte er einen Trompeter an Gustav Adolf ab und eröffnete ihm die Absicht, dass er Unterhandlungen mit

¹⁾ Bisch v. Bbg. an Max. v. Bayern v. 23. Okt. (Orig. im Geh. Staats-Arch. München Krgs.-Akt. 84./11, fol. 146; Conc. in Bbg. Krgs.A.).

²⁾ Schon am 8. Okt. hatte Maximilian mitgeteilt, dass er an Tilly wie an Altringer und Fugger Befehl erteilt habe, dass dieselben „herausgeranzieren“, dass er ferner den Herzog von Lothringen und Prinzen von Pfalzburg zum eilfertigen „soccors sollicitirt“ und dieselben bereits im Anzug begriffen seien. Am 17. Okt. wiederholt er diese Mitteilungen mit dem Zusatze, dass er auch den Kaiser ersucht habe, die in den oberländischen Kreisen zerstreuten Kompagnien gegen den Feind gebrauchen zu lassen. Maximil. glaubt „es seindt die sachen an Catholischer seyten noch nit also beschaffen, dass man dem feindt alles verlohren geben vnd gegen ihm abandoniren soll“ (Bbg. Krgs.-A.). — Am 21. Okt. meldet Max. abermals, dass Tilly im Anzug gegen Franken begriffen und die Lothringische Armada bis Aschaffenburg avanciert sei und ist „der getrösten Hoffnung, es solle des feindts progress nunmehr gehindert vnd sowol Ew. Ld. als dem allgemeinen kathol. wesen geholfen werden.“ (Reichs-Arch. München 30j. Krgs.-A., Tom. 64, fol. 391.)

ihm pflegen und eine Gesandtschaft an ihn abschicken wolle, für welche er die schriftliche Zusicherung sicheren Geleites sich erbat.¹⁾ — Der Trompeter kam am 18. Oktober abends mit dem erwünschten Geleitsbrief versehen²⁾ wieder in Forchheim an. Durch ihn erhielt der Bischof die ersten ausführlicheren Nachrichten über die Ereignisse in Würzburg, zugleich aber auch die Mitteilungen, dass Tilly mit seinem neuerdings gesammelten Heere nur 5 Meilen von Würzburg entfernt stünde, dass ferner der entflohene Bischof von Würzburg mit dem Lothringischen Volke im Anzug gegen Würzburg begriffen sei, dass darüber grosse Aufregung im schwedischen Lager herrsche, ja zu erwarten sei, dass der schwedische König eilends den Rückzug antrete.

Schon diese eine optimistische, grossenteils auf blossen Gerüchten beruhende Meldung reichte hin, den Bischof auf kurze Zeit schwankend zu machen. Am 19. Oktober schreibt er an Maximilian von Bayern: „Wir stehen noch zur Zeit im Zweifel, wie wirs mit vnserer veranlassten ablegation bey ietziger endterung weutter angreifen sollen, der Hofnung, es solle die Tillische Ankhunfft mit Gottes Hilf souil würckhen, daz deren nit mehr von nötten sein werde, die wir auch so lang wir khönnen, zu hinderziehen gedenken.“³⁾ Maximilian ist mit dieser Verzögerung völlig einverstanden. Er schreibt am 23. Oktober: „Ew. Ld. thuen auch gar wohl vnd rüemblich, daz Sye mit der zu dem Khönige in Schweden vorgehabten Schickung numehr einhalten, weiln nit zu zweifeln, es werde sich zu ankhonnft des Graven von Tilly vnd der Lottringischen Armada die sach verendern vnd alsdann solcher schickhung nit vonnöten sein.“⁴⁾

Die Hoffnungen des Bischofs vnd des bayer. Kurfürsten erfüllten sich nicht. Statt des Entsatzes der Stadt Würzburg erfolgte die Eroberung der Festung Marienberg durch die Schweden; in ungeahnt raschem Siegeslaufe nahmen die Eroberer von dem

¹⁾ Bisch. v. Bamberg an Gustav Adolf v. 14. Okt. (Bbg. Krg.-A.) (Anhang 2).

²⁾ Der schwedische Geleitsbrief d. dato Würzburg 6./16. Okt. (Cop. in Bbg. Krgs.-A.) (Anhang 3).

³⁾ Bisch. v. Bbg. an Max. v. Bayern dato 19. Okt. (Orig. Reichs-Arch. München, 30jähr. Krgs.-A. Tom. 64, fol. 402; Conc. Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Max v. Bayern an Bisch. v. Bbg. v. 23. Okt. (Orig. Bbg. Krgs.A.).

ganzen Fürstentum Würzburg Besitz, bedrohten die Grenzen Bambergs und erschreckten bereits Bamberger Unterthanen durch Kontributionsforderungen. Nachdem schon am 12. Oktober der schwedische General - Kriegs - Kommissär Johann Heussner von Wandersleben die Klöster Banz und Ebrach mit seinen Forderungen beschwert hatte,¹⁾ richtete der in Königshofen zurückgelassene schwedische Kommandant, Oberst Klaus Hastver, am 15. Oktober an die Bambergische Stadt Zeil den kategorischen Befehl, alle Waffen niederzulegen und auszuliefern, sowie 2 Vertrauenspersonen zu weiterer Akkordierung nach Königshofen zu schicken; 2 Tage darauf, nachdem das benachbarte Hassfurt eine schwedische Salveguardia von 30 Musketieren eingenommen hatte, trat Hastver mit der weiteren Forderung einer Schatzungssumme von 1000 Reichsthaler an die Bürger von Zeil hervor, und schon am 18. Oktober wiederholte er seine Aufforderung, die Waffen schleunigst abzuliefern.²⁾ — Der geängstigte Rat von Zeil rief um Hilfe,³⁾ die zu Bamberg eben versammelten Landstände drängten zu einer Abordnung nach Würzburg,⁴⁾ und so musste sich denn der Bischof entschliessen, von einer weiteren Verzögerung abzustehen und seine Gesandtschaft sofort abgehen zu lassen.

Am 21. Oktober brachen 3 Bamberger Deputierte nach Würzburg auf; es waren der Dompropst Johann Christoph Neustätter, genannt Stürmer, der Land- und Lehensrichter Julius von Streitberg, sowie Jobst Gabriel von Wildenstein. Als Sekretär war ihnen beigeordnet der Domkapitels - Syndikus Dr. Heinrich Mertloch. Ihre Instruktion war ziemlich allgemein gehalten. Sie sollten dem Könige zunächst den Schaden vor Augen führen, den der Bischof durch die Eroberung von Würzburg bereits an seiner Würzburger Dompropstei erlitten, sowie die bedrängte Lage, in

¹⁾ Er fordert von Banz 20 Pferde nebst 10 Personen, von Ebrach 30 Pferde nebst 15 Personen auf den 17. Okt. nach Würzburg zur Bedienung der Artillerie (Cop. der Schreiben s. Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Klaus v. Hastver dato Königshofen an d. Stadt Zeil v. 15., 17. u. 18. Okt. (Cop. Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Bürgermeister u. Rat z. Zeil an d. Bisch. v. Bbg. v. 18. u. 19. Okt. (Orig. Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Der Landstände Erklärung auf die Proposition des Bisch., praes. 21. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

die auch das Bamberger Stift durch die an Bamberger Unterthanen gerichteten Bedrohungen geraten. Sie sollten dem gegenüber auf die jederzeit friedfertige Haltung des Bischofs hinweisen, die ja von allen Reichsständen, insbesondere von dem Markgrafen von Bayreuth bezeugt werden könne. Die Massregeln, die der Bischof bisher seinen „armen Landt vnd Leuthen zum trost in blossen terminis defensivis“ getroffen, könne ihm gewiss niemand in ungutem entgelten, und so bitte er denn den König, derselbe wolle ihn und die Seinigen „als ein hochgerühmter, löblicher Potentat“ in „hochverstendiger christlicher Erwägung“ mit „Einlagerungen, Durchzügen, Ueberführungen, Ranzionierungen vnd dergleichen vnuerdienten Beschwerden“ verschonen.¹⁾

Als die Gesandten am 23. Oktober in Würzburg ihr Kreditiv überreichten, liess es Gustav Adolf durch seinen Sekretär ihnen uneröffnet wieder zurückgeben mit der Bemerkung, dass der Titel der Adresse nicht „sufficient“ sei. Erst nachdem dieser Etikettenfehler beseitigt war, wurde den Gesandten am 24. Oktober vormittags 9 Uhr die erbetene Audienz bewilligt. Ihr Anbringen lautete instruktionsgemäss. Darauf antwortete der König in längerer Rede. Es widerspreche den Thatsachen, sagte er, wenn das Stift Bamberg sich als an dem ganzen Kriegswesen weniger interessiert darstelle, da ja der Bischof bis zur Stunde fliegende Fahnen unter dem Oberst Fugger im Felde hätte. Wolle das Stift Schonung, so müsste vor allem dieser Schritt des Bischofs rückgängig gemacht werden; sodann verlange er die Versicherung, dass künftig alle Feindseligkeiten von seiten des Stifts gegen ihn eingestellt werden, und die Erklärung, was der Bischof in der Folge zum Vortheile des Schwedenheeres zu thun gewillt sei. Zur weiteren Verhandlung über diese Punkte verwies der König die Gesandten an seine Kanzlei. Nachmittags fand die Fortsetzung der Konferenz mit dem Kriegskommissär Heussner und dem Sekretär Sadler statt. Dieselben erläuterten die königlichen Forderungen dahin, dass in der Einstellung aller Feindseligkeiten der Rücktritt von der Liga und die Einräumung etlicher im Stift gelegener Plätze begriffen sei, und dass der König zur Fortsetzung des

¹⁾ Instruktion der Gesandten vom 21. Okt. (Bbg. Krgs.-A.) — s. Anhang 4.

Krieges vor allem verlange, dass das Stift dasselbe für ihn leiste, was es bisher für den Kaiser geleistet habe.

Die Gesandten erwiderten hierauf, dass sie in Hinblick auf die Tragweite dieser Punkte 14 Tage Bedenkzeit, sowie eine schriftliche Fassung der Forderungen erbitten müssten. — Am folgenden Tage nun wurde ihnen die Resolution des Königs mündlich überbracht. Sie lautete dahin, dass der König zwar auf einem förmlichen Rücktritt des Bischofs von der Liga, d. h. auf einer Abberufung des im ligistischen Heere dienenden Bamberger Kontingents nicht bestehen wolle, wohl aber zu seiner Versicherung die Festung Forchheim und zur Fortsetzung des Krieges eine monatliche Kontribution begehre. Nur unter der Bedingung einer sofortigen Uebergabe genannter Festung sollte für eine weitere Verhandlung ein Termin gewährt werden. Die schriftliche Fassung der Bedingungen schlug der König ab und verwies in dieser Beziehung auf den bereits an den Bischof abgesandten Brief.¹⁾

Der Bischof erwartete das Resultat seiner Sendung mit Ungeduld. Am 26. Oktober begab er sich von Forchheim nach Bamberg, wo abends die Gesandten von Würzburg eintrafen und eingehenden Bericht erstatteten.

Die Zwischenzeit war keineswegs ohne Bedrängnisse verlaufen. Aus den Aemtern an der westlichen Grenze des Stifts waren bereits die ersten Einfälle schwedischer Truppen gemeldet worden. Am 21., 22. und 23. Oktober wurde das ganz von Würzburger Gebiet umschlossene Amt Oberscheinfeld von 30 schwedischen Reitern geplündert und im Markte Oberscheinfeld von jedem Hause eine Ranzion von 2 Reichsthalern begehrt.²⁾ Am 24. Oktober

¹⁾ Gehabte Verrichtung bey dem König auss Schweden zu Würzburg (Bbg. Krgs.-A.), s. Anhang 5. — Die im Theatrum Europ. II, 475 mitgeteilten und von da in Khevenhiller (XI, 1884) und sodann in alle diesbezüglichen Geschichtsdarstellungen übergegangenen Bedingungen, die der Schwedenkönig an den Bisch. v. Bbg. gestellt haben soll (Erlegung von 3 Tonnen Goldes, Einräumung von Forchheim und Kronach, Entsagung der Liga etc.) sind hiernach richtig zu stellen. So ist in den Akten nirgends von „3 Tonnen Goldes“ oder von der Uebergabe der Festung Kronach die Rede.

²⁾ Amtsverweser v. Oberscheinfeld an d. Bisch. v. Bbg. v. 24. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

fielen einzelne Reitertrupps in das Amt Höchstadt ein, plünderten Sterpersdorf und Oberhöchstadt und führten aus letzterem Orte den Amtsverweser gefangen mit fort; ¹⁾ am 26. Oktober erfolgte Ueberfall und Plünderung zu Wachenrot, wobei die Kirche ausgeraubt, der Pfarrer gefangen genommen, auch das Schloss gewaltthätig geöffnet und der Richter zur Flucht nach Höchstadt gezwungen wurde. ²⁾ — Unterdessen war vom schwedischen Hauptquartier aus bereits die Anordnung von Werbeplätzen erfolgt, wobei auch das Stift Bamberg bedacht worden war. Unter solchen bedrohlichen Umständen hielt es der Bischof für geraten, die Verhandlungen mit dem Schwedenkönige schleunigst fortzusetzen.

Schon am 27. Oktober schickte er abermals einen Trompeter mit einem Schreiben nach Würzburg ab, in welchem er den König bat, nur „etlich wenig tag“ Nachsicht zu haben und ihn mit Ueberfällen und Anweisung von Musterplätzen etc. zu verschonen, damit er sich mit dem Domkapitel und den Landständen über die so wichtigen Forderungen beraten könne. „Wir wollen uns dann“, fügt er bei, „soviel vns immer menschlich vnd möglich sein würdt, vns fürderlichst also erkleren, das Euere Königl. Würden nach gestalten Dingen verhofentlich content vnd zufrieden sein werden.“ ³⁾ Der abgesandte Trompeter gelangte jedoch nicht nach Würzburg. Auf halbem Wege, unterhalb Burgpreppach wurde er zweimal durch feindliche Truppen angegriffen, beim 2. Angriff seiner Barschaft sowie des bischöflichen Schreibens beraubt. Letzteres wurde erbrochen ihm zwar wieder eingehändigt; der aller Zehrungsmittel entblösste Trompeter kehrte aber mit demselben wieder nach Bamberg zurück. Erst am 31. Oktober konnte der Bischof das Schreiben zum zweitenmale, diesmal mit einem Postmeister, absenden. ⁴⁾ —

Der Bischof hatte inzwischen nicht versäumt, auch mit

¹⁾ Kastner und Amtmann zu Höchstadt an d. Bisch. v. Bbg v. 27. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Kastner, Bürgermeister und Rat z. Höchstadt an d. Bisch. v. Bamberg v. 27. Okt. (ibid.).

³⁾ Bisch. v. Bbg. an Gustav Adolf vom 27. Okt. (Bbg. Krgs.-A.) s. Anhang 6.

⁴⁾ Bischof v. Bamberg an Markgraf Christian v. 31. Okt. (Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 174).

seinen protestantischen Nachbarn in Beziehungen zu treten, um das drohende Unheil abzuwenden. Die Beziehungen zwischen den Höfen von Bamberg und Bayreuth waren trotz der Kluft, die sich hinsichtlich ihrer inneren und äusseren Politik immer mehr aufthat, wenigstens der äusseren Form nach die allerbesten geblieben und eine rege Korrespondenz entwickelte sich in diesen gefahr-vollen Tagen zwischen dem Bischofe und dem Markgrafen Christian.¹⁾ Als der Bischof erfuhr, dass auch der Markgraf eine Abordnung zum Schwedenkönig ins Werk setze, stellte er das Ansuchen, dass dieselbe auch für den gesamten Kreis, wie insbesondere für Bamberg ein Wort der Vermittlung einlegen möge, und am 27. Oktober richtete er nach Bayreuth und nach Nürnberg eine Einladung zu einer vertraulichen Konferenz in Forchheim, um namentlich über die schwedischerseits geforderte Abtretung der Festung Forchheim das Gutachten der Kreisnachbarn zu hören, die ja an der Preisgabe einer solchen Festung mitten im Herzen Frankens ebenfalls erheblich interessiert seien.²⁾ Markgraf Christian antwortete ausweichend, dass er erst die Rückkehr seiner Gesandten von Würzburg abwarten wolle, bevor er zu weiteren Beschlüssen in Kreissachen die Hand biete,³⁾ der Rat von Nürnberg aber schickte 2 Gesandte nach Forchheim, welche am 31. Oktober von dem Bischofe aufs freundlichste empfangen wurden. Wie voraus-zusehen, kam man bei dieser Beratung zu keinem Beschlusse. Die Nürnberger erklärten, ohne Spezialinstruktion zu sein und zur Lösung der schwebenden Frage nichts beitragen zu können, „indem der Rat leider in gleichem Spitale krank liege“ und eine Abordnung zum Könige geschickt habe. Der Bischof aber sprach von den grossen Nachteilen, die eine Abtretung Forchheims mit sich bringen müsse, äusserte ferner sich höchst ungehalten über die kaiserlichen Kriegskommissäre, die an dem ganzen Unwesen im Reiche nicht wenig schuld seien, tröstete sich aber immer noch mit der Hoffnung, dass des Königs Glück keinen Bestand haben werde. Uebrigens glaubten die Nürnberger Gesandten aus

¹⁾ Vgl. u. a.: Der Bischof an d. Markgrafen vom 17. u. 25. Okt.; hiezu Antworten des Markgrafen v. 11./21. u. 17./27. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bisch. v. Bbg. an. d. Markgrafen Christian v. 27. Okt., desgl. an Nürnberg vom 27. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Markgraf Christian an Bisch. v. Bbg. v. 19./29. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

der ganzen Haltung des Bischofs entnehmen zu können, dass er wohl zur Rettung seines Landes die Festung Forchheim werde gutwillig abtreten.¹⁾ —

Als der Bamberger Postmeister in Würzburg anlangte und am 1. November sein Schreiben überreichte, fand er den König und sein Kabinet in eifrigster diplomatischer Thätigkeit. Von allen Seiten her hatten in den letzten Tagen des Oktober hier Gesandtschaften sich eingefunden. Gleichzeitig mit der ersten Bamberger Abordnung war Herzog Georg von Lüneberg angekommen und hatte Gustav Adolf gegenüber seine Bereitwilligkeit zum Beistande erklärt. Am 25. Okt. wurden die Gesandten des Herzogs von Württemberg in Audienz empfangen und reisten mit dem Entwurfe der Bedingungen für eine Allianz wieder ab.²⁾ Am 27. Oktober kamen Gesandte aus Lübeck als Vertreter der Hansastädte an.³⁾ Auch die Vertreter der protestantischen Stände Frankens waren in diesen Tagen vor dem Könige erschienen und waren eben in Unterhandlungen begriffen, die zum Abschluss eines Interimsvergleichs führten.⁴⁾ Gustav Adolf konnte mit Genugthuung auf seine bisherigen Erfolge in Franken blicken. Dass der Bischof von Bamberg nunmehr eine weitere Verschiebung der Unterhandlungen wünschte, erschien dem Könige lediglich als eine wohlfeile Kriegslist. Er spricht dies auch offen aus in der Antwort, mit welcher der Bamberger Postmeister am 2. November wieder abgefertigt wurde. Er glaubt, dass der Entschluss des Bischofs nicht ohne Zuthun der ligistischen Parteigenossen, insbesondere Tillys, gefasst worden, und „dass die gesuchte dilation zu keinem andern, als Zeit zu gewinnen, biss Tilly zwischen vnss vnd dem Stifft Bambergk einkomme, angesehen.“ Er droht, dass er den Bischof als Feind verfolgen werde, sobald derselbe Tilly an sich ziehe und hält ihm nochmals vor, dass er

¹⁾ Die Nürnberger Gesandten waren Paulus Harsdörfer und Tobias Oelhafen. — Nürnberger Creditiv v. 20./30. Okt. — Bisch. an den Rat von Nürnberg v. 31. Okt. (Bbg. Krgs.-A.) Bericht der Nürnberger Gesandten s. b. Soden, Gustav Adolf I, 86 ff.

²⁾ Droysen, Gustav Adolf II., 439.

³⁾ Nach dem Bericht der Nürnberger Gesandten von Würzburg; bei Soden, Gustav Adolf I., 73.

⁴⁾ cf. 7. Kapitel.

viel besser thun würde, die „angebotene Freundschaft“ anzunehmen und Tilly von seinem Lande abzuhalten.¹⁾ — Der Brief, mit dem der Postmeister am 4. November nach Forchheim zurückkam, brachte den Bischof in neue Aufregung. Der in demselben ausgesprochene Verdacht, dass er in direktem Einverständnis mit Tilly handle, war thatsächlich unbegründet; schon seit geraumer Zeit war die Verbindung zwischen Bamberg und dem Tillyschen Feldlager gänzlich unterbrochen; der Bischof wollte daher auch nicht die Feindschaft des Schwedenkönigs gegen den offenen Kriegsgegner auf seine Person übertragen wissen. Zudem sah er sich jetzt vor eine schwere und bedenkliche Wahl gestellt. Soeben war ihm von dem bayerischen Kurfürsten die Nachricht zugekommen, dass der zum öftern gewünschte Sukkurs zur Besetzung der Festung Forchheim aus der Oberpfalz demnächst eintreffen werde.²⁾ Sollte er nun diese verhältnismässig geringe Hilfe annehmen, sich dadurch zum erklärten Feinde des Schwedenkönigs machen und vielleicht den Krieg sofort in sein Land ziehen? oder sollte er es doch versuchen, Gustav Adolf durch Fortsetzung der Unterhandlungen zu annehmbaren Bedingungen zu vermögen, welche vielleicht imstande wären, das Stift vor den Drangsalen des Krieges ganz zu bewahren? — Der Bischof fasste jetzt ernstlich die letztere Eventualität ins Auge. Seine Hoffnung richtete sich nunmehr vor allem darauf, dass der Schwedenkönig durch eine ergiebige Kontributionssumme vielleicht doch dahin gebracht werden könne, von einer Besetzung Forchheims abzu-
sehen. Unter diesem Gesichtspunkte war ihm die Annäherung ligistischer Besatzungstruppen momentan sehr unbequem. Noch am 4. November stellte er daher an Maximilian sowie an die kurfürstliche Regierung zu Amberg das Ersuchen, mit den angemeldeten Hilfs-Kompagnien „noch etwas zurückzuhalten“;³⁾ am 5. November aber sandte er wiederum einen Kourier nach Würzburg, durch welchen er um Benennung von Zeit und Ort zu einer

¹⁾ Gustav Adolf an Bisch. v. Bbg. v. 23. Okt. (2. Nov.). Cop. im Münchener Reichs.-Arch. 30jähr. Krg.-A. Tom. 64, fol. 418. (s. Anhang 7.).

²⁾ Maximilian v. Bayern an Bisch. v. Bbg. vom 2. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Bisch. v. Bbg. an Maximil. v. Bayern dato 4. Nov.; desgl. an die Regierung von Amberg dato 4. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

„Traktation“ bitten liess. Dass es dem Bischofe und seinem Kabinette hiebei nicht mehr um ein leeres Hinhalten des Feindes, sondern um ein wirkliches Abkommen mit demselben zu thun war, beweisen zur Genüge die sehr weitgehenden Erwägungen, welche in dieser Angelegenheit am 6. November in einer Konferenz geistlicher und weltlicher Räte und Vertreter des Domkapitels gepflogen wurden.¹⁾ Es handelte sich hiebei um die Feststellung der Instruktion der Gesandten, welche neuerdings nach Würzburg abgeordnet werden sollten. Sie sollten vor allem dahin sich bemühen, dass der Schwedenkönig den ersten Punkt seiner Forderungen (Uebergabe der Festung Forchheim) fallen lasse und sich mit der Versicherung begnüge, „dass keine Feindseligkeit daraus gegen ihn gebraucht werden solle“; ausserdem könne man Geiseln, im äussersten Fall sogar Demolierung der Festung anbieten. — „Wenn es aber ja nit zu verhalten, sondern tradirung der Vestung wolte behauptet werden,“ so seien als Bedingungen folgende Punkte in acht zu nehmen:

1. An dem Religionswesen der Unterthanen dürfe nichts geändert werden; auch der politische Status „und alles was demselben anhengig“ solle unangefochten bleiben.
2. Die bewaffnete Bürgerschaft sollte entwaffnet werden; Waffen und Munitionsvorräte sollten aber nicht ausgeführt werden, sondern dem Bischof verbleiben.
3. Die Anzahl der schwedischen Besatzung sei „auf das allerleidenlichste zu bringen.“
4. Die Jurisdiktion über die Bürgerschaft müsse dem Bischof ungeschmälert verbleiben und durch einen bischöflichen Statthalter ausgeübt werden. Der schwedische Kommandant sollte nur über seine Soldaten „Jurisdiction, Straf und Gebot“ haben.
5. Mit Renten, Zinsen und Einkommen sollten die Schweden nichts zu thun haben; sie sollten weder an den Gefällen

¹⁾ Protokollentwurf d. dato Forchheim 6. Nov. (Bbg. Krgs.-A.), welchem das Folgende entnommen ist. — Als bei der Beratung gegenwärtig werden verzeichnet: Wolf Balthasar v. Seckendorf, Christian Eberhardt v. Seckendorf, Landrichter Julius v. Streitberg, Hans Wolf v. Wolfsthal, Jobst Gabriel v. Wildenstein, Dr. Forster, Dr. Geyer, Dr. Götzendorffer, Dr. Fleischmann, Dr. Schwarzkunz, Dr. Auerbach, Domkapitular Herdig (?) —

des Bischofs noch des Domkapitels noch der gesamten Geistlichkeit irgend einen Schaden zufügen, sich aber auch aller „Neuerungen an Zoll, Ungeld, Steuern oder anderen Auflagen“ im Stifte Bamberg enthalten.

6. Die Werte an Wein, Getreide und anderen Besitzungen, welche der Bischof, die Bamberger Domherrn oder andere Bamberger Unterthanen im Stifte Würzburg haben, seien denselben auszuhändigen, bezw. zu restituieren.
7. Die schwedische Besatzung sollte den Handelsverkehr in keiner Weise hindern, das „Auslaufen“ der Soldaten sollte unterbleiben; auch sollten sich die Schweden auf den Strassen keiner „convoy“ anmassen.
8. Das ganze Stift und seine Unterthanen seien von weiteren „Einlagerungen, Durchzügen, Abnahmen, Plünderungen vnd Beschwerungen“ zu befreien und vor weiteren Feindseligkeiten zu bewahren.
9. Bei künftigem Wiederabzug der Truppen sei alles in dem gegenwärtigen Zustand zu hinterlassen.
10. Insbesondere habe man sich auch der persönlichen Sicherheit des Bischofs und des Domkapitels zu vergewissern.

Was nun die weitere Forderung des Königs, Zahlung einer Kontribution, anlangt, so glaubte man, dass, wenn man damit die 1. Forderung ablösen könnte, „sich desto stärker anzugreifen wäre;“ doch könne man nicht über 8000 Thaler monatlich hinausgehen.

Nach diesen hier aufgestellten Gesichtspunkten sollte also die Instruktion für die Gesandten entworfen werden.¹⁾

Die bambergische Politik war damit an einem entscheidenden Momente angelangt. Eine Uebereinkunft mit dem Schwedenkönige auf vorbezeichneter Grundlage wäre im Effekte einem förmlichen Neutralitätsvertrage und damit einer völligen Absonderung vom Bunde der Liga so ziemlich gleichgekommen. Und dass der Bischof jetzt entschieden willens war, auch über die Liga hinweg mit Gustav Adolf zu einem Abkommen zu gelangen, zeigt in deutlicher Weise sein Brief an den Junker Erasmus

¹⁾ Ihre Ausarbeitung wurde auch wirklich begonnen, wie ein Bruchstück dato Nov. in den Bamberg. Krgs.-A. bezeugt.

Heusslin von Eussenheim, welcher letzterer damals auf dem Wege nach Amberg begriffen war, um dort wegen des bayerischen Sukkurses weitere Unterhandlungen zu pflegen. Nachdem der Abgesandte bis Vilseck gelangt war, wurde er wieder zurückgerufen mit der Motivierung: — — — Wann es dann nit gerathen sein will, vns bey solcher Ungewissheit erst in noch grössere gefahr einzusteckhen, So verpleiben wir bey all andern ermangelnden mitteln den mit der Königl. Würden in Schweden veranlassten Traktat zu prosequiren vnd zu halten gewillt, der Hoffnung, wir wöllen gestalten Dingen vnd der vns beschehenen Vertröstung nach am negsten darvon khommen vnd also aus zweyen vñlen das leidenlichste vnd ertreglichste erwählen.“¹⁾

Doch — mehrere Umstände wirkten zusammen, die Pläne des Bischofs zu kreuzen und zu vereiteln. Schon das lange Ausbleiben des nach Würzburg entsendeten Kouriers gab ihm zu Befürchtungen Anlass. Da erfolgte endlich am 13. November seine Rückkunft — aber ohne den mit Spannung erwarteten Bescheid; der Bote war von der schwedischen Kanzlei ohne Antwort abgewiesen worden. Der Bischof glaubte das als einen feindseligen Abbruch aller bisherigen Beziehungen deuten zu müssen. Um so mehr war er freilich erstaunt, als eine Woche später doch ein Brief Gustav Adolfs anlangte, welcher die Bereitwilligkeit zu weiteren Unterhandlungen zum Ausdruck brachte.²⁾ Gustav Adolf hielt auch darin seine früheren Forderungen aufrecht: der Bischof soll der Tilly'schen Armee in seinem Stifte weder Aufenthalt noch Pass gewähren; eine gewisse Kontribution soll zum Unterhalt des schwedischen Heeres gezahlt werden. Eine geringe Konzession von schwedischer Seite ist vielleicht darin zu erblicken, dass der König auch mit der Einräumung Forchheims an einen seiner „Glaubens- und Sachverwandten“ sich zufrieden erklärt. Im weiteren verspricht er wiederholt gänzliche Verschonung des Stifts, falls der Bischof ihm entgegenkomme und fordert denselben auf,

¹⁾ Bisch. v. Bbg. an den Junker Heusslin d. z. Vilseck, dato 10. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bischof v. Bamberg an den Markgr. Christian v. 14. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

Gesandte mit ausgedehnter Vollmacht auf den 24. November nach Würzburg zu schicken, um einen Abschluss des Vergleiches herbeizuführen.¹⁾

Als dieser Brief in Forchheim anlangte, war bereits ein weiterer Umstand eingetreten, der alle Hoffnungen auf Verständigung zerstörte; bayerisch-ligistische Truppen hatten nunmehr von der Festung Forchheim Besitz genommen, — allen separatistischen Anwandlungen der bischöflichen Politik war damit ein Ende gemacht.

¹⁾ Gustav Adolf an Bisch. v. Bamberg v. 6./16. Nov., Cop. in den 30jähr. Krgs.-A. des Geh. Staats-Archivs München Fasz. 84/11. fol. 157. (s. Anhang 8.)

7. Kapitel.

Die protestantischen Stände und die Ritterschaft Frankens nach dem Einbruche der Schweden.

In denselben Tagen, in welchen das schwedische Heer die Grenze Frankens überschritt und sich der Hauptstadt des Bistums Würzburg bemächtigte, war auch der kaiserliche Kommissär Reichshofrat Popp wiederum von Wien nach Franken aufgebrochen, um die Resolution des Kaisers auf die Erklärung der evangelischen Kreisstände vom 17. September zu überreichen und damit die so langwierige Kreistags-Angelegenheit zu einem endgültigen Abschluss zu bringen. Er hoffte bis zum 26. Oktober in Bamberg zu sein, wo er seine Familie zurückgelassen hatte;¹⁾ allein der so plötzlich gefährdete Zustand des Bamberger Stifts, von welchem er bereit auf der Reise Kunde erhielt, veranlasste ihn, in Amberg, wo er am 24. Oktober anlangte, Halt zu machen und von hier aus zunächst schriftlich mit den Ständen des fränkischen Kreises zu verhandeln.

Der Kaiser hatte, der seit der Schlacht von Breitenfeld so gründlich veränderten Lage Rechnung tragend, auf das Gutachten Popps hin sein Möglichstes gethan, um die evangelischen Stände für sich zu gewinnen und ihnen den ihrerseits versprochenen Gehorsam zu erleichtern, und des Kommissärs Tasche fand sich reichlichst gefüllt mit Briefen und Verordnungen, welche bestimmt waren, das kaiserliche Wohlwollen nach allen Seiten hin zum Ausdruck zu bringen. In der an die fränkischen Stände gerichteten Resolution²⁾ versichert der Kaiser bezüglich der vielbeklagten

¹⁾ Popp an Bisch. v. Bbg. dato Wien d. 15. Okt. (Bbg. Kreis-Akt. Tom. 48, fol. 340).

²⁾ Kaiserl. Resolution dato Wien 10. Okt. Orig. (ibid. fol. 328 ff.).

Kriegspressuren, nunmehr alles „dergestalt inss Werkh zu setzen, damit die Ständt nach aller möglichkeit vnd souil nur erhaischender Notturfft halber würdt zugelassen werden können, verschont vnd bey den weiter vorfallenden Einquartierungen, Durchzügen, Musterplätzen nach dem Regensburger Schluss vnd denen Reichs-Constitutionen gemäss verfahren vnd nachgelebt werde.“ Zu diesem Zwecke werden 2 von den Kreisständen als Kriegskommissäre aufgestellt, denen bei den allenfallsigen Durchzügen, Einquartierungen etc. das Recht der Mitdirektion und Ueberwachung zuerkannt wird. Zu diesem Amte werden der Hoch- und Teutschmeister und der Bischof von Würzburg bestimmt.¹⁾ — Dagegen werden die Stände in Erwägung „hoher Notwendigkeit“ ersucht, den Zahlungstermin der bewilligten 72 Römermonate auf ein halbes Jahr abzukürzen und jedes Quartal die Hälfte, nämlich 36 Monate in die Kasse zu zahlen, deren Verwaltung gleichfalls von Seiten des Kreises, nämlich durch den Hoch- und Teutschmeister besorgt werden soll. — Der fränkischen Ritterschaft wird gänzlicher Pardon in Aussicht gestellt und zur Regelung ihres Einquartierungs- und Kontributionswesens wird ebenfalls ein Kriegskommissär aus ihrer Mitte ernannt, nämlich Veit Hartmann Fuchs von Dornheim, der Bruder des Bischofs Johann Georg.²⁾ — Daneben erhielt der kaiserliche Generalkriegskommissär Ossa wiederholt den gemessensten Befehl, gegen die Stände des fränkischen Kreises glimpflich zu verfahren, insonderheit aber gegen den Markgrafen Christian von Bayreuth alle Exorbitantien einzustellen und zu verhindern.³⁾ — Kaum war der Angriff der Schweden auf Franken in Wien bekannt geworden, so erfolgten durch Eilstafetten an die einzelnen protestantischen Stände die letzten Ermahnungen des Kaisers, in der „kaiserlichen Devotion“ zu verbleiben und den Lockungen und

¹⁾ Der Kaiser an d. Teutschmeister und den Bischof v. Würzburg. dato 10. Okt. „die anrichtung gueter Kriegsdisciplin vnd anvertraute Contributionskasse“ betr. (Cop. Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Der Kaiser an d. Ritterschaft der 6 Orte in Franken dato Wien 10. Okt.; ferner der Kaiser an Veit Hartmann Fuchs v. Dornheim v. 10. Okt. (Cop. Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Der Kaiser an Ossa dato Wien d. 15. Okt. (Bbg. Krgs.-A.), dato 20. und 29. Okt. (Brdbg. Krgs.-A.).

Werbungen des „erklärten Reichsfeindes“ kein Gehör zu schenken.¹⁾ Der Markgraf Christian erhielt nunmehr die rückständige Kontributionsschuld von 26 000 fl. auf die Hälfte ermässigt²⁾ und ein eigenes kaiserliches Protektorium zugestellt, welches ihm Befreiung von Einquartierung, von allen Gewaltthätigkeiten und Exaktionen, von Schatzungen an Personen, Vieh, liegenden und fahrenden Gütern zusicherte.³⁾

Aber alle diese Schritte des Kaisers kamen zu spät. Dem kaiserlichen Kommissär gelang es nicht einmal mehr, die Stände des Kreises zur Ablegung seiner Kommission zu versammeln. Seinen wiederholten Aufforderungen an die ausschreibenden Fürsten, einen neuen Kreistag zu bestimmen, wurden von Seiten derselben die „erheblichsten Bedenken“ entgegengesetzt. So wartete Dr. Popp in Regensburg, wohin er sich seit anfangs November zurückgezogen hatte, wochenlang vergeblich auf eine günstigere Gestaltung der Dinge, bis er endlich Mitte Februar sich veranlasst sah, unverrichteter Sache nach Wien zurückzukehren.⁴⁾

Die protestantischen Stände des fränkischen Kreises aber waren für die kaiserliche Politik nicht mehr zu gewinnen. Durch vielfache Enttäuschung misstrauisch geworden gegen alle kaiserlichen Zusicherungen und Versprechungen, welche zudem nur als eine bescheidene Abschlagszahlung gegenüber ihren Wünschen sich darstellten, hatte sich bereits ihr politisches Interesse, halb zagend, halb hoffend, dem glaubensverwandten nordischen Sieger zugewendet, welcher unterdessen auch nicht unterlassen hatte, die diplomatischen Fäden zu knüpfen, die bald zu einem festen Bande werden sollten. Schon im Juni 1631, während Gustav Adolf noch in Brandenburg stand, hatte er einen Gesandten, den Oberst Philipp von Liebenstein, an alle evangelischen Fürsten und Stände des oberrheinischen,

¹⁾ Der Kaiser an d. Markgrafen Christian dato 20. Okt., ein gleichlautendes Schreiben an d. vormundschaftl. Regierrg. z. Ansbach, ferner an d. Stadt Rothenburg (Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 162). Ein Schreiben an Nürnberg b. Soden, Gustav A. I, 89.

²⁾ Der Kaiser an Ossa v. 29. Okt. (Brdbg. Krgs.-A.).

³⁾ Kaiserl. Protektorium f. Markgraf Christian v. 6. Nov. (Brdbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Popp an den Bischof v. Bamberg dato Regensburg d. 16. Jan. und 27. Jan. 1632 (Bbg. Kreisakten, Band 49).

fränkischen und schwäbischen Kreises abgesendet. Derselbe traf den Markgrafen Christian am 27. Juni zu Stockenroth, wo ihm Audienz verstattet wurde. Ueber den eigentlichen Inhalt seiner Mission sind wir des Näheren nicht unterrichtet; Markgraf Christian aber bedankt sich „der guten getreuen Vorsorg des Königs vor daz Evangel. Wesen, bevorab der Evangelischen Landt und Leuth“; er verspricht, „mit den Evangelischen Ständten aus diesen sachen zu communiciren“ und hält dabei für das ratsamste, „daz an Ihre Königl. May. eine sambtliche Abschickung fürderlichst beschehen solle.“¹⁾

Wenige Tage nach der Schlacht bei Breitenfeld sandte der König von Halle aus eine 2. Gesandtschaft — den Hofrat Martin Chemnitz und den Rittmeister Max von Rehlingen nach Oberdeutschland, um die evangelischen Stände zum Anschluss an ihn aufzufordern. Sie waren am 4. Oktober in Bayreuth eingetroffen²⁾ und setzten von hier aus einzeln ihre Reise nach Nürnberg fort.³⁾ Ein weiterer Gesandter endlich — der Oberstlieutenant Bernwolf von Crailsheim — wurde am 9. Oktober von Schleusingen aus nach Franken vorausgeschickt. Er gelangte am 11. Oktober in Bayreuth zur Audienz⁴⁾ und begab sich von da nach Nürnberg und Ansbach.

Zur Anknüpfung näherer Verbindungen hatte Gustav Adolf von allen Ständen des Kreises Abordnungen in sein Hauptquartier verlangt. Während man bei aller inneren Neigung für die Sache der Schweden in den Kreisen der fränkischen Regierungen noch ängstlich das Für und Wider eines förmlichen Anschlusses erwog, sah der König zu Würzburg mit Ungeduld den Deputationen entgegen. — Als am 20. Oktober als eine der ersten und willfährigsten die Gesandtschaft der markgräfl. ansbachischen

¹⁾ Des Königs v. Schweden Credentialpatent für Obrist Philipp v. Liebenstein dato Altbrandenburg 1./11. Juni (Cop. Brdbg. Krgs.-A., 158, mit einer Bemerkung über die mündl. Erklärung des Markgrafen Christian, dato Stockenroth).

²⁾ Markgräfl. Recreditiv für den schwed. Gesandten Martin Chemnitz dato Bayreuth 24. Sept. (4. Okt.) (Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 158.).

³⁾ Ueber ihre Anwesenheit zu Nürnberg vergl. Soden, Gustav Adolf etc. I., 21 ff.; ferner Donaubaue, Nürnberg im 30j. Kr., S. 19—21.

⁴⁾ Markgräfl. Recreditiv des Abgesandten Bernwolf v. Crailsheim v. 1./11. Okt. (Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 158.).

Regierung vor ihm zur Audienz erschien, sprach er seine Verwunderung aus, dass trotz seiner Aufforderung noch Niemand von den fränkischen Ständen gekommen sei; „es seien dies papistische Züge.“ Er hoffe doch, durch Gottes Gnade soviel gethan zu haben, dass man genugsam sehen könne, wie gut er es mit den evangelischen Ständen meine; wenn man nun wolle, so sei es gut, wo nicht, so müsse er sich ihnen entweder selbst als Feind erklären oder wieder den Weg ziehen, den er gekommen; dann aber würde Drangsal und Jammer der Evangelischen erst recht beginnen. Und als der Gesandte seine Regierung „in etwas entschuldigte“ und darauf hinwies, dass es eben der Stände viele wären, da antwortete der König „ernstlich und trutzig“, „welcher Stand nicht will, dem müsste man den Kopff entzwey schlagen.“¹⁾

Von besonderer Wichtigkeit war dem Könige das Verhalten des Markgrafen Christian sowie der Reichsstadt Nürnberg. Schon am folgenden Tage (21. Oktober) liess er daher an beide Stände durch eigene Schreiben die Aufforderung ergehen, sich kategorisch zu erklären, ob sie sich als Freunde oder Feinde zu ihm stellen wollten.²⁾

Ende Oktober erfolgte denn auch die Ankunft der mit Spannung erwarteten Delegierten zu Würzburg. Am 27. Oktober trafen die Gesandten der Reichsstadt Nürnberg ein, welche schon am folgenden Tage in Verhandlungen mit dem Könige eintraten,³⁾ am 29. Oktober kamen dazu noch die Bayreuther Gesandten, welche am 1. November „über den Hofbrauch mit sonderbaren Solemnitäten“ zur Audienz geführt wurden.⁴⁾ Trotz einer Instruktion der Gesandten, die nur eine sehr bedingte Willfährigkeit erkennen liess,⁵⁾ so dass die ansbachische Regierung aus Furcht vor dem

¹⁾ Bericht des ansbachischen Abgeordneten Clauss Konrad Zorn von Bulach dato Würzburg 10./20. Okt. (Brdbg. Krgs.-A. Fasz. 158.).

²⁾ Gustav Adolf an Markgraf Christian v. 11./21. Okt. (bei Soden, Gustav A. I., 51.). Das Schreiben an Nürnberg vergl. Soden I., 62; auch Donaubauer S. 30.

³⁾ Soden, Gustav Ad. I., 71 u. 72; Donaubauer S. 39.

⁴⁾ Berichte der Bayreuther Gesandten Moritz Kanne und Hans Christoph Muffel dato Würzburg v. 19./29. Okt. u. 22. Okt. (1. Nov.) (Brdbg. Krgs.-A., 158.).

⁵⁾ Das von Bayreuth ausgehende Memorial der fränk. Kreisgesandten v. 15./25. Okt s. Brdbg. Krgs.-A. Fasz. 158; im Auszug bei Donaubauer, S. 37.

voraussichtlichen Zorne Gustav Adolfs sogar sich weigerte, sie zu unterzeichnen,¹⁾ kam es doch schon jetzt zu einem allgemeinen Abkommen. Am 2. November wurde zwischen Gustav Adolf einerseits und den Vertretern von Bayreuth und Nürnberg andererseits ein „Interimsrezess“ abgeschlossen, laut welchem der Schwedenkönig den Schutz und die Verteidigung der besagten Gebiete übernahm, die Stände aber sich zur Zahlung einer Kontribution von 72 Monaten „nach anlag eines jeden portion der Reichsmatrikul gemess“ verpflichteten und zwar in der Weise, dass ein Drittel (also 24 Monate) in den nächsten 14 Tagen, ein weiteres Drittel in 3 Monaten darauf, und das letzte Drittel nach weiteren 4 Monaten entrichtet werden sollte. — Weitere, spezielle Verträge mit den einzelnen Ständen sollten folgen. Diejenigen Stände des Kreises aber, die innerhalb 2 Monaten sich nicht zur Alliance bekennen wollten, sollten als öffentliche Feinde gehalten und behandelt werden.²⁾

Schon vor den Bayreuther und Nürnberger Gesandten war eine Abordnung des gräflichen Kollegiums von Franken in Würzburg eingetroffen und hatte mit dem Könige akkordiert.³⁾ Graf Kraft von Hohenlohe, einer der eifrigsten schwedischen Parteigänger, wurde zum schwedischen Generalstatthalter und Oberkommandanten des fränkischen Kreises gesetzt, und er sowie die übrigen Grafen wurden bald darauf freigebigst mit Gebietsteilen des Würzburger Stiftes bedacht.⁴⁾

Wohl am frühesten und entschiedensten neigte die protestantische fränkische Ritterschaft dem Schwedenkönige zu. Auch an sie war schon vor dem schwedischen Einbruch in den

¹⁾ Ansbach unterzeichnet nicht, da die Instruktion dem Conclusum von Heilsbronn zuwider laufe und „unserer der Königl. May. gethanen Vertröstung entgegen,“ auch „sei zu besorgen, da deren inhalt also in forma vorgebracht, dass ihre May. dadurch nit weniger heftig würden irritiert, auch damit zu grösserem Unheil dorffte vrsach gegeben werden. (Friedr. Graf zu Solms an Moriz Kanne, Bayreuth. Gesandter, dato Onolzbach 19./29. Okt.; Brdbg. Krgs.-A. Fasz. 158.)

²⁾ Copie des „Interimsrezesses“ v. 23. Okt. (2. Nov.); Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 158; vergl. Soden, Gust. Ad. I, 79.

³⁾ Bericht d. Bayreuther Gesandten an Markgr. Christian v. 19./29. Okt. (Brdbg. Krgs.-A. 158).

⁴⁾ Näheres s. Scharold, Gesch. d. Zwischenregierung etc., S. 38 u. 39.

Kreis der Aufruf des Königs ergangen,¹⁾ und der König hatte sich nicht getäuscht, wenn er gerade auf ihren Beistand sich besondere Rechnung machte. Die kritische Lage, in welche viele Glieder derselben durch die kaiserlichen Prozesse einerseits und durch das Restitutionsedikt und die bischöflichen Angriffe auf ihre religiöse und politische Stellung andererseits geraten waren, liess den Uebertritt zu Gustav Adolf gewissermassen als ein Gebot der Selbsterhaltung erscheinen. Auf dem Ritterschaftstag zu Königsberg i. Fr. (21. Oktober), auf welchem von den 6 Ritterorten 4 (Gebürg, Steigerwald, Altmühl und Baunach) vertreten waren, wurde die Absendung einer Deputation an den König beschlossen, welche ihm 5 Freikompagnien zu Pferd anbieten und dagegen die Bitte stellen sollte, „dass Ihre May. den gesammten Adel bei erlangten Freiheiten vnd Gerechtsamen conserviren, daneben gönnen wolten, daz sich die adenlichen Mitglieder dessen, was ihnen eine Zeit hero mit lauterem Gewalt abgenommen, wieder zulässiger weis nähern, halten vnd erholen möchten.“²⁾ In den darauffolgenden Unterhandlungen zu Würzburg sahen sich die Deputierten der Ritterschaft veranlasst, noch über das beschlossene Anerbieten hinauszugehen. Sie verpflichteten sich nicht bloss zur Zahlung einer monatlichen Kontribution von 4000 Reichsthalern (vom 22. Oktober an beginnend), sondern auch zur Ausrüstung und Stellung von 1100 Musketieren zum schwedischen Kriegsheere.³⁾

¹⁾ Vergl. Gustav Adolf an Adam Hermann von Rotenhan, Direktor der reichsfreien Ritterschaft in Franken dato Schleusingen 19./29. Sept. Cop. Bbg. Krgs.-A.); abgedruckt bei Scharold a. a. O., Beilage XIV.

²⁾ Original-Rezess des Ritter-Ausschusstages zu Königsberg v. 11./21. Okt. 1631 (Bambg. Kreis-Arch.); vergl. ausserdem: Schindler, Auszug aus den Rezessen der fränk. Rittersch. (Manuscr. im Bbg. Kreis-Arch.).

³⁾ Vergl. Direktoralschreiben „an die adenlichen Mitglieder Reichsbefreyter Ritterschaft in Frankhen, Orts Odenwaldts“ dato Würzburg 20./30. Okt. (Cop. Bbg. Krgs.-A.). — Die Leistungen wurden auf die einzelnen Ritterorte derartig verteilt, dass sich die Anteile der 6 Orte Odenwald, Gebürg, Rhönwerra, Steigerwald, Altmühl und Baunach verhielten wie resp.: 6:4:4:3:3:2 —

Ausser den obengenannten Leistungen (Monatskontribution und Truppen) waren noch bewilligt worden: dem schwedischen General-Kriegspräsidenten Graf Philipp Reinhard von Solms eine einmalige „Verehrung“ von 500 Dukaten; dem schwed. Commissar Sigismund Heussner von Wandersleben in gleicher Weise 200 Goldgulden; dem von der Ritterschaft

Auf schleunigst anberaumten Spezial-Versammlungen der einzelnen Ritterorte wurden die getroffenen Vereinbarungen von den Mitgliedern genehmigt, die schwedischen Schutzbriefe entgegengenommen,¹⁾ und nun begann allenthalben ein rühriges Eintreten für die Sache der Schweden. In Würzburg war es Gustav Adolf möglich, die wichtigsten Stellen der neugeordneten Landesregierung mit einheimischem Adel zu besetzen;²⁾ im Bayreuther und Ansbacher Gebiete traten namhafte Mitglieder der Ritterschaft als schwedische Werbeoffiziere auf.

Auch im Bambergischen traf die Ritterschaft ihre Vorbereitungen zur Heeresfolge für den Schwedenkönig. Schon Ende Oktober beginnt Friedrich von Egloffstein ein Cornet Reiter zu werben, welche eine Zeit lang in und um Egloffstein quartieren und durch ihre Einfälle in bambergische Orte die Bewohner in Furcht und Schrecken versetzen,³⁾ zu Lisberg sammelt Hans Eyrich von Münster eine für den Musterplatz zu Hassfurt bestimmte Abteilung von Reitern und Fusssoldaten, die ihre Streifereien nach dem Ebrachthal hin unternehmen,⁴⁾ zu Pommersfelden tritt der Junker Philipp Ernst von Truchsess an die Spitze einer geworbenen Kompagnie von 90 Reitern, um sie dem schwedischen Lager zuzuführen.⁵⁾

Angefacht durch die Wendung der Waffenerfolge, tritt auch der durch die bischöflichen Machtmittel niedergehaltene konfessio-

deputierten Kriegsrat Hans Philipp Geuder von Heroldsberg als monatliches Deputat 100 Reichsthlr.; dem Kriegs-Commissär Forstenhäuser in Nürnberg monatl. 100 Reichsthlr. —

¹⁾ Für den Ritterort Steigerwald geschah dies auf den Rittertag zu Lonnerstadt am 26. Okt. (5. Nov.). (Einladungsschreiben des Ritterhauptmanns Hans Christoph Stibar dato 20./30. Okt., Bamg. Krgs.-A.); für den „Ort“ Rhönwerra auf dem Rittertag zu Ostheim am 27. Okt. (6. Nov.). Würzbg. Arch.).

²⁾ Vergl. Scharold, a. a. O., S. 60—65.

³⁾ Der Vogt von Gössweinstein an d. Bisch. v. Bbg. v. 29. Okt. — Vogt, Bürgermeister u. Rat zu Ebermannstadt an d. Bisch. v. Bbg. v. 2. u. 3. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Centrichter von Burgebrach an den Sekretär Beringer z. Bbg. v. 10. Nov. (ibid.).

⁵⁾ Verwalter zu Schlüssellau an d. Bambergischen Landrentmeister Gg. Schellenbauer v. 17. Nov. — Kastner v. Höchstädt an d. Bisch. v. Bbg. v. 19. Nov. (ibid.).

nelle Gegensatz unter der fränkischen Bevölkerung stärker als je wieder hervor und macht sich namentlich auf ritterschaftlichen Gebieten zuweilen in ungebührlicher Weise Luft. So sieht sich z. B. der Amtsrichter zu Wachenrot zu der Klage veranlasst, „dass das Vögtlein zu Mühlhausen über die beschene Plünderung zu Wachenrot ein sonderbahres wohlgefallen tregt“ und auch sein, des Pfarrers vnd anderer geplündelter Personen halber „ein sonderbahres passquillisch Liedlein gemacht vnd solches vff andere lutherische ort vnd Schlösser zum Spectackel überschicket.“¹⁾ Die geworbenen Egloffsteinischen Reiter überfallen am 28. Oktober den katholischen Pfarrer und Schulmeister von Wichsenstein auf dem Wege nach Moggast und berauben und misshandeln dieselben.²⁾ Die Bewohner der nördlichen Aemter, namentlich von Kronach und Weismain, klagen in zahlreichen Fällen über grobe Schmähungen, Drohungen und Misshandlungen, die sie bei vorübergehendem Aufenthalte zu Kulmbach oder an anderen markgräflichen oder ritterschaftlichen Orten erleiden.³⁾ Andererseits wird den mit Zwang zur katholischen Religion gebrachten Einwohnern von Schney, als sie während der Weihnachtsfeiertage wiederum in benachbarte lutherische Kirchen „auslaufen“ wollen, von den Bürgern von Lichtenfels aufgelauert, sie werden beraubt und „vast biss auf dass Hemmet abgezogen.“⁴⁾

Insbesondere ging der Adel darauf aus, die neukatholisierten ritterschaftlichen Pfarreien wieder in den früheren Stand zurückzuführen. Auf dem Rittertage zu Königsberg war in dieser Hinsicht der Beschluss gefasst worden: „Weil der allgemeinen Reichs- und Rechtsordnung nach ein jeder sich dessen, so ihm de mero ac violento facto abgedrungen worden, wieder zulässiger defensionsweis annehmen mag, so sollen die in den adeligen Flecken gesperrten exercitia evangelicae doctrinae wiederum demnechten an-

¹⁾ Amtsrichter zu Wachenrot an den Rentmeister Gg. Schellenbauer zu Bamberg v. 17. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Vogt von Gössweinstein an d. Bisch. v. Bbg. v. 29. Okt.; — Pfarrer von Wichsenstein an d. Bisch. v. Bbg. v. 6. Nov. (ibid.).

³⁾ Vergl. eine Zusammenstellung solcher Beschwerden in Brdbg. Krgs.-A. Fasz. 174.

⁴⁾ Amtmann zu Lichtenfels an d. Bisch. v. Bbg. dato 6. Jan. 1632 (Bbg. Krgs.-A.).

gerichtet vnd diese Kirchenactus ad futuram rei memoriam instrumentirt werden.“¹⁾

Im Würzburger Stift ging diese Wiederaufrichtung evangelischer Pfarreien auf Grund eines von Gustav Adolf erlassenen Religionsmandats unter dem Schutze schwedischer Waffen ziemlich rasch von statten.²⁾ Aber auch im Bambergischen regt sich an verschiedenen Orten der Geist der Auflehnung gegen die neu eingesetzten Pfarrer und Schulmeister, welche da und dort von ihren Stellen zu weichen gezwungen werden. So wurde der „neue“ Pfarrverweser zu Weissenbrunn durch den Junker Ernst von Wildenstein zu Schlopp und Weissenbrunn am 15. November aufgefordert, die Pfarrei „bei Leibs- und Lebensgefahr“ innerhalb 8 Tagen zu räumen.³⁾ In Burkersdorf wurde bereits am 16. November der vormalige Prädikant durch einige Reisige zur Predigt geführt; am 23. November hielt zu Küps der vormalige lutherische Geistliche wieder den ersten Gottesdienst;⁴⁾ zu Schmölz wurde am 13. November von bewaffneten Scharen ein Angriff auf das Pfarr- und Schulhaus gemacht;⁵⁾ in Mitwitz wurde der neu eingesetzte katholische Schulmeister durch die ritterschaftlichen Beamten zu wiederholtenmalen auf das ärgste bedroht.⁶⁾ Der Pfarrer zu Altenbanz, der die Gegenreformation der Kirche zu Hereth besonders befördert hatte, erhielt von Jörg von Rotenhan zu Rentweinsdorf ein bedrohliches Schreiben mit der Aufforderung, den Kirchenkelch, „welcher vor 2 Jahren gewaltthetiger vnd landfriedbrüchiger weis“ von Hereth hinweggenommen worden, wieder zurückzuliefern, widrigenfalls derselbe „an seiner eigenen Person gesucht und eingebracht werden solle“. Ja der Pfarrer wurde

¹⁾ Punkt 5 des Rezesses vom 11./21. Okt. (s. o.).

²⁾ Vergl. Scharold, a. a. O. S. 53 u. 75 ff.

³⁾ Pfarrverweser zu Weissenbrunn an den Statthalter zu Kronach v. 17. Nov.; — Statthalter z. Kr. an d. Bisch. v. Bbg. v. 17. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Pfarrverweser in Küps an d. Statthalter v. Kronach v. 16. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

⁵⁾ Schulmeister z. Schmölz an den Kastner zu Kronach v. 16. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

⁶⁾ Statthalter z. Kronach an d. Bisch. v. Bbg. v. 2. Jan. 1632 (ibid).

⁷⁾ Jörg von Rotenhan an den Pfarrer von Altenbanz v. 11./21. Okt. (Cop. Bbg. Krgs.-A.).

in seinem Pfarrhause durch Angriffe derartig geängstigt, dass er sich gezwungen sah, schon im Oktober seine Pfarrei zu verlassen und nach Staffelstein zu flüchten.¹⁾

Der Bischof fühlte sich jetzt ausser stande, gegen diese Bewegungen einzuschreiten. Auf die Vorgänge zu Weissenbrunn und Burkersdorf schreibt er an den Statthalter zu Kronach: „Die beede Pfarrverweser müssen sich gedulden, biss Gott der Allmechtige wider diese Feindseligkeiten ein Hilfsmittel beschert. Solten bemelte Pfarrer . . . gar vertrieben werden, muss mans auch geschehen lassen, der Hoffnung, es werde noch eine Zeit khomen, dass es niemandt mehr als eben die Frefler selbst geweren würdet.“²⁾

1) Prior und Konvent z. Banz an d. Bisch. v. Bbg. v. 21. Okt. (ibid.).

2) Bisch. v. Bbg. an d. Statthalter v. Kronach v. 21. Nov. (ibid.).

8. Kapitel.

Finanzielle Schwierigkeiten in Bamberg. — Die Bamberger Landesmiliz. — Ankunft ligistischer Hilfstruppen.

Zu den schlimmsten Schäden des Bamberger Staatswesens gehörten seine zerrütteten Finanzverhältnisse, welche die erwünschte Verteidigung gegen den anziehenden Feind nahezu zur Illusion machten. Die bisherigen Ausgaben und Aufwendungen für Kriegszwecke¹⁾ hatten die ohnehin schwachen Fundamente des Finanzwesens derart erschüttert, dass man allenthalben vor leeren Kassen stand. Zwar hatte man die Steuerforderungen in dem kritischen Jahre 1631 um ein sehr Bedeutendes gesteigert,²⁾ aber überall ertönten die Klagen der Beamten über Uneinbringlichkeit der Geldgefälle und über die Unmöglichkeit, auch die dringendsten Bedürfnisse des ärmlichen Staatshaushalts zu befriedigen. So wirkte auch, als der Feind vor den Thoren des Stiftes stand, die finanzielle Kalamität in hohem Grade lähmend auf alle politischen Erwägungen und Massnahmen. Die am 20. Oktober zu Bamberg versammelten Landstände fassten daher den Beschluss, dass „ein erkleckliches Anlehen pro Interesse vnd

¹⁾ So betrugen beispielsweise die Kriegs-Ausgaben des Hochstifts laut einer vom Bischof an den Heidelberger Bundestag (1629) überschickten Berechnung allein für die Zeit vom April 1624 bis Dez. 1628 die Summe von 1670982 fl. 15 s. (Bamberger Krgs.-A., 2. Jan. 1629).

²⁾ Ein nach den einzelnen Aemtern spezifiziertes Verzeichnis des J. 1631: „Beyleufftige Einnahmb der jährlichen Steuer im Stifte Bamberg“ führt als Steuergesamtsumme auf: „vordessen das Jahr“ 95270 fl.; „jetzo monatlichen“ 15803 fl., was einer Jahressumme von 189636 fl., also nahezu einer Verdoppelung der Steuereinnahme entspricht (Bbg. Krgs.-A.).

vff der Landständt sammtliche Versicherung oder obligirn“ aufgebracht werden solle, wobei die Versammelten die Erwartung aussprachen, „es werden bei dergleichen vffnahm zur Defension oder noch vnuerhoffter rancion das hohe Dhomb-Capitul, alle mit interessierte Clöster, Clereseyen, Hospitalien vnd arme Heüßer sich verstehen, mit Reversirn vnd also proportionaliter daz ihrige vnwaigerlich dabey zu thun.“¹⁾

Auf Grund dieses Beschlusses wurden bereits am 23. Oktober 4 Deputierte des landständischen Ausschusses, nämlich der Kastner Cellarius des Klosters Michelsberg P. Kaspar, die beiden Bürgermeister von Bamberg Johann Max Behr und Joh. Philipp Lorber, sowie der Bürgermeister von Forchheim Paul Lechner abgesandt, um eine Kriegsanleihe aufzunehmen. Sie kamen noch an demselben Tage nach Nürnberg, wo sie zunächst bei verschiedenen „Italienern“ vorsprachen, indem sie es als rätlich erachteten, zuerst „bei ihren katholischen Religionsgenossen“ ihr Glück zu versuchen. Da sie hier aber nichts erreichten, so stellten sie ihr Ersuchen an den Rat der Stadt. Im Wirtshaus „zum güldenen Stern“ brachten sie am 24. Oktober ihr Anliegen an die hiezu abgeordneten Mitglieder des Nürnberger inneren Rates, die Dr. Dr. Johann Heinrich Hülss und Georg Achatz Hehr. Der Nürnberger Rat, welcher in jener geldbedürftigen Zeit von den verschiedensten Seiten mit Darlehensgesuchen behelligt wurde, anwortete auf alle mit konsequenter Ablehnung.²⁾ Auch die Bamberger Gesandten erhielten am 25. Oktober einen höflichen, aber ablehnenden Bescheid. Die Kasse der Reichsstadt sei durch die Pressuren des Krieges selbst bis aufs äusserste erschöpft, bei den Unterthanen liege Handel und Gewerbe darnieder, zudem seien sie „bey jetzt bewusster öffentlicher Kriegsgefahr in diesem Crayss selbst vff alle mögliche Mittel, wie sie sich vnd die Ihrige salvirn mögen, vffs eusserst zu bemühen gezwungen.“³⁾

Nachdem die protestanische Nachbarin für eine Hilfe in der

¹⁾ Der Landtstendte Erklärung etc. (ohne Datum) praes. Vorchheim 21. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Vergl. Donaubauer, a. a. O., S. 50 und 108.

³⁾ Die Abgeordneten an den Bischof dato Nürnberg den 24. u. 25. Okt. — Resolution des Nürnberger Rates vom 15./25. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

Not nicht zu haben war, versuchte man sein Glück bei dem katholischen Bundesfreund. Auf Weisung des Bischofs ¹⁾ begaben sich die Abgeordneten nach München, wo sie am 31. Oktober abends anlangten. Es gehörte ein am Ende aller Hoffnung stehender Mut dazu, an der Stelle als Geldsuchender zu erscheinen, wo man ohnehin mit seinen Zahlungsverbindlichkeiten (nämlich für die Liga) in bedeutendem Rückstande war. — Am 1. November wurden die Gesandten von dem kurfürstlich-bayerischen Obermarschall Christoph von Preysing und dem Kameraldirektor Johann Mantel empfangen; aber ihr Anlehensgesuch fand — wie vorauszusehen — auch hier taube Ohren; am folgenden Tage wurde ihnen die Resolution, dass man mit Geld ihnen keineswegs dienen könne, dass aber bereits Befehl ergangen sei, die Festung Forchheim mit bayerischen Truppen aus der Oberpfalz zu besetzen.

Die Abgesandten waren über den letzteren Teil des Bescheids sehr erstaunt und keineswegs besonders befriedigt; sie betonten zu wiederholten malen, dass ihr Gesuch nicht auf Truppen, sondern auf Geld gerichtet sei; allein es blieb in dieser Beziehung bei der Abweisung und die Deputierten mussten mit leerer Hand wieder nach Bamberg zurückkehren.²⁾ —

Während der Bischof von Bamberg mit dem Schwedenkönige unterhandelte, hatte er nicht unterlassen, auch an eine notdürftige Landesverteidigung zu denken. Am 22. Oktober waren auf das früher erwähnte Gesuch hin aus Amberg 12 chargierte Soldaten, zumeist länger gediente, kriegserfahrene Leute, nach Forchheim gekommen, welche als Führer des „Landes-Ausschusses“ gebraucht werden sollten. Sie wurden durch Kapitain Hackenborn in Bestallung genommen und 4 als Lieutenants, 4 als Feldwebel und 4 als Korporale eingewiesen.²⁾ Wenige Tage darauf erfolgte die

¹⁾ Bischof v. Bbg. an die Ausgeschickten vom Land-Ausschuss v. 25. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bericht der Bamberger Abgesandten aus München v. 2. Nov. Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bericht, „welchergestalt die von Amberg alhero geschickten Soldaten in die Bestallung genommen“, dato 22. Okt. — (Bbg. Krgs.-A.) — Der Lieutenant erhielt monatlich 20 Reichsthlr., der Feldwebel 15 Reichsthlr. und der Korporal 12 Reichsthlr. Besoldung (nebst freier Wohnung u. dem Servis).

Verteilung des Ausschusses an die wichtigsten Punkte des Stiftes. Vor allem wurden die beiden Festungen Forchheim und Kronach ziemlich reichlich mit Besatzung bedacht. Aber auch Lichtenfels und Kloster Banz, ferner die Hauptorte links der Regnitzlinie, wie Zeil, Schönbrunn, Burgebrach, Höchstadt, Herzogenaurach, Senftenberg und Döringstadt erhielten teils ortseinheimische, teils auswärtige Ausschusskontingente zugeteilt. Die Stadt Bamberg sollte von den einheimischen Bürgern, Hallstadt und die Altenburg von dem Ausschuss des Kammeramtes besetzt werden.¹⁾

Die Zahl, mit der bei der Verteilung dieser Mannschaft gerechnet wurde, bestand jedoch vielfach nur auf dem Papier. Ein nicht geringer Teil verweigerte von vorne herein eine Dienstespräsenz, und die wirklich Erschienenen zeigten sich in hohem Grade unzuverlässig und, obwohl Landeskinder, die ihren heimatlichen Boden beschützen sollten, ohne jede patriotische Regung und ohne allen militärischen Geist, so dass der Bischof selbst nicht das geringste Vertrauen in diese seine Vaterlandsverteidiger setzen konnte. Freilich war auch ihre äussere Lage eine sehr beklagenswerte. Meist aus dem unbemittelten und armen Teil der Bevölkerung bestehend — denn gerade die Besitzenden waren es, welche häufig zu Hause blieben — waren sie ohne eine ständige Besoldung und hinsichtlich ihrer Verpflegung (wenigstens in den Orten ausserhalb der beiden Festungen) auf sich selbst oder auf die Reichnisse der Ortsbewohner angewiesen. Nicht selten aber wurden sie von letzteren selbst als eine Last oder gar als eine Gefahr für Ruhe und Frieden angesehen. Daher bilden die Klagen des Ausschusses über seine kümmerliche Lage, andererseits aber die Beschwerden der Befehlshaber über Unfähigkeit und Unordnung, Ungehorsam und Desertion der Untergebenen eine stehende Rubrik in den Kriegsakten.

Schon am 23. Oktober klagen die Mannschaften des Centamts Forchheim und der Aemter Neideck, Senftenberg und Neunkirchen, dass sie seit 14 Tagen einquartiert, aber „mit teglicher noth-

¹⁾ Nach der uns vorliegenden „Specification, wohin der Ausschuss zu commandiren“, dato 27. Okt. (Bbg. Krgs.-A.) waren nach Forchheim bestimmt 2119 Mann, nach Kronach 1296 Mann, nach Lichtenfels 476 Mann, nach Kloster Banz c. 150 Mann, nach Zeil 515 Mann, nach Höchstadt 200 Mann, in die Aemter Burgebrach und Schönbrunn 233 Mann etc.

dürfftiger Leibsnahrung nicht versehen“, auch ihnen bisher nicht mehr als ein halber Gulden gereicht worden sei, worauf der Bischof dekretiert, dass jeder Mann noch einen weiteren halben Gulden ausgezahlt erhalten solle.¹⁾

Der zu Lichtenfels liegende Ausschuss wendet sich am 13. November an den Bischof mit der Beschwerde, dass er nunmehr 5 Wochen „in quardi vnd Wacht“ liege und noch keinen Pfennig erhalten habe; er bittet, dass er „wöchentlich mit einer leidentlichen Besoldung bedacht werde.“²⁾ — Der Prior zu Banz wünscht wiederholt die Wiederabführung des Ausschusses aus dem Kloster, da sie denselben „fast nicht mehr zu profiantieren wissen“³⁾ — ein Verlangen, dem zunächst nicht entsprochen wird. Dagegen bittet der Rat von Ebermannstadt, seinen Orts-Ausschuss, der in Forchheim liegt, wieder nach Hause zu entlassen, da der Ort von Egloffsteinischen Reitern bedroht werde.⁴⁾ — Der Höchstadter Ausschuss, der zuerst nach Zeil gelegt war, beginnt bald zu desertieren, und am 2. November erbitten Bürgermeister und Rat zum Schutz ihres Ortes auch die letzten in Zeil gebliebenen 50 Mann noch zurück.⁵⁾

Aus Bamberg selbst wird geklagt, dass bei der bewaffneten Bürgerschaft „je länger, je mehr gar geringer gehorsamb zu ver-spühren, daz auch die officianten gar geringen lust, ihnen ferner zu commandieren.“⁶⁾

Die grössten Schwierigkeiten aber zeigten sich in der Festung Kronach, wo der Ausschuss der nördlichen und östlichen Aemter des Stifts vereinigt lag.⁷⁾ Ringsum von aufgeregten protestantischen

¹⁾ Ausschuss und Landvolk der 4 Aemter etc. an d. Bisch. v. Bbg. v. 23. Okt. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Ausschuss der Stadt u. des Amts Lichtenfels an d. Bisch. v. Bbg. v. 13. Nov. (ibid.).

³⁾ Prior z. Banz an d. Bisch. v. Bbg. v. 21. Okt. u. 1. Nov. (ibid.).

⁴⁾ Bürgermstr. und Rat zu Ebermannstadt an d. Bisch. v. B. v. 3. Nov. (ibid.).

⁵⁾ Bürgermstr. und Rat z. Höchstadt an d. Bisch. v. 2. Nov. Bewilligung dieser Bitte vom 4. Nov. (ibid.).

⁶⁾ Oberschultheiss von Pappenheim dato Bamberg an d. Bisch. v. Bbg. v. 2. Nov. (ibid.).

⁷⁾ Nämlich von den Aemtern Kronach, Kupferberg, Teuschnitz, Burgkunststadt, Weismain, Waischenfeld, Niesten und Hollfeld,

Nachbarn, insbesondere von den Werbungen schwedischer Parteigänger umdroht, betrachtete der Ausschuss seine Abwesenheit von der Heimat als schweren Zwang, und es bedurfte der strengsten Mittel des energischen Statthalters, die Ordnung unter der Besatzung nur einigermaßen aufrecht zu erhalten. Schon am 9. November klagt der Statthalter, dass der Ausschuss sich sehr schwierig und rebellisch erweise, und dass „die Leute von hinnen laufen wollen, um das Ihrige daheimbs zu defendiren.“¹⁾ Bald lichteten sich die Reihen durch heimliche Flucht, so dass der Bischof ernstliche Warnung und Strafandrohung ergehen lassen musste.²⁾ Zwar war angeordnet worden, dass jedem Manne wöchentlich 3 fl Brot und 16 Kreuzer Löhnung gereicht werden solle; allein bezüglich der Löhnung erklärte der Statthalter, dass es ihm unmöglich sei, Zahlung zu leisten, „weiln bei hiesigen Gefellen nichts sonderlich herauszubringen, vnd was herausgebracht, zu den vilfeltigen Pau- vnd anderen Ausgaben nicht erklecklich.“³⁾ Bald kam es selbst zu offener Revolte, indem am 4. Dezember die Stadtsteinacher und Kupferberger Kompagnie sich ihren Offizieren widersetzte, ihren Fähndrich schwer misshandelte, die Fahne zerbrach und in geschlossener Reihe in ihre Heimat sich begab.⁴⁾

Einer solchen Verfassung der Land-Miliz gegenüber ist es erklärlich, dass der Bischof immer und immer wieder nach auswärtiger Hilfe ausblickte. Andererseits aber gebot ihm der Mangel an Mitteln zur Kriegsführung und die Furcht vor einer Ausbeutung seines erschöpften Stiftes durch eine zügellose Soldateska die grösste Zurückhaltung in der Annahme fremder Hilfstruppen. Dazu kam noch der bald mehr, bald weniger aufflackernde Schimmer von Hoffnung, mit dem Könige von Schweden vielleicht doch noch zu einem Akkord unter leidlichen Bedingungen zu gelangen. Aus allen diesen widerstreitenden Rücksichten ergab sich jenes eigentümliche, zaghafte Schwanken des Bischofs, das eine fremde Hilfe

¹⁾ Statthalter v. Kronach an d. Bisch. v. Bbg. v. 9. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bisch. v. Bbg. an Bürgermeister und Rat zu Weismain, mut. mutand. Waischenfeld und Hollfeld (ibid.).

³⁾ Statthalter z. Kronach an d. Bisch. v. Bbg. v. 22. Nov. (ibid.).

⁴⁾ Statthalter zu Kronach an d. Bisch. v. Bbg. v. 4. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

bald sehnlichst herbeiwünschte, bald wiederum mit allen Mitteln fern zu halten suchte — ein Verhalten, das am Hofe zu München erklärlicherweise Bedenken und Anstoss erregen musste. Dort war man überhaupt der Meinung, dass die Bistümer Frankens durch ihre reichen geistlichen Besitzungen und ihren Kirchenprunk den Feind angelockt, andererseits aber demselben bei seinem Einbruche nicht mannhaft genug widerstanden hätten,¹⁾ und als nun der Bischof von Bamberg der Ankündigung des so oft gewünschten Sukkurses aus der Oberpfalz am 4. November die Bitte entgegstellte, man möchte, um die Gefahr nicht noch ärger zu machen, mit demselben „bis auf weütters Anmelden noch etwas zurückh vnd alles in engster gehaim halten,“²⁾ als ferner die Gerüchte von einem bevorstehenden Akkord des Bamberger Bischofs mit dem Schwedenkönig auch nach München drangen, da erwachte am bayerischen Hofe das Misstrauen gegen diese separate Vergleichspolitik. Kurfürst Maximilian hielt es nunmehr für die höchste Zeit, sich der Festung Forchheim zu versichern. Am 11. November kamen 2 kurbayerische Kommissäre (der Oberstlieutenant Friedrich von Schletz und der Amberger Regiments-Sekretär Johann Bartholomäus Schäffer) in Forchheim an,³⁾ welche im Auftrage des Kurfürsten die schleunige Einnahme ligistischen Volkes in die Festung Forchheim erwirken sollten. Sie machten dem Bischofe die eindringlichsten Vorstellungen, dass die Uebergabe der Festung an die Schweden durchaus kein Mittel zum Frieden, sondern die Quelle schlimmsten Unglücks für das Bistum, wie für den ganzen katholischen Bund sein würde; sie warnten ihn vor den Netzen des Schwedenkönigs, hinter dessen zur Schau getragener Güte sich nur Bosheit und Arglist verberge, der nunmehr mit anscheinend gütlichen Mitteln erreichen wolle, was ihm durch die Gewalt der Waffen nicht möglich sei, nämlich den Ruin und Untergang des Stiftes. Deshalb solle sich der Bischof „alle rationes, vmbstend vnd Bedenken steif zu Gemüth vnd Herzen fassen, sich zur übergebung besagter Vestung Vorchheimb keineswegs verlaitten lassen,

¹⁾ Diese Meinung kommt bei der Audienz, welche die Bamberger Deputation behufs Aufnahme eines Anlehens am 2. Nov. in München hatte, unumwunden zum Ausdruck (Bericht d. Gesandten v. 2. Nov., Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ S. Kap. 6.; S. 81.).

³⁾ Ihr Creditiv dato München den 8. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

sondern vielmehr die erst jüngst begerte vnd von Sr. Churfürstl. Drchl. guetherzig vnd treumainend erpottene Hilff acceptirn vnd annemen.“¹⁾ — Noch wünschte der Bischof Aufschub seiner Resolution und eine Beratung mit dem Domkapitel; erst dem energischen und inständigen Drängen²⁾ der Kommissäre gelang es, dass sie bereits am 13. November mit einer zusagenden Antwort entlassen wurden. Wohl noch mehr als das Drängen der bayerischen Gesandten war in letzter Stunde für diese Zusage entscheidend, dass der nach Würzburg verschickte Kourier ohne Antwort in Forchheim wieder angelangt war. (S. o.) Denn jetzt glaubte der Bischof alle Brücken der Unterhandlung abgebrochen; jetzt schien es ihm nicht mehr geraten, die dargebotene Hand zurückzuweisen; jetzt erst gab er den Gesandten die Erklärung ab, dass er „bey solcher Beschaffenheit den von Ihrer Churfürstl. Durchl. offerirenden succurs im Namen Gottes auf gewisse Mass vnd condition, wie darüber mit dem Comendanten accordirt vnd sich in einem vnd dem andern eines gewissen verglichen werden solle, dankbarlich acceptire.“³⁾

¹⁾ Der churfürstl. bayer. Abgeordneten Anbringen beim Bisch. v. Bbg. zu Vorchheim v. 11. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Der Bischof schreibt selbst, dass die Abgeordneten „hart in vns gesetzt, vns vnseres Amts, Geschlechts vnd Standts erinnert, vnd fast souil Zeit nit zulassen wöllen, dz wir vns zuuorn mit vnserm Domkapitel vnderreden vnd vnser notturft bedenken mögen“ (Brief an Max v. Bayern v. 15. Nov.; Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Den churf. bayr. Gesandten erteilte Resolution dato Vorchheim d. 13. Nov. (Bbg. Krgs.-A.). — Dass die Rückkunft des nach Würzburg geschickten Kouriers u. das negative Resultat dieser Sendung die letzte Entscheidung in der Resolution vom 13. Nov. herbeiführte, beweist das uns vorliegende Concept derselben. Der Bischof hatte nämlich im ersten Entwurfe nochmals den Versuch gemacht, die Annahme der Hilfstruppen hinauszuschieben. Man glaubte es nämlich thunlicher vnd ratsamer, „dass Ire f. gn. ihrem einmahl von sich gegebenen wortt so weüt blaz vnd Statt geben khönten, dz sie of eruolgende fernere Tagsbenennung den tag nur beschickhen vnd den tractat . . . einer ablössung oder Abkhaußung der hostiliteten mit gewisser mas versuchen liessen, biss vnderdessen ohne Irer fürstl. gn. Zuthun vff der Catholischen seiten das glückh sich verbessern vnd das wesen in einen andern vnd sichern stand gerathen möchte.“ — — — Erst nachdem der bereits erwähnte Kourier zurückgekommen war, wurde der Schluss der Resolution vollständig abgeändert u. erhielt die oben angedeutete, vollends zusagende Form.

Noch bevor dieses zusagende Wort gesprochen war, befanden sich bereits die bayerischen Truppen von der Oberpfalz her auf dem Wege nach Forchheim. Am 13. November hatte der oberpfälzische Kommandant, Generalwachtmeister und Oberst Thimon von Lindtloh mit 2 Kompagnien Reitern und 2 Kompagnien zu Fuss schon in Pottenstein Quartier genommen und am 14. November abends langte er mit dieser Truppe zu Forchheim an. Während das Fussvolk sowie eine Kompagnie Reiter (im ganzen 800 Mann) in Forchheim verblieben, kehrte Lindtloh selbst in Begleitung der anderen Reiterkompagnie am 15. November wieder nach der Oberpfalz zurück.¹⁾

Es ist nach dem Vorausgegangenen erklärlich, dass diese schwache Besatzung der Festung die Beunruhigung des Bischofs nur noch erhöhte. In einem Schreiben an Maximilian suchte er demselben zunächst auseinander zu setzen, dass es mit den schwedischen Verhandlungen „einen andern verstandt vnd beschaffenheit“ gehabt, als Maximilian angenommen, dass es ihm nie in den Sinn gekommen wäre, die Festung Forchheim dem Feinde zu übergeben, dass er sich bei seiner gänzlichen Hilflosigkeit der Verhandlungen überhaupt nur zu seinem „Aufhalt“ habe bedienen müssen,²⁾ dass er aber jetzt durch das in Forchheim eingenommene Volk in desto grösserer Gefahr sich befinde, da die wenigen Soldaten kaum für Besetzung der Festung, noch weniger aber zur Verteidigung des Landes hinreichend seien.³⁾

Doch nach wenigen Tagen kam ganz ungerufen und unerwartet von anderer Seite beträchtliche Verstärkung; es waren Trümmer der Tillyschen Kriegs-Armada, welche zum dauernden Aufenthalt in der Festung Forchheim eintrafen.

Es dürfte gerechtfertigt sein, einen orientierenden Blick auf die jüngsten Geschicke dieses Tillyschen Heeres zu werfen.

¹⁾ Vergl. über diesen Marsch die Berichte des Pflegers zu Pottenstein v. 13. u. 16. Nov. (Bbg. Krgs.-A.); ferner: Berichte des Amtmanns v. Bayersdorf vom 4./14. u. 5./15. Nov., des Rittersekretärs zu Pretzfeld v. 4./14. Nov. u. des Kastners von Pegnitz v. 5./15. u. 6./16. Nov. (Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 169.).

²⁾ Und doch war in der Sitzung vom 6. Nov. die Eventualität einer Abtretung der Festung Forchheim in allen ihren Einzelheiten ins Auge gefasst worden! (S. o.).

³⁾ Bisch. v. Bbg. an Maximil. v. Bayern v. 15. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

Zwei Monate waren seit der Schlacht von Breitenfeld dahin gegangen. Die geschlagene Armee hatte seit dieser Zeit weite Gebiete Deutschlands durchzogen — es war mehr eine Irrfahrt, als ein irgendwie geordnetes Kriegsunternehmen. Nachdem Tilly, um seine aufgelösten Truppen zu sammeln und wiederum zu verstärken, sich zum Rückzug gegen die Weser gewendet hatte, war er auf die Nachricht von dem Marsche der Schweden gegen Franken ebenfalls nach Süden, und zwar nach Hessen aufgebrochen und hatte sich anfangs Oktober bei Fritzlar mit den Truppen, welche ihm Altringer, Fugger und Merode zuführten, vereinigt. Als Würzburg fiel, stand er noch im Stifte Fulda. Statt von hier direkt ins Würzburgische zu marschieren, zog er im Gefühl seiner Schwäche ausserhalb des Bereiches der schwedischen Waffen an der Westseite der Rhön entlang, um sich durch die vom Rhein heranziehende Armee des Herzogs Karl von Lothringen weiter zu verstärken. So vereinigte Tilly in der Nähe von Aschaffenburg eine der Zahl nach ganz ansehnliche Armee (40—50000 Mann), aber in welchem Zustande! Aufs äusserste heruntergekommen an Kleidung und Ausrüstung, hungernd und frierend, mit Krankheit und Seuchen behaftet, stets zu Meuterei und Desertion geneigt,¹⁾ — so bewegte sich die Armada, den Kampf mit dem Feinde ängstlich meidend, langsam an der Westgrenze des Würzburger Gebiets mainaufwärts bis Miltenberg, und als anfangs November 4 am weitesten gegen Würzburg vorgeschobene Regimenter durch den Schwedenkönig selbst angefallen und unter bedeutendem Verluste in die Flucht geschlagen wurden, erreichte Schrecken und Bestürzung einen geradezu gefährlichen Grad. — Die rheinischen Bischöfe, sowie der entflohene Bischof von Würzburg, die von der Ankunft Tillys eine Wiedereroberung Würzburgs und eine glückliche Wendung des Krieges erhofft hatten, sahen mit Befremden und Unwillen auf diese Passivität Tillys²⁾ und machten die Politik

¹⁾ Vergl. das überaus klägliche Schreiben Tilly's an Max v. Bayern dato Hochhausen den 3. Nov. (Theatr. Europ. II, 473); ferner: Schreiben Tilly's an den Bischof v. Würzburg dato Kielsheim d. 29. Okt. (Würzbg. Kreis-Arch.).

²⁾ Kurfürst von Mainz an Tilly, dato 26. Okt. (Theatr. Europ. II, 474). Bischof v. Würzburg dato Mainz an Tilly v. 1. Nov. (Würzb. Krs.-Arch.).

des bayerischen Kurfürsten dafür verantwortlich,¹⁾ in München aber wünschte man ausdrücklich, dass der Feldherr „seine Revanche bald haben möge“²⁾ und hoffte von Tag zu Tag auf einen Haupterfolg; in Wien war man „perplex über die geringen Fortschritte gegen die Schweden“ und verlangte Aufklärung dieser „saumbal und gefehrlichen procrastination.“³⁾ — Tilly aber hatte sich bereits am 3. November entschlossen, sein Heer der gefährlichen Nähe des Feindes ganz zu entziehen und zur Gewinnung von geeigneteren Winterquartieren „weiter heraufwärts“ (gegen Bayern) zu führen.⁴⁾ In Ausführung dieses Planes kam er am 7. November vor Rothenburg o/T. an, das er am 9. November der dort liegenden schwedischen Besatzung entriss. Zwei Tage darauf fiel auch Windsheim in die Hände des Feldmarschalls Pappenheim — es waren die ersten, freilich sehr leicht errungenen Kriegserfolge nach dem Schlage von Breitenfeld. Und nun breiteten die einigermassen ermutigten Scharen sich sengend und brennend, raubend und plündernd über das fränkische (insbesondere Ansbacher) Gebiet aus; im Aischgrund streiften Pappenheimische Reiter bis Neustadt a. d. Aisch, welches am 12. November geplündert wurde;⁵⁾ vom 13.—17. November erfolgten die vandalischen Zerstörungs- und Plünderungsszenen am Orte, an der Klosterkirche und der markgräflichen Begräbnisstätte zu Heilsbronn,⁶⁾ am 17. November wurde auch der nürnbergische

¹⁾ Vergl. die hierauf bezügliche „Defension wegen dessen, so von Chur-Mainz vnd Würzburg wider Ire Churf. Durchl. in Bayern etc. ausgesprengt worden“ (Geh. Staatsarchiv München, 30jähr. Krgs.-A. 427/1; abgedruckt mit Beilagen in Theatr. Europ. II, 465 ff.).

²⁾ Maximilian v. Bayern an Tilly v. 29. Sept. (Theatr. Europ. II., 470.). Die gegenteilige Bemerkung Khevenhillers, (XI., 1884) dass Maximilian von Bayern durch Ordinanzen Tilly von jedem Angriff abgehalten hätte, ist durch nichts gestützt und erscheint auch der ganzen Sachlage nach höchst unglaubwürdig.

³⁾ Kaiser Ferdinand an Tilly vom 13. Nov. (Geh. Staats.-Arch. München; 427/1.).

⁴⁾ Tilly an Maximilian dato 3. Nov. (Theatr. Europ. II., 473.).

⁵⁾ Bericht des Kastors von Herzogenauroach an d. Bisch. v. Bamberg v. 14. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

⁶⁾ Berichte des Verwalters und Kornschreibers zu Heilsbronn an den Markgrafen Christian v. 24. Nov. (4. Dez.). Brdberg. Krgs.-A., Fasz. 172). — Vergl. ausserdem Graf Stillfried, Kloster Heilsbronn, S. 78 ff. — G. Muck, Gesch. v. Kl. Heilsbronn III, 53 ff.

Ort Lichtenau eingenommen und besetzt,¹⁾ am 20. November befand sich das Tillysche Hauptquartier bereits in Ansbach.

Unterdessen hatte Maximilian von Bayern, der diese südwärts gerichtete Bewegung der Armada mit Besorgnis vernommen hatte, an Tilly die Weisung ergehen lassen, den Marsch gegen die Donau einzustellen, „weil Gott Lob die Gefahr heroben so gross nit, dass man seiner vonnöten.“ Dagegen sollte er sich mehr an der Seite des Feindes halten, um womöglich weitere Fortschritte desselben abzuschneiden und „ihm endlich gar auf den Hals zu kommen.“ Insbesondere aber gab er den Befehl „sich der Festung Forchheim zu versichern und sie mit Volk zu versorgen, ehe der Feind sich weiter ausbreite und sich derselben bemächtige.“²⁾

Mit besonderer Befriedigung mochte diese Anordnung von dem Feldmarschall Pappenheim vernommen werden, welcher überhaupt ein Gegner der von Tilly eingeschlagenen Rückzugsbewegung war, welcher vielmehr dafür hielt, dass man „einen posto vnt pass am Mayn suche“ oder doch wenigstens „Nürnberg, fontem mali“ zum Gehorsam bringe.³⁾ Die von Maximilian angeordnete Besetzung Forchheims führte nun zwar nicht direkt zum „posto am Mayn“, auch nicht nach Nürnberg, wohl aber in die Nähe dieser Ziele. Auch für Tilly mochte der Befehl des Bundesobersten eine nicht unwillkommene Gelegenheit sein, einige Regimenter seiner notleidenden Truppen mit einem Standquartier für den Winter zu versorgen.

So brach denn Pappenheim mit dem Infanterieregiment des Obersten Johann Wolff von Salis und dem Reiterregiment des Obersten Raimund de Spagne schleunigst nach Forchheim auf. In der Nacht vom 19. auf den 20. November passierte er Cadolzburg, ohne Quartier zu nehmen und am 20. November zog er das linke Regnitzufer zwischen Fürth und Forchheim entlang. Am

¹⁾ Murr, Beiträge z. Gesch. d. 30j. Kr., S. 42.

²⁾ „Memorials-Punkten“ für den zu Tilly entsendeten Kriegsrat Adam Ernst von Hagsdorff (Theatr. Europ. II, 473). — Die Sendung fand Mitte Novbr. statt.

³⁾ Pappenheim an Maximil. v. Bayern dato Windsheim 11. Nov.; gedruckt in den Kriegsschriften, herausgeg. v. baier. Offizieren II, 122; vergl. auch Donaubauer, S. 53.

Abend desselben Tages gelangte er mit dem grössten Teile seiner Truppen in der Festung Forchheim, während ein anderer Teil vorläufig in der Umgebung einquartiert wurde. Nach 2tägigem Aufenthalte zu Forchheim begab sich der Feldmarschall am 23. November wieder zur Tilly'schen Hauptarmee zurück, welche unterdessen über Ansbach hinaus bis Gunzenhausen vorgerückt war.¹⁾

¹⁾ Ueber den Pappenheim'schen An- und Rückmarsch von Forchheim vergl. Berichte des Bayreuther Kanzlers Feilitzsch dato Nürnberg v. 10./20. Nov., und des Kastners v. Bayersdorf v. 11./21. u. 15./25. Nov.; sämtl. an Markgrafen Christian. (Brdbg. Krgs.-A.). — Auf der Rückreise wurde P. im Vorüberziehen von der Nürnberger Kavallerie attackiert, ohne Schaden zu nehmen. Brief Pappenheims an Max. v. Bayern dato Schwabach d. 25. Nov., abgedr. in Röckl, Quellenbeiträge z. Gesch. d. kriegerisch. Thätigkeit Pappenh., S. 7, auch: Kriegsschriften herausgeg. von baier Offizieren II., 123.

9. Kapitel.

Das Höchstift unter kaiserlich-ligistischer Besatzung.

Das in Forchheim neu angekommene Kriegsvolk bestand — von dem zahlreichen Trosse abgesehen — aus 1800 Fusssoldaten und ca. 1300 Reitern¹⁾ — einer Zahl, gross genug, um mit den bereits anwesenden kurbayerischen Kompagnien und dem einige hundert Mann starken Land-Ausschuss das enge Städtchen und dessen nächste Umgebung dicht zu füllen und dem bisher ziemlich ruhigen Orte das Gepräge eines belebten Kriegslagers zu verleihen. Als jedoch wenige Tage nach ihrer Ankunft der dem Kloster Michaelsberg zugehörige Ort Rattelsdorf von Weimarischen Reitern überfallen und geplündert und die Stadt Bamberg dadurch bedroht wurde, brach Raimund de Spagne mit 5 Kompagnien seines Reiterregiments nebst 500 Mann Fussvolk am 23. November schleunigst nach Bamberg auf und verlegte sein Standquartier in die Residenzstadt, wodurch es ermöglicht wurde, zu Forchheim sämtliches Fussvolk in die Festung aufzunehmen.²⁾ Auf den Wunsch des Statthalters von Kronach wurde bald darauf eine Abteilung Dragoner (ca. 70 Mann) von Bamberg in die Festung zu Kronach gelegt.

Den beiden Regimentsobersten Salis und de Spagne wurde von Pappenheim eine Instruktion zurückgelassen, welche ihnen zur Pflicht machte, die Festung Forchheim nach besten Kräften zu verwahren und zu schützen, dabei scharfes Regiment und gute Disziplin zu halten und dem Bischofe allen schuldigen Respekt zu erweisen. Sie sollten sich ferner die weitere Befestigung des

¹⁾ „Verzeichnis dess zu Vorchheimb einkhommenten Kriegsvolks“ 1631, ohne weiteres Datum (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bischof v. Bbg. an den Feldmarschall Graf v. Pappenheim v. 23. Nov. (ibid.).

Platzes und die Verstärkung der Garnison durch neue Werbungen angelegen sein lassen, durch Aussendung von Rekognoszierungstruppen das Verhalten des Feindes beobachten, insbesondere aber auf die „ungetreuen Rebellischen vom Adel“ fleissige Aufsicht haben. Ihren Unterhalt sollten sie „bei den Rebellischen vom Adel vnd andern, die sich mit dem Feindte wohl begeben, suchen, selbige in Contribution setzen vnd schätzen, doch dergestalt verfahren, dass nit alles vf einmahl ruinirt, sondern die Guarnison davon erhalten werden möchte.“¹⁾

Trotz der ausdrücklichen Betonung und Versicherung, dass es lediglich darauf abgesehen sei, das „allgemeine Wesen vnd sonderlich dass Stiefft Bamberg zu conserviren vnd zu defendiren,“ trug der Bischof keinen Gefallen an diesen ungebetenen Gästen. Durch ihren Einbruch in das Stift fühlte er sich der bisherigen Freiheit seiner Entschliessungen beraubt; er war mit einemmale aus seiner Unterhandlungspolitik herausgerissen worden und erblickte nur noch einen Weg vor sich: offenen Krieg mit den Schweden. Statt der erwünschten Beruhigung sah er nunmehr für das Stift nur umso grössere Unruhe und Verwirrung voraus.

Nach verschiedenen Seiten hin dringen daher in vertraulicher Weise die Klagen des Bischofs, „dass vnss eine starkhe Anzahl Kayserischen Kriegsvolkhs vnuersehener Ding vnd wider vnsern willen in das Stifft eingebrochen, die wöllen nichts weniger in dem Vnsserigen Herr vnd Maister sein, also daz wir letzlichen anderen gar werden in die Hendt sehen vnd das vnsserige überlassen müssen etc.“²⁾

¹⁾ „Instruction, wornach sich beede Hern Obersten v. Salis vnd Mr. de Spagnie etc. zu richten“ etc. — unterzeichnet: Papenheimb 1631 (ohne weiteres Datum). — Bbg. Krgs.-A.

²⁾ Bisch. v. Bbg. an den Abt von Banz v. 24. Nov. (Bbg. Krgs.-A.). — In ganz ähnlicher Weise schreibt der Bisch. am 22. Nov. an den Markgrafen Christian: „dass vnss eine Anzahl Kayserischen Kriegsvolkhs vnuersehener Ding übern Halss khommen vnd vns bereits mit scharpfen vorbildt- vnd erinnerungen so weüt getrieben, dass nacher besagtem Würzburg abzuordnen vnd den bestimbten tag zu besuchen, nicht mehr in vnsern mächten bestehen will, wir vns auch einer noch sterkhern überlag zu ihrem vortel, wie in dergleichen Fellen von den kriegenden Theillen gemeiniglich geschicht, zu beförchten haben vnd mit vnserm schaden vns darein ergeben, auch solcher gestalt nicht mehr Herr in den vnsserigen

Auch die Qualität des Volkes erweckte wenig Vertrauen. Es war eine aus verschiedenen Regimentsresten, teils kaiserlicher, teils ligistischer Provenienz zusammengelesene, durch die Not des Krieges physisch und moralisch herabgekommene Menge, welche, begleitet von einem abenteuerlichen Trosse von Knechten und Weibspersonen, Pferden und Kriegsgeräten, den Wallensteinschen Grundsatz von der freien Soldatenbeute an den durch eine ergiebige Ernte wohlgefüllten Scheunen, Kellern und Vorratskammern des Stiftes zur schrecklichen Anwendung brachte.

Der Pappenheimischen Instruktion gemäss wurden zunächst die Güter des Adels die Angriffspunkte ihrer Raublust. Schon am 25. November machten die de Spagne'schen Reiter von Bamberg aus einen Ausfall nach dem nur zwei Stunden entfernten Buttenheim und plünderten das sogen. „untere Schloss“, eine Besitzung des Hans Veit Stibar. Alle Thüren, Truhen und Kasten wurden gewaltsam erbrochen, etwa 1000 Simren an Getreid und Körnerfrüchten und an 200 Eimer Wein mit hinweggeführt. Alle Kupfer-, Zinn- und Messinggeräte, Weisszeug und Betten wurden eine Beute der Räuber. Auch die Ställe wurden ausgeraubt; über 60 Stück des schönsten Schweizer Rindviehs, 24 Stück Schweine, 50 Stück Schafe und Lämmer nebst sämtlichem Federvieh wanderten nach Bamberg, wo der Raub um ein billiges Geld an die Metzger verkauft wurde; 5 Fahrwägen und sämtliche Waffen des Schlosses wurden ebenfalls nach Bamberg geschafft; selbst die Glocken der Schlossuhr wurden abgebrochen und mit fortgeschleppt. Das noch ungedroschene Getreide musste unter Bewachung von 50 Musketieren in 2 Scheunen von je 6 Dreschern an Ort und Stelle ausgedroschen werden; die Speisekammern wurden ihrer sämtlichen Vorräte beraubt, so dass, wie unser Bericht sich ausdrückt, „auch nit ein geringer, schlechter, wöll geschweigen ein Edelmann für sich nit allein kein Suppen köndte salzen oder schmalzen, sondern auch kein bissen Brodt backen lassen.“ — Der Stibar'sche Vogt, welcher sich den Eindringlingen widersetzte, wurde in Ketten geschlossen als Gefangener nach Bamberg geführt.¹⁾

sein sollen, sondern ihres gefallens leben müssen, dadurch wir ebensowol ruinirt vnd in jegliches verderben gesetzt werden (Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 174).

¹⁾ Nach einer ausführlichen „Anzeig wegen vorgangener plünderung des adelich vntern Ansitz od. Schlosses zu Puttenheim“ (Bbg. Krgs.-A.).

Am 27. November fiel ferner eine Abteilung des de Spagne-
schen Volkes in den Stammsitz der Witwe Barbara von Giech,
Schloss Brunn (bei Pegnitz), und verursachte einen Schaden, den
die Beraubte selbst auf 3000 fl berechnet.¹⁾

Am 11. Dezember beschwerte sich der Herzog Ernst von
Sachsen bei dem Bischofe über die vielfachen Ausfälle des Volkes
gegen den evangelischen Adel und dass namentlich das Gut des
in schwedischen Diensten stehenden Hans Eyrich von Münster zu
Lisberg durch das Bamberger Volk geplündert, alles Getreide, Vieh,
Hausrat etc. hinweggenommen und der Raub in Bamberg verkauft
worden sei.²⁾ —

Ebenso schwärmte das Forchheimer Volk nach allen Richtungen
aus. In der Nacht vom 28. auf den 29. November überfiel eine
Soldatenschar von Forchheim das dem Wolf Dietrich von Zetwitz
gehörige Schloss von Mittelweilersbach (zwischen Forchheim und
Streitberg) und führte 50—60 Wagen an Getreid, Wein, Bier und
Hausrat, sowie alles Rindvieh nach Forchheim.³⁾ Selbst die als
Schutzwachen einzelner Ortschaften bestellten kleinen Detachements
plünderten benachbarte adelige oder Nürnberger Besitzungen.⁴⁾

Aber — wie vorauszusehen — nicht bloss die Besitzungen
der „Rebellen vom Adel,“ sondern nicht minder die der loyalen
bambergischen Unterthanen selbst hatten durch die Zügellosigkeit
der Soldateska aufs bitterste zu leiden. Anfangs Dezember wurde
z. B. das dem Bamberger Landrichter Julius von Streitberg gehörige
Schloss Trabelsdorf samt den Dörfern Kolmsdorf und Feigendorf
von Bamberg aus geplündert und namentlich die prächtige Rüst-
kammer des Schlosses vollständig ausgeraubt.⁵⁾ — Der gewaltthätige

¹⁾ Barbara von Giech, geb. v. Schaumburg an d. Bisch. v. Bbg. v.
24. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Herzog Ernst v. Sachsen an d. Bisch. v. Bbg. dato Hassfurt
1./11. Dez. (ibid.).

³⁾ Beamte z. Streitberg an Markgraf Christian v. 19./29. Nov.
(Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 169.).

⁴⁾ Vergl. u. a. die Klagen des Nürnberger Rats an d. Bisch. v. Bbg.
d. d. 17./27. Dez. über die zu Uttenreuth bestellte Salva guardia, welche
in Siglitzhof, Bubenreuth, Pommer etc. einfällt, plündert, das Vieh hinweg-
treibt etc. (Bbg. Krgs.-A.).

⁵⁾ Landrichter Julius v. Streitberg an Bisch. v. Bbg. dato Greifen-
stein 7. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

Reiteroberst de Spagne selbst hatte sich mit seinem Stabe zu Bamberg im Wirtshause „zum Grosskopf“ einquartiert, speiste hier täglich an 6 Tischen, forderte die leckersten Speisen und Getränke, veranstaltete Einladungen, Gastereien und Gelage, — alles ohne Entschädigung des Wirtes, der ob dieser Anmassung fast zur Verzweiflung getrieben wird.¹⁾ Dem Beispiele des Führers folgten die Soldaten, welche in der Stadt Bamberg sich eigenmächtig einquartierten, die Quartiere beliebig wechselten und die Bürger durch ihre anmassenden Forderungen bedrängten und quälten.²⁾

18.1.32 Und wie aus Bamberg, so kamen auch aus Forchheim die Klagen der Einwohner, dass die Soldaten sich mit dem „gewöhnlichen servis durchaus nicht ersettigen lassen, dass sie fast die ganze Nacht durch vnd durch zu ihrem sehr ohnmessigen Spihlen sich voltrinkhen vnd ohnweessen bis an den hellen Tag, . . . item alle vnd jeder insonderheit aigne Böth (Betten) haben wollen, deswegen dan sie die Bürger seer übell halten vnd traktiren, ja gar ihre, auch das armselige Ehebetlein, mit gewalt abnemen vnd zu sich ziehen,“ dass viele nachts „bis zum hellen Tag vf den gassen vmbstreinen, inmassen vil Städel, Keller vnd Vischgruben erbrochen, Vych, Wein, Getraidt vnd allerhandt wharen entwhendtet werden.“³⁾

Der Bischof ist durch das Verhalten dieser „Hilfstruppen“ auf das höchste entrüstet; aber alle seine Rufe nach Aenderung verhallen erfolglos. Mehr als einmal stellt er zur Abminderung des Fouragebedürfnisses die Forderung nach „Reformierung der Bagage,“ nämlich „dass alle übrige Pferdts vnd Essel, alss auch das übermässige Gesindt, Knechte, Mägte, s. v. Huren, auch weiber, die ihre Man beim Regiment nit haben, vnuerlengt auss der Statt geschafft werden möchten;“⁴⁾ — es wird eine Reform zugesagt, aber es bleibt beim Versprechen; zu wiederholtenmalen dringt er

¹⁾ vergl. die Klagen des Gastgebers Philipp Rehe an d. Bamberger Kammermeister zu Forchheim v. 10. Dez. (Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 171).

²⁾ Oberschultheiss von Pappenheim an d. Bisch. v. Bbg. v. 4. Dez. — Bürgermeister und Rat v. Bamberg an d. Bisch. v. 12. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Vndertheniges Memorial, pit vnd Erinnerung“ etc. vom Bürgermeister und Rat zu Forchheim an d. Bisch. v. Bbg. praes. 18. Jan. 1632 (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Vergl. „Ordinanz für das Salis'sche Regiment z. Vorchheim“ v. 29. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

bei den Obersten selbst auf Einstellung der Plünderungen und Restitution des Geraubten, allein er predigt tauben Ohren.

Am 5. Dezember fasst der Bischof seine Beschwerden über die Soldaten-Excesse in Bamberg in einem längeren Schreiben an die kurfürstlich-bayerische Regierung zu Amberg zusammen. Er beklagt sich, wie der Oberst de Spagne und seine Reiterei „in der Hauptstadt, dahin sie zu Beschützung der vnsrigen verlegt worden, dermassen übel haussen, daz sie vnssere Burger vnd Angehörigen daselbst, wann nit andere vermittlung geschicht, ganz vnd gar zu grundt ruiniren vnd verderben werden; dann sie nit allein albereit fast alle dero vom Adel vnd anderer vmbliegende Heüßer aussgeblindert, die daraus erhobenen fruchten vnüz verösset vnd vns dardurch bey vor hin vfn Hals habenden vielen vnd starkhen feindten erst noch grössere verhassung zugezogen, Sondern auch allenthalben in der Statt selbs Herren sein vnd teglich vollauff von den vnsserigen haben wollen, wie sie dann ohne vnderschiedt, auch sogar bey vnsern Räthen, die teglich in den sachen bemüth sein, ihres gefallens die Quartier machen, in die Getraidtböden, Scheuren vnd Kheller fallen, frucht, getrankh vnd fütterung nach ihrem willen herausnehmen, überflüssig verbrauchen vnd mitt allerhandt dergleichen Thettlichkeiten gegen vnssern Leuthen vnd burgern verfahren, sogar vnsserer aigenen vnd vnsserer Domcapitularen Höffe, Clösster vnd anderer Geistlichen Heüßer nit verschonen; dadurch würdtet aller vorrath an wein, getraidt vnd Fueter ganz aufgezehrt vnd verthun, inmassen sie auch denjenigen Nürnbergischen weinhendtlern, so ihren wein in starkher anzahl zu Bamberg ligen haben, die Keller erbrochen vnd den Aimer, so sonst vmb 10 fl nit feil, vmb 3 fl hingeben vnd verkhauffen, davon sie sich auch vff berait zum öfftern beschehenes verwahrnen vnd abmahnen durchaus nit abweissen lassen, Sondern es nur je lenger je ärger machen, Welches vns auch bey der Statt Nürnberg, die noch zu kheinem Feinde erkhert, vnd mit denen die vnsserigen der Handtierung nit entrathen khönnen, grosse verbiterung vnerschuldter Ding causiren würdet. Derntwegen wir nach bissher getragner geduldt nit fürüber khönnen, vns dessen bey euch zu beschwehren, wolln wir anderst die vnssrigen nit vollents gar ruiniren vnd zu boden richten lassen.“ — Schliesslich bittet der Bischof, die Regierung möge dahin vermitteln, dass der Oberst

„mit seinem so vnbedingen gesindt“ entweder wieder abgefordert oder ihm diese Excesse ernstlich verwiesen werden.¹⁾

Aber nicht bloss die im Stift quartierenden, sondern auch die zu dieser Zeit ausserhalb der Bamberger Grenzen sich bewegenden Truppenkörper der kaiserlich - ligistischen „Bundesgenossen“ verursachten dem Bischof manche Sorge. Am 29. November war Tilly mit seiner gesamten Armada vor Nürnberg erschienen, um die Reichsstadt zu belagern und sie wegen ihrer Hinneigung zum Schwedenkönige zu züchtigen.²⁾ Die verwilderte Soldateska, die sich sogleich nach allen Seiten hin plündernd verbreitete und überall auf das Unmenschlichste hauste, achtete auch der Bamberger Grenzpfähle nicht, sondern brach an mehr als einem Punkte in die benachbarten bambergischen Aemter ein. Am 30. November überfiel in aller Frühe ein Trupp Tillyscher Reiter, grossenteils Kroaten, das fürstlich bambergische Amtshaus zu Marolfstein, raubte hier Pferde und Wagen, die gesamte Barschaft, das Geschmeide und die Waffen des Amtmanns und führte Vieh und Vorräte mit hinweg. Der Amtmann Friedrich Wilhelm von Guttenberg wurde zur Flucht gezwungen und spezifizierte seinen Schaden auf 4014 fl.³⁾ Und als nun vor Nürnberg die kaiserlichen Truppenteile von den Tilyschen sich trennten und unter Gallas gegen die Oberpfalz nach Böhmen zu marschierten, wurden die bambergischen Grenzämter, denen entlang der Marsch sich bewegte, ganz wie feindliche Gebiete behandelt. Der Bischof klagt bei Tilly, dass „von deme in die Cron Beheimb marschierenden Keysserischem Volkh in die Tausent sich zusammengeschlagene Reiter allernechst von hier in vnserre Embter Neunkirchen, Marolfstein vnd Regensburg mit ganzen gewalt eingefallen, dieselben ganz durchaus spoliirt, sogar der Gottsheusser, darinnen der Sacrarien, Ciborien vnd consecrirten Hostien nitt verschont, vns vnd vnseren vnderthanen Pferdt, Vihe, Frücht vnd fast alle mobilien entführt, was sie nit mitbringen khönnen, verwüstet, in den Heussern alle Thüren,

¹⁾ Bisch. v. Bbg. an die kurfürstl. Regierg. z. Amberg v. 5. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Vergl. Donaubauer, Nürnberg. etc., S. 62—73.

³⁾ Amtmann von Marolfstein an d. Bisch. v. B., dato 10. und 30. Dez. — Spezifikation über die Plünderung zu Marolfstein v. 10. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

Kästen, Fenster vnd Ofen zerschlagen, zerhiben vnd zunichten gemacht vnd ärger als khein Feindt gehausset.“¹⁾

An die Grenzämter Leyenfels und Pottenstein, Neuhaus und Vilseck wurden bei diesem Vorüberzuge durch den kaiserlichen Generalproviantmeister Andreas Liebhold schier unerschwingliche Proviantforderungen gestellt; für den Fall der Verweigerung wurden sie mit Zwangseinquartierung bedroht. Trotz ihrer Lieferungen aber wurden die fürstlichen Hammergüter Altenweiher und Neuhaus durch die Soldaten des Obersten Isolani vollständig ausgeplündert.²⁾

Die Annäherung Tillys durch seinen Zug vor Nürnberg gab dem Bischofe von Bamberg übrigens die erwünschte Gelegenheit zu einem persönlichen Besuche im ligistischen Hauptquartier. Am 1. Dezember verliess er Forchheim, gelangte noch an demselben bei Tilly an und besprach sich mit demselben — wahrscheinlich in dessen Quartier zu Reichelsdorf (zwischen Nürnberg und Schwabach). Wir sind über den Zweck dieser Reise und über die geführten Verhandlungen nicht genügend unterrichtet, so viel aber ist sicher, dass die Einquartierungsangelegenheit und das exzessive Verhalten der Truppen im Stifte einen Hauptgegenstand der Besprechung bildeten.³⁾ — Tilly missbilligte diese Ausschreitungen,⁴⁾ verwies aber den Bischof auf eine unterdessen von

¹⁾ Bisch. v. Bbg. an Tilly d. dato 11. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Der Proviantmeister forderte von Leyenfels und Pottenstein, unverzüglich nach Hersbruck zu liefern: 10000 Laib Brot à 3 ℓ ., 300 Eimer Bier, 200 Malter Haber, 10 Kälber, 12 Stück Rinder, 70 Hühner, 5 Schock Eier, 3 Ctr. Schmalz, 1 Ctr. Fische. — Die gleiche Forderung wird ans Amt Neuhaus gerichtet. — Vilseck sollte liefern: 3000 Laib Brot à 3 ℓ ., 200 Eimer Bier, 400 Malter Haber, 6 Kälber, 10 Hammel, 2 Schock Eier, 40 Hühner, 30 gute Gänse, 2 Ctr. Schmalz, „etliche Ctr.“ Karpfen und Hechte. Auf grund eines Vergleiches wurden aus dem Amte Vilseck bis 9. Dez. wirklich abgeliefert 164 Rchsthlr. als Geschenk für die beiden Proviantkommissäre und den Generalproviantmeister, sodann 1333 Brote à 3 ℓ ., 58 Eimer Bier, 4 Ctr. Karpfen, 2 Kälber, 23 Hühner, 2 Truthähne, 1 Ctr. Schmalz, 3 Schock Eier. (Amtsberichte vom 2., 3., 8. und 9. Dez. in den Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Die Reise des Bischof fand vom 1.—4. Dez. statt. Auf der Rückreise befand sich der Bischof am 3. Dez. in Herzogenaurach. (Nach Briefdatierungen.).

⁴⁾ Tilly an den Obersten v. Salis d. d. Reichertsdorf d. 2. Dez (Bbg. Krgs.-A.).

ihm erlassene „Verpflegsordinanz“, nach welcher alle in den Winterquartieren liegenden Bundestruppen von den einzelnen Ständen unterhalten werden sollten — eine Verordnung, welche die den Soldaten gebührenden Reichnisse, nach den einzelnen Chargen abgestuft, genau normierte, den Quartiergebern aber nicht unbedeutende Opfer an Naturalleistungen und Geld auferlegte.¹⁾

Wollte der Bischof dieser Verfügung nachkommen, wollte er anders den von zügellosem Zufall geleiteten Kontributionen in seinem Hochstifte wirklich ein Ende machen, so sah er sich vor die Notwendigkeit gestellt, tiefer in den Staatssäckel zu greifen. Auf den 13. Dezember berief er die Landstände nach Forchheim zu einer Beratung über diese finanziellen Bedürfnisse. Da die Kassen leer waren, mussten neue Geldquellen aufgesucht werden. Man fand sie in einer ausserordentlichen „monatlichen Contribution“ von 20 Kreuzer aus 100 fl. Vermögen, sowie in besonderen Anlehen, welche von dem Domkapitel, von den Nebentiftern, Klöstern und Geistlichen, von den Bamberger Immunitäten und verschiedenen vornehmen Privatpersonen in der Stadt und auf dem Lande begehrt werden sollten.²⁾

Jetzt erst konnte der Bischof daran gehen, sich mit den beiden Obersten auf eine Zahlung für den Unterhalt der Truppen zu vergleichen. Am 23. Dezember liess er dem Oberst Salis eine „Capitulation“ überreichen, wonach dieser für sich und seinen „Staat“ monatlich 1000 fl., für seine Kapitäne 3600 fl. nebst dem „ordinanzmässigen Servis“ erhalten sollte; die Soldaten da-

¹⁾ „Verpflegsordinanz, wie vnd auch wass gestalt vnd weiss Ihrer Röm. Kays. May. vnd des löblichen Cathol. Bundts Kriegsvolkh zu Ross vnd Fuess bey den löblichen Stendten in dem Röm. Reich vf. ein Zeit lang vnd biss zu anderwertlicher besserer verordnung solle vnterhalten werden — — — dato Gunzenhausen d. 24. Nov. 1631 (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Vergl. „Extract Manuals über alles Einnehmen und aussgeben sowohl dess Darlehen als monatlicher Contribution, nemblichen von 100 fl. vermögens 20 Kr., so die Herrn Landtständte den 13. Dez. a^o 1631 zur Besoldt- vnd erhaltung der zu Beschützung des Stifts Bamberg, von der Kayserl. Armee anhero verordtenten Soldatesca. z. Ross vnd Fuss zu Vorchheimb bewilligt beschlossen haben“. (Bbg. Krgs.-A.) — Dasselbe enthält allerdings bloss die Einnahmen aus „Darlehen“, welche bis Ende Januar 1632 eingegangen waren und sich auf die Gesamtsumme von 15358 fl. 17 Kr. beliefen.

gegen sollten nach der „Tillyschen Ordinanzen“ mit Proviant, Getränk, bezw. Geld „traktirt“ werden. Hieran war die Bedingung geknüpft, dass alle Exaktionen, Pressuren und Plünderungen der Soldaten eingestellt würden.¹⁾

Salis war mit diesem Angebot nicht zufrieden; er verlangte für seine Offiziere wenigstens 3000 Reichsthlr. monatlich, und, verletzt durch die vom Bischof gestellte weitere Forderung, dass er behufs Regelung der Soldatenverpflegung eine genaue Liste des Effektivbestandes seines Regiments übergeben müsse, verweigerte er weitere Aufschlüsse, indem er auf einen bereits früher überreichten „summarischen Extract seiner Soldatesca“ verwies.²⁾ Der Bischof sah sich genötigt, um der unerquicklichen Differenz ein Ende zu machen, den Sold (incl. der Verpflegungsgelder der Soldaten) in der von Salis beanspruchten Höhe auszahlen zu lassen.³⁾ Im Laufe eines Monats zahlte er an den Obersten 12 000 fl. — Mit dem Obersten de Spagne wurde auf 14 000 fl. monatlich „neben dem Servis“ akkordiert.⁴⁾

Von diesen Summen fiel freilich ein erklecklicher Teil in die Tasche der Regiments-Obersten;⁵⁾ der eigentliche Zweck des Akkords aber, nämlich die Herstellung eines friedlichen Einvernehmens zwischen den Quartiergebern und ihren Gästen wurde nicht erreicht. Die Soldaten gaben durch ihre gewohnten eigenmächtigen Forderungen nach wie vor viel Anlass zur Klage, ja in Bamberg wurde ein bischöfliches Edikt, welches das „Ausreiten“ und Plündern allgemein untersagte, von den Soldaten unter Flüchen und Verwünschungen auf den Bischof von den Mauern abgerissen.⁶⁾ Zwischen dem Bischofe und den beiden Obersten aber kam es auch nach der Vereinbarung (die zunächst nur auf ein Monat

¹⁾ Kapitulation mit dem Obristen von Salis d. dato 20. Dez. 1631 (Münchener R.-Arch. 30jähr. Kr.-A. Tom. 64, fol. 448).

²⁾ Rat Dr. Einwag und Landrentmeister Gg. Schellenbauer an d. Bisch. v. Bbg. v. 24. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Bisch. v. Bbg. an Dr. Einwag u. G. Schellenbauer dato 24. Dez. (ibid.).

⁴⁾ Interimsaccord mit Oberst de Spagne v. 20. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

⁵⁾ Der Bamberger Kammersekretär behauptete, dass dem Oberst de Spagne „nit vil weniger dann 4000 fl. monatlich in Händen bliebe.“ Brief an d. Bisch. v. 3. Febr. 1632 (Bbg. Krgs.-A.).

⁶⁾ Sekretär Beringer an d. Bisch. v. Bbg. dato Bbg. 10. Jan. (Bbg. Krgs.-A.).

geschlossen war) sowohl wegen der Zahlungstermine, als auch wegen der Höhe der Zahlungen zu fortgesetzten Differenzen. —

Zur Beseitigung der schreiendsten Missstände im Heere und zur Erlangung einer bisher beharrlich verweigerten authentischen Musterrolle desselben hatte der Bischof sich am 24. Dezember nach München gewendet und von Maximilian einen Musterungskommissär erbeten. Der Bundesoberst schickte den Kommissär Christoph Umbseher, welcher am 12. Januar in Forchheim anlangte und vom 13.—15. Januar unter Zuziehung bischöflicher Räte eine Musterung der Regimenter vornahm.¹⁾ Dieselbe ergab für Forchheim eine anwesende Besatzung von 2014 geworbenen Soldaten und 244 Mann Landes-Ausschuss. Dazu kam aber noch ein Tross von nicht weniger als 916 „Weibern“, 521 Kindern, 560 Pferden und 124 Stück Rindvieh und Eseln.²⁾ — Eine Zusammenstellung der kaiserlich ligistischen Besatzung zu Forchheim und Bamberg zeigt folgende Bestandziffern.³⁾

Salis' Regiment: Tillys Leibkompagnie	136	Mann
des Obersten Salis' Comp. . . .	170	„
des Oberstwachmeisters Comp. . . .	176	„
Hauptmann Holz' Comp. . . .	172	„
„ Minners Comp. . . .	155	„
„ Lüttinghausen Comp. . . .	191	„
„ de Puickh Comp. . . .	137	„
Kapitänlieutenant Schönfeld's		
Comp.	149	„
	Sa. 1286 Mann	
Dazu Commargisches Volk (2 Comp.)	501	„
Elssenheimische u. Leoprechtingische		
Comp. (aus der Oberpfalz) . . .	505	„
	Sa. der Soldateska zu Fuss 2292 Mann	

¹⁾ „Protokoll, was mit dem churbayr. Muster-Commissario Christoph Umbseher gehandelt“, dato 13. Jan. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ „Extract vnd summar. Auszug deren jetzmalen zu Vorchheim liegenden Soldatesca . . . nach lauth deren in die 4 Viertel der Statt gemachte Ausstheilung der 403 Heusser . . . dato 15. Jan. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ „Verzeichnus, was sich den 14. und 15. Jan. Ao. 1632 in ver-
richter Musterung zu Bamberg vnd Vorchheim an Fussvolkh vnd Reitern
befindten.“ (Bbg. Krgs.-A.).

de Spagne's Reiterregiment:

Des Oberst Leibkompagnie	.	.	121	Pferd
Des Oberstlieutenants Comp.	.		100	„
Rittmeister Billuards Comp.	.		101	„
„ Philipp Ledues Comp.			102	„
„ Herbst's Comp.	.	.	102	„
„ Lockhners Comp.	.		101	„
				Sa. 627 Pfd. ¹⁾

Eine vom Bischof so oft gewünschte „Reform der Bagage“ und eine strengere Ordnung der Heeresverpflegung konnte sich freilich an diesen Musterungs-Akt nicht mehr anschliessen. Zwar erfolgte noch am 28. Januar von München aus eine energische Zurechtweisung der beiden Obersten wegen ihrer übermässigen Forderungen und der Exorbitantien ihrer Truppen, sowie ein sehr ernstlicher Befehl, die überflüssige Bagage abzuschaffen und die Verpflegung der Soldateska „fortan auf ein Leidenliches und Ertregliches“ einzurichten.²⁾ Allein der mittlerweile erfolgte Einbruch der Schweden in bambergisches Gebiet wandelte mit einemmale die verhältnismässig behaglichen Winterquartiere der kaiserlich-ligistischen Regimenter in ein bewegtes Kriegstheater und setzte allen auf „Reform“ gerichteten Bestrebungen ein jähes und gewaltsames Ende.

¹⁾ Dazu kamen noch 67 Dragoner, welche in Kronach standen.

²⁾ Max. von Bayern an den Oberst Salis v. 28. Jan. (Bbg. Krgs.-A.).

10. Kapitel.

Schwedische Bedrohungen und die ersten Zusammenstösse an der Grenze.

Mit begreiflicher Spannung wurden Ende Oktober und Anfangs November von Bamberg aus die Bewegungen des schwedischen Heeres im Würzburgischen verfolgt; an die Beamten der westlichen Grenzämter ergingen wiederholte Befehle, „fleissige Kundtschafften“ aufzustellen, um zu erfahren, „wohin der Feind seinen Intent richte.“¹⁾ Die widersprechendsten Nachrichten und Gerüchte gelangten dadurch zu den Ohren des Bischofs; bald wurde berichtet, dass Tilly mit seiner Armada Schloss und Stadt Würzburg wiederum erobert habe, bald wieder, dass die Schweden mit starkem Heere gegen Bamberg im Anzuge seien, um das Stift zu überfallen etc. Nichts von allendem bewahrheitete sich. Gustav Adolf entschloss sich vielmehr, nachdem Tilly von den Würzburger Grenzen sich wieder entfernt hatte, zu seinem Rheinfeldzuge, um „den Rhein mit dem Main zu verbinden“ und neuen Siegen und Erfolgen entgegenzugehen. Schon anfangs November waren einige Detachements vorausgeschickt worden, um sich der Hauptorte des unteren Mains zu bemächtigen; am 19. November brach Gustav Adolf selbst an der Spitze seiner Hauptarmee von Würzburg auf.²⁾ In Franken liess er den General-Feldmarschall Horn mit etwa 8000 Mann zurück.³⁾ Es war dabei zunächst keineswegs auf einen Angriff

¹⁾ Vergl. u. a.: Bisch. v. Bbg. an den Amtmann und Kastner zu Höchstädt v. 4. Nov., 6. Nov. und 11. Nov. — Bisch. an d. Zentrichter von Burgebrach, an den Kastner v. Herzogenaaurach, an den Amtsverweser von Oberscheinfeld, sämtlich v. 11. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Chemnitz, Schwed. Krieg I, 238 ff.

³⁾ Sekretär Grubbe gibt in einer Relation an den schwed. Reichskanzler v. 17./27. Nov. die Stärke des Horn'schen Korps in Franken auf

gegen Bamberg abgesehen; Gustav Adolf hatte vielmehr dem zurückbleibenden General besondere Vorsicht gegen Bamberg anbefohlen. Namentlich sollte Horn, falls Bamberg Tillysche Besatzung erhalte, sich hüten, dass er derselben zu nahe komme und das schwedische Heer „in irgend ein Unglück bringe“. Doch sollte er immer sein Bestes thun, um die Fourageure des Feindes zu incommodieren, „und sie niedermachen, wo er dies kann.“¹⁾ — Horns Unternehmungen bewegten sich auch in den folgenden Wochen in entgegengesetzter Richtung, nämlich gegen Mergentheim und Heilbronn.

Dagegen wurde das Stift Bamberg schon seit Wochen in anderer Weise durch die Schweden bedroht. Zur Ergänzung und Vermehrung der schwedischen Armee waren sehr beträchtliche Neuwerbungen angeordnet worden,²⁾ die sich über ganz Franken erstrecken sollten und für welche auch Bamberg zu besonderen Leistungen ausersehen war. Eine Anzahl von Bamberger Orten und Aemtern wurden als schwedische Werbeplätze designiert, und während der Bischof noch im ersten Stadium der Unterhandlungen mit dem Könige stand, ergingen auch die ersten diesbezüglichen Forderungen der schwedischen Werbeoffiziere an die einzelnen Orte. Am 22. Oktober übersandte bereits der schwedische Oberstlieutenant Bernwolf von Crailsheim sein Werbepatent, durch welches ihm die Aemter Marolfstein, Ebermannstadt und Neunkirchen als Werbeplatz für 2 Kompagnien zu Ross angewiesen waren, und welches ihn ermächtigte, aus diesen Orten „seine Werb- und Muster-gelder benebens den nottürfftigen vnderhalt biss zur musterung

4—5000 Mann Infanterie und 2000—1500 Pferde an (Arkiv II, S. 312). Eine „General-Förslag“ der schwed. Armee v. 31. Dez. 1631 bezeichnet die Effektivstärke der Horn'schen Truppen mit 5161 Mann Fussvolk u. 3119 Reiter (Arkiv I, S. 546).

¹⁾ . . . „skall Fältmarskalken akta sig att han icke kommer honom för när, och bringar K. Ms. folk på mågon olycka. Dock skall han göra sitt bästa alltid att incumbera fiendens fouragerare, och låta dem, hvar han kan, nederhugga.“ (Memorial für Gustav Horn dato Würzburg 5./15. Nov.) Arkiv I, 507—

²⁾ Der „General-Förslag“ v. 31. Dez. (a. a. O.) zählt als angeordnete Neuwerbungen zur fränkischen Armee auf: an Fussvolk 76 Komp. mit 11400 Mann; an Reitern: 64 Komp. mit 7600 Mann, wovon damals erst 600 Reiter in den obenangegebenen Effektivbestand eingereiht, die übrigen aber noch ungemustert waren.

zu nehmen“; hierin sollte er „von den stiftischen vnd bischöflichen Beambten vnd vnderthanen keineswegs gehindert, sondern um alle weg gefördert werden.“¹⁾

Bald mehrten sich diese Forderungen in wahrhaft beängstigender Weise. Am 3. November benachrichtigte der von den Schweden bestellte Rittmeister Friedrich Gropp von Wunsiedel den Amtmann und Kastner zu Stadtsteinach, dass er Ordre habe, für das Infanterieregiment des Obersten Claus Hastver zu werben und einen Musterplatz im Amte Stadtsteinach zu errichten, und verlangte, innerhalb 4 Tagen 1800 Reichsthaler als Werbegeld zu erlegen.²⁾

Am 10. November erhielt Claus Hastver, der schwedische Kommandant von Königshofen, ein Werbepatent auf Stadt und Amt Zeil, woraus er „neben dem nottürftigen vnderhalt biss den letzten Januarii die Lauff- und Mustergelder, benantlich 9320 Reichsthaler zu nemmen.“³⁾

Am 12. November schrieb Herzog Bernhard von Weimar an den Bischof, dass er als Werbeplätze die Aemter Giech, Lichtenfels, Kronach und Stufenberg beanspruche.⁴⁾

Am 14. November bezeichnet der zu Würzburg bestellte Statthalter des Herzogtums Franken, Wolf Dietrich Truchsess von Wetzhausen, als Werbeplätze für seine Regimenter (1 zu Ross und 1 zu Fuss) die bambergischen Aemter Ebersberg, Schmachtenberg, Hallstadt, Höchstadt, Burgebrach-Schönbrunn und Herzogenaurach.⁵⁾

Auch der Herzog Ernst von Sachsen erhob am 19. November für ein zuwerbendes Reiterregiment seine Forderungen auf die Aemter Burgebrach-Schönbrunn und Höchstadt und drohte, gegen

¹⁾ Schreiben von Bernwolff v. Crailsheim dato Würzburg 12./22. Okt. mit beiliegendem Werbepatent (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Friedr. Gropp v. Wunsiedel an d. Amtmann und Kastner z. Stadtsteinach dato Kulmbach d. 24. Okt. (3. Nov.). — Die Forderung wird noch öfters wiederholt, z. B. 13. und 24. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ „Ordinanz für Claussen Hastuer auf die Statt Zeil“ v. 31. Okt. (10. Nov.) (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Das Schreiben gelangt erst am 21. Nov. in die Hände des Bischofs; vergl. die Antwort des Bischofs v. 23. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

⁵⁾ Schreiben Wolf Dietrichs Truchsess v. Wetzhausen d. d. Hammelburg d. 4./14. Nov. (ibid.).

sie „mit der scherpfe vnd Kriegsgebrauch nach“ zu verfahren, falls sie sich „gegen die Königliche Mayestet von Schweden nicht gehorsam bezeigen sollten.“¹⁾ —

Der Bischof hatte allen diesen herantretenden Forderungen gegenüber kein anderes Mittel, als das der Temporisation. Teils suchte er selbst durch direkte Entschuldigungsschreiben unter Hinweis auf seine Unterhandlungen mit dem Schwedenkönige die Werbeoffiziere hinzuhalten,²⁾ teils instruierte er die Beamten und Einwohner der betroffenen Orte, dass sie „zunächst zuwarten,“ bei wiederholter Forderung sich aber „bescheidenlich entschuldigen“ und die Fordernden an ihn als die massgebende Stelle verweisen sollten.³⁾

Mittlerweile erfolgte die Besetzung der Hauptorte des Stifts durch die kaiserlich-ligistischen Truppen. Durch dieselbe wurden freilich die schwedischen Werbekommissäre vorläufig von den Bamberger Aemtern fern gehalten, andererseits aber steigerte sich die feindselige Spannung der Parteien derart, dass es — und zwar nicht ohne Schuld der bambergischen Besatzung selbst — an den Grenzen bald zu Scharmützeln und blutigen Zusammenstößen kam. — Als der in schwedischen Diensten stehende Rittmeister Gropp mit circa 100 Mann zu Ross und Fuss im Amte Stadtsteinach erschien und Quartier zu nehmen sich anschickte, wurde er am 25. November auf dem Wege zwischen Stadtsteinach und Rugendorf (zwischen Ober- und Unterzaubach) von 2 Compagnien des zum Schutze des Amtes herbeigerufenen Kronacher Ausschusses überfallen und in die Flucht gejagt; er verlor einen Teil seines Gepäcks und seiner Waffen; 10 Gropp'sche Fusssoldaten wurden gefangen nach Kronach, später nach Forchheim geführt. Gropp wurde durch diesen Ueberfall aufs höchste erbittert, so dass er von Untersteinach aus, wohin er sich zurückgeflüchtet, drohte, „er wolle das Städtlein Stattsteinach absengen vnd brennen, wenn

¹⁾ Herzog Ernst an d. bezeichneten Aemter dato Königsberg d. 9./19. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ vergl. Bisch. v. Bbg. an Bernwolff v. Crailsheim in Würzburg; d. 25. Okt. (ibid.).

³⁾ Bisch. v. Bbg. an den Amtmann v. Burgebrach-Schönbrunn; ferner an den Amtmann und Kastner zu Höchstädt, dato 22. Nov. (ibid.).

ihm sein zertrenntes Volkh nicht wieder zusambbracht vnd gelieffert würde.¹⁾ —

Während sich der Markgraf von Bayreuth und der Bischof fortgesetzt in den friedlichsten Versicherungen ergiengen, nahm an der bambergisch-bayreuthischen Grenze, namentlich aber zwischen den beiden Garnisonsplätzen Kronach und Kulmbach die Feindseligkeit der Einwohner und der militärischen Besatzungen immer mehr zu und machte sich in zügellosen Ueberfällen, Plünderungen und Misshandlungen Luft.

Noch bedenklicher sah es an der West- und Nordwestgrenze des Stiftes Bamberg aus, wo die Nähe der beiden schwedischen Garnisonen Hassfurt und Königshofen als beständige Gefahr für die offene Stadt Bamberg erschien, umsomehr als für Hassfurt das breite Mainthal, für Königshofen das Baunachthal die bequemsten Ausfallspässe darboten. Zum grössten Schrecken für die schlecht-verwahrte Residenz wurde in der Nacht des 22. November der Ort Rattelsdorf (nur 3 Stunden von Bamberg entfernt) von 4 Compagnien Reiter, welche wahrscheinlich von Königshofen her kamen, überfallen und völlig ausgeplündert, was — wie bereits im vorigen Kapitel erwähnt — die Ueberführung des de Spagne'schen Reiteregiments von Forchheim nach Bamberg zur Folge hatte. Am 24. November kam de Spagne in Bamberg an; schon am folgenden Tage streifte er mit einem Teil seiner Truppen und einer Anzahl vom Ausschusse (im ganzen etwa 500 Reiter und 400 Fuss-soldaten) das Mainthal abwärts. In Ebelsbach, einem v. Rotenhan'schen Dorfe, stiess er auf 2 Compagnien „Weimarische Reiter,“ an welchen die Plünderung von Rattelsdorf in blutiger Weise gerächt wurde. Was nicht durch die Flucht sich retten konnte, wurde grossenteils niedergemacht; auch ein Rittmeister von Rotenhan fiel, eine kleinere Anzahl Reiter, darunter gleichfalls ein Rotenhan, wurde gefangen genommen und nach Forchheim geführt.

Auf diesen Angriff blieb schwedischerseits die Antwort nicht aus; das schon länger schwerbedrohte bambergische Städtchen Zeil

¹⁾ Paulus Stephan und Wolf Münch (die Führer des Kronacher Ausschusses) an den Statthalter v. Kronach dato 25. Nov. — Amtmann v. Kupferberg an Bisch. v. Bbg. dato 26. Nov. — Statthalter zu Kronach an Bisch. v. Bbg. dato 27. Nov. — Bisch. v. Bbg. an d. Amtmann zu Kupferberg dato 5. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

hatte ihn zu büßen. Am 27. November früh 5 Uhr erschienen die zu Hassfurt und Königsberg liegenden Truppen des Herzogs Ernst von Weimar, verstärkt durch 400 Mann der Schweinfurter Besatzung vor den Thoren Zeils. Die Stadt war nur mit einer geringen Besatzung vom Land-Ausschuss versehen; denn de Spagne hatte sich wieder nach Bamberg zurückgezogen und es unbegreiflicherweise unterlassen, sie zu schützen. Ausschuss und Bürgerschaft setzten sich zur Wehre,¹⁾ die Schweden aber sprengten das Thor mit einer Petarde, stürmten dann hinein, machten etwa 80 Mann nieder, plünderten die Stadt und steckten sie in Brand. Der Kastner und der Bürgermeister von Zeil samt ihren Weibern, ferner der Pfarrer Josef Sauer und eine weitere Anzahl Geistliche und Bürger wurden gefangen nach Schweinfurt abgeführt.²⁾

Die blutigen Episoden von Ebelsbach und Zeil hatten den Rahmen der bisherigen Raub- und Plünderungs-Ausfälle überschritten, es waren beiderseitige Angriffe ernsterer Natur; der feindliche Gegensatz schien nunmehr die akute Form des wirklichen Krieges anzunehmen.

Zwei Tage nach dem Ueberfalle Zeils gelangte ein Brief des Herzogs Ernst an den Bischof, in welchem der Herzog anzeigt, dass er wegen des Ebelsbacher Angriffes veranlasst worden sei, sich des Städtchens Zeil zu „impatroniren“, und dass er befehligt sei, in Gemeinschaft mit den beiden Obristen von Schweinfurt und Königshofen noch weiter vorzurücken und seine Soldaten ins Stift zu legen, falls der Bischof nicht gutwillig durch Einräumung

¹⁾ Nach Mühlich und Hahn, Chronik von Schweinfurt, S. 399 soll die Besatzung von Zeil die heranziehenden Schweden noch besonders gereizt haben, indem sie denselben zum Hohne „einen sogenannten Sausack, einen roten und gelben Strumpf, eine Gans und eine Blutfahne“ aussteckten. —

²⁾ Ueber die Szenen in Ebelsbach und Zeil vergl.: Clauss Hastver an Bisch. v. Bbg. v. 18./28. Nov.; Herzog Ernst und Bisch. v. Bbg. v. 18./28. Nov.; Bisch. v. Bbg. an Markgrafen Christ. v. 30. Nov.; Bisch. v. Bamberg an Tilly v. 9. Dez.; Bischof v. Bbg. an Oberst v. Salis v. 19. Dez. — Die gefangenen Geistlichen an d. Bisch. v. Bbg. v. 21. Dez. (Bbg. Krgs.-A.). — Amtmann zu Baiersdorf an Markgr. Christian v. 19./29. Nov. (Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 169.). Ausserdem: Tagebuch der Schwester Junius, S. 21. — Mühlich und Hahn, Chronik v. Schweinfurt, S. 399; (in beiden letztgenannten Darstellungen irrtümliche Datierungen der Einnahme von Zeil.).

von Quartieren oder Bezahlung ansehnlicher Werbegelder sich akkomodieren würde. Er verlangt sofortige Erklärung und daneben die Verfügung des Bischofs, dass „nicht allein das bayerische Volk aus dem Stifft geschafft, sondern auch die in Ebelsbach gefangenen Reuter vnd Knechte auf freyen Fuss gestellet vnd ihnen ihre abgenommenen Sachen wiederumb restituirt werden.“¹⁾

Der Bischof entschuldigte sich zunächst, so gut es ging. In einem Antwortschreiben an den Herzog vom 30. November sucht er die Schuld des Ebelsbacher Angriffs von sich abzuwälzen, indem er ausschliesslich „das Kayserische Volkh“ verantwortlich macht, welches „von ihm keine Ordinanz annehme“, und dessen er sich selbst „bald wieder ledig machen möchte.“ Er versichert seine „fridfertige Intention“ gegen den König von Schweden, weist darauf hin, dass Markgraf Christian bereits seine Interposition für ihn zugesagt habe und ersucht den Herzog, er wolle das mit dem Stifte Bamberg „löblich hergebrachte guete Verstandtnus nicht so vnu-ersehens gar auffgeben“, auch nicht mit weiteren Thätlichkeiten in ihn setzen, sondern ihm durch den abgeschickten Trompeter gute Nachricht zukommen lassen.²⁾

Aber die Sprache des Herzogs wurde daraufhin nur noch bedrohlicher. „Wir können“, schreibt er am 5. Dezember, „aus E. Ld. antwortungsschreiben anders nicht ansehen, weder das sie mit vergeblichen exculpationen vnd im werk viel anders erscheinenden oblationen vnss vmbzutreiben gemeinet. Denn wass können E. Ld. dem Keyserischen Volk das Ebelsbachische vffschlagen eintzig bey-messen, da doch Landtkündig, das sich E. Ld. aussschuss darbey befunden vnd mit rauben vnd abnahme auch noch andern tages so grossen schaden gefüget, als ersten tages von vnd mit den Trouppen vorgangen.“ Der Herzog verweist ferner auf die von Bamberg ausgehenden Plünderungen der Güter der evangelischen Ritterschaft, er beschuldigt den Bischof, dass er sich um „dergleichen offensiv-succurs“ selbst beworben und verlangt nun umgehend eine „endtliche vnd ohn blosse Vffzüge richtige antwortt“, ob er die assignierten Quartiere wirklich einzuräumen willens sei,

¹⁾ Herzog Ernst an d. Bisch. v. Bbg. dato Hassfurt 18./28. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bisch. v. Bbg. an Herzog Ernst v. Weimar dato 30. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

widrigenfalls er sich derselben selbst zu „patroniren“ genötigt sein werde.¹⁾

Auch die Bürgerschaft von Zeil hatte unterdessen weitere Bedrängnisse erfahren. Auf den 3. Dezember waren 2 Mitglieder des Rats nach Hassfurt beschrieben worden. Hier wurde ihnen eine Ranzion von 1000 Reichsthalern, zahlbar bis zum 7. Dezember, auferlegt; im Falle der Zahlungsweigerung sollte die Stadt vollends niedergebrannt werden.²⁾ —

In der Stadt Bamberg selbst war die Erregung über die Einnahme von Zeil und die Furcht vor einem weiteren Vorrücken der Schweden ins Masslose gestiegen, und auch der geringste Anlass reichte hin, die Stadt zum Schauplatz sinnloser Verwirrung zu machen. — Am 6. Dezember hatte sich der Bischof von Forchheim aus wieder zum vorübergehenden Aufenthalt in die Residenz begeben. Auch der Oberst Salis befand sich damals mit einem Teil seiner Infanterie vorübergehend in Bamberg. Da erscholl am 8. Dezember — es war ein grimmig kalter Wintertag mit Schneegestöber — das Gerücht, dass die Schweden im Anzuge seien und bereits das Dorf Oberhaid, 1½ Stunde von Bamberg, überwältigt und in Brand gesteckt hätten. Sogleich rüstete sich alles zur eiligsten Flucht. Der Bischof, der eben beim Mittagssmahle sass, liess dasselbe stehen, befahl schnell alles Silbergeräte einzupacken und fuhr gegen Forchheim, ihm folgten der Dompropst und andere Domherren, die Bürgermeister und viele Bürgersleute. Der Stadtkommandant Kaspar Gottfried von Pappenheim forderte die noch anwesenden Jesuiten auf, die Stadt zu verlassen, da die beiden Regimentsobersten beschlossen hätten, die gesamte Besatzung aus der Stadt zu ziehen und so dieselbe dem Feinde preiszugeben. Die beiden Obersten hielten thatsächlich ihre Truppen bis spät in die Nacht marschbereit, um sie im Notfalle abziehen zu lassen.³⁾ Aber durch ausgeschickte Kundschaften kam man

¹⁾ Herzog Ernst v. Sachsen an d. Bisch. v. Bbg. dato Hassfurt 25. Nov. (5. Dez.). (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bürgerschaft z. Zeil an d. Bisch. v. Bbg. dato 6. Dez. (ibid.).

³⁾ Vergl. die im wesentlichen vollständig übereinstimmenden Berichte in der Historia Collegii S. J. (histor. Vereinsber. v. Bbg. Bd. 48, S. 8) und in dem Tagebuch der Schw. Junius (histor. Vereinsber. v. Bbg. Bd. 52, S. 21 und 22).

noch in derselben Nacht zur Ueberzeugung, dass das Ganze ein blinder Lärm gewesen war; nirgends war ein feindlicher Soldat zu sehen; nur eine Abteilung Reiter des Erich von Münster, welche Fouragewägen von der Burg Lisberg in das Lager zu Hassfurt geführt hatte, war gesehen worden, und diese hatte wohl die allgemeine Panik längs des Mainthals bis Bamberg veranlasst.¹⁾ Doch die Schwedenfurcht der Einwohner wich mit dieser Aufklärung nicht aus den Gemütern. Noch am 10. Dezember schrieb der Oberst Salis von Bamberg aus an den Bischof: „Es ist so ein grosser schreckhen in den hiesichen Bürgern, daz ein schandt ist.“

Dagegen trugen die Nachrichten, welche man durch die ausgeschickten Kundschaften, sowie durch einige aus schwedischer Gefangenschaft entkommene Reiter über das feindliche Heer erhielt, besonders dazu bei, die beiden Obersten Salis und de Spagne zu einer offensiven Taktik zu ermutigen. Man hörte, dass die einzelnen Quartiere nur schwach besetzt seien²⁾ und dass es ein „ziemlich schlecht Volkh,“ dazu auch „in grosser Furcht vnd verzagtheit sey.“ Oberst Salis glaubte daher, dass „wenn ein Versuch zu Pferd mit etlichem Fussvolkh die Feinde attaquirte, selbige alssbalden alle inhabende Posten quittieren und sich davon machen würden.“³⁾ Dem Bischofe jedoch erschien es zu gewagt, seine Einwilligung zu einem angriffsweisen Vorgehen zu geben.⁴⁾ Bereits am 10. Dezember hatte er wieder an Herzog Ernst sich gewendet und denselben gebeten, sich bezüglich einer endgültigen Erklärung nur „noch etlich wenig tag“ zu gedulden, da er erst

¹⁾ Oberst Salis an d. Bischof v. Bbg. dato Bamberg 8. und 9. Dez. (Bbg. Krgs.-A.). Demnach ist die Bemerkg. der Historia Coll. S. J., welche als Thatsache verzeichnet, dass Oberhaid am 8. Dez. „von den Schweden in Brand gesteckt wurde“ (in verschiedenen lokalhistorischen Werken zitiert) als unrichtig zu erklären. Schwester Junius erwähnt nichts hievon. —

²⁾ Der Oberst Salis hat folgende Angaben über die Stärke der schwedischen Garnisonen im Stifte Würzburg erhalten: Zu Würzburg auf dem Schlosse: 1 Regiment zu Fuss, in der Stadt 1 Regiment, zu Kitzingen 250, zu Ochsenfurt 300 Mann, zu Schweinfurt 5 Komp. zu Ross u. Fuss (500 Mann), zu Volkach 300, zu Gerolzhofen 26 Mann (Salis an Bisch. v. B. dato 9. Dez.).

³⁾ Avis v. Oberst Salis dato 11. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Bischof v. Bbg. an Salis dato 11. Dez. (ibid.).

seine Landstände und Unterthanen, „als die es am meisten selbst betreffe,“ darüber hören müsse.¹⁾

Diese Versammlung der Landstände fand denn wirklich vom 13. — 16. Dezember zu Forchheim statt. Sie bewilligte die geforderten Mittel für die im Stift liegende kaiserlich-ligistische Soldateska (s. Kap. 9) lehnte aber die schwedische Forderung der Werbequartiere und Mustergelder ab.

Jetzt hatte der Bischof Gelegenheit, sich hinter den Beschluss seiner Landstände zu verschanzen. In einem Briefe an den Herzog Ernst teilte er diesem mit, dass die berufenen Landstände „contestirn vnd betheuern, es sey Ihnen . . . mit menschlich noch möglich, in dieses vnerschuldte vnd vnerschwingliche Zumuthen sich zu verstehen, sondern würden ehe wider ihren willen gemüessigt vnd getrungen, . . . sambt allen den Ihrigen leib und Leben daran zu wagen, sich im Namen Gottes der natürlichen defension selbst zu gebrauchen vnd beneben Ihrer Vnschuld auf den göttlichen Seegen vnd beystandt zu uerlassen.“²⁾

Eine Aenderung in der Kriegstaktik der Schweden hatte diese Erklärung, die unter allen bisher von Bamberg ausgehenden die meiste Entschlossenheit verriet, zunächst nicht zur Folge. Man fuhr vielmehr fort, die bambergischen Grenzämter durch bedeutende Kontributionsforderungen zu bedrängen. Die Unterthanen der Ämter Ebersberg und Schmachtenberg (die Dörfer Knetzgau, Zell, Sand, Westheim und Steinfeld) wurden in der 2. Hälfte des Dezember von Hassfurt aus mit schweren Viktualienlieferungen belegt und zur Auslieferung ihrer letzten Vorräte gezwungen.³⁾ Im Norden bedrohte um dieselbe Zeit der Rittmeister des Herzogs Wilhelm von Sachsen, Hans Sebastian von Brandt aus seinem Quartier zu Leutenberg in Thüringen das Amt Teuschnitz, indem er Quartiere begehrte und dem Rate ankündigte, dass im Falle einer abschlägigen Resolution die Unterthanen „mit Feuer und Schwert verfolgt vnd das Kind im Mutterleibe nicht

¹⁾ Bisch. v. Bbg. an Herzog Ernst dato Forchheim 10. Dez. (ibid.).

²⁾ Bisch. v. Bbg. an Herzog Ernst v. 16. Dez. (abgesendet am 19. Dez.). (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Spezifizierte Forderungen v. 6./16. Dez., 15./25. Dez. und 26. Dez. (5. Jan.) dato Hassfurt (Bbg. Krgs.-A.).

verschont werden sollte.“¹⁾ — Unterdessen war nun zur Bethätigung der beschlossenen „natürlichen defension“ in Bamberg der Befehl zu einem weiteren Aufgebot des Land-Ausschusses ergangen.²⁾ Der Bischof hoffte daraus ein Corps von ca. 6000 Mann sammeln zu können, welches nach dem Vorschlage des Obersten Salis zwischen Bamberg und Forchheim gelagert und im Notfalle dem anrückenden Feinde entgegengestellt werden sollte.³⁾ Es gelang jedoch durchaus nicht, eine solche Truppenmasse zusammenzuführen. Mit der wachsenden Gefahr hatte sich die Widersetzlichkeit des Landvolkes nur noch gesteigert; es versagte den Dienst, wenn es galt, den Heimatsort zu verlassen; dazu kam noch Mangel an Waffen und Munition, sowie an geeigneten Führern, so dass um die Wende des Jahres nur wenige hundert Mann dieser kläglichen Landmiliz in und um Eggolsheim gesammelt und einquartiert werden konnten.⁴⁾

Unter grossen Sorgen und Befürchtungen feierte so der Bischof das heilige Weihnachtsfest und die Tage der Jahreswende in seiner Residenz. Von allen Seiten her erschollen gerade jetzt wieder die Nachrichten von feindlichen Truppenbewegungen gegen das Stift. Vom Aischgrund wie von Nürnberg her sollte eine starke Anzahl Volks im Anzug sein; auch von Thüringen her wurde ein Anmarsch von 14—16 Kompagnien neugeworbener schwedischer Truppen avisiert.⁵⁾ Man glaubte, dass es auf einen grossen Ueberfall Bambergs während der Weihnachtsfeiertage abgesehen sei. Obwohl sich nun auch in diesem Falle die von den Beamten über-

¹⁾ Kastner zu Kronach an d. Bisch. v. Bbg. v. 17. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Dekret an alle Beamten des Stiftes v. 12. Dez. (ibid.).

³⁾ Oberst Salis an Bischof v. Bbg. v. 10. Dez. — Bisch. v. B. an Tilly v. 16. Dez. (ibid.).

⁴⁾ Oberschultheiss v. Pappenheim an d. Bisch. v. 13. Dez. — Verwalter und Amtsverweser von Neunkirchen an d. Bisch. v. 23. Dez. und 6. Jan. — Richter zu Eggolsheim an d. Bisch. v. Bbg. v. 7. Jan. 1632 (ibid.).

⁵⁾ Centrichter v. Burgebrach an d. Räte zu Bamberg v. 25. Dez. — Bischof v. Bamberg an d. Centrichter v. Burgebrach v. 25. Dez. — Bischof v. Bbg. an die Beamten z. Höchstadt, Oberscheinfeld, Herzogenaurach und Neunkirchen v. 25. Dez. — Richter zu Klosterebrach an d. Bisch. v. 26. Dez. — Bisch. v. Bbg. an Tilly v. 26. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

mittelten Nachrichten als die leere Ausgeburt einer heillosen Schwedenfurcht erwiesen, so gingen doch weder im Norden noch im Süden die heiligen Tage ganz ohne Ueberfälle und Blutvergiessen ab. Am 1. Weihnachtsfeiertage drang in aller Frühe ein Trupp Reiter mit einem Haufen Landvolk aus dem Sächsisch-Coburgischen in das Dorf Welitsch bei Rothenkirchen ein, plünderte die Kapelle und die Bauernhöfe, erschoss einen Bauern und dessen Sohn, führte einen anderen Bauern gefangen fort und raubte ca. 200 Stück Vieh.¹⁾ An der südlichen Grenze aber wurden die Bewohner der Aemter Büchenbach und Neunkirchen durch räuberische Ueberfälle des Solms'schen Volkes, welches zu Nürnberg sein Standquartier hatte, zu wiederholtenmalen heimgesucht. Nachdem die Solms'schen Reiter den bambergischen Ort Alt-Erlangen geplündert und die Habermühle im Amte Neunkirchen ausgeraubt, fielen sie am 31. Dezember in das Dorf Hanberg ein, erbrachen die Kirche, misshandelten den Pfarrer und schleppten ihn schwerverwundet nach Nürnberg. Von Hanberg aber rückten sie bis Baiersdorf vor, wo sie von der dort aufgestellten Forchheimer *Salva guardia* den Fähndrich und den Quartiermeister gefangen nahmen.²⁾

Als der Bischof sich über diese Gewaltthätigkeiten beim Grafen v. Solms beschwerte, erhielt er die trotzige Antwort, dass diese nur eine geringe Vergeltung für die von den ligistischen Truppen in brandenburgischen Gebieten verübten Exorbitantien seien und dass er das wenige, was von den Seinen verübt worden, gegen Gott und seinen König weit besser sich zu verantworten getraue, als jene das ihrige verantworten könnten.³⁾ Diese Sprache liess von dem Grafen Solms das Schlimmste erwarten; als man daher anfangs Januar in Bamberg erfuhr, dass Solms mit seinem ganzen Volke von Nürnberg aufzubrechen im Begriffe sei, wurden die Gemüter aufs neue von grosser Furcht erfasst. Der Bischof verordnete, dass die Bewohner der Grenzämter ihr Vieh und ihre Wertsachen in die nächsten Städte flüchten, den Ausschuss überall

¹⁾ Stadtvogt zu Kronach an d. Räte z. Bbg. v. 26. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bischof v. Bbg. an d. Grafen Heinrich Wilh. v. Solms dato 1. Jan. 1632. Pfarrer v. Herzogenaaurach u. Büchenbach an d. Bisch. v. Bbg. v. 4. Jan. (ibid.).

³⁾ Graf Heinr. Wilh. zu Solms an d. Bisch. v. Bbg. dato Nürnberg den 25. Dez. (4. Jan.) (ibid.).

in Wehr stellen, die Wachen verstärken und fleissige Kundschaft aufstellen sollten.¹⁾ Doch der gefürchtete Abzug brachte den Bamberger Grenzen keine unmittelbare Gefahr. Solms, welcher am 8. Januar Nürnberg verliess, zog vielmehr mit seinen 3 Regimentern auf Brandenburger Gebiet den Zenngrund entlang gegen Windsheim, um dort das sich sammelnde Hornsche Corps zu verstärken.

¹⁾ Verordnungen des Bischofs in verschiedene Aemter dato Forchheim 3 Jan. (ibid.).

11. Kapitel.

Die letzten Vermittlungsversuche. — Schwedische Vorbereitungen zum Hauptangriffe.

Durch den Einzug kaiserlich-ligistischer Besatzungstruppen in Forchheim waren, wie wir oben gesehen, die ersten Unterhandlungen des Bischofs mit dem Schwedenkönige plötzlich unterbrochen worden; der von Gustav Adolf auf den 24. November anberaumte Verhandlungstag wurde bambergischerseits nicht beschickt. Drei Tage darauf erfolgte der blutige Einfall der Schweden zu Zeil; was lag für den Bischof näher, als dass er diese „Rache für Ebelsbach“ zugleich auch als eine Antwort auf den von ihm veranlassten Abbruch der Beziehungen, als den Anfang zu einer förmlichen Okkupation des Stifts betrachtete? Trotz des Widerwillens, mit dem er vor wenigen Tagen die von der Liga gesendeten „Hilfstruppen“ aufgenommen hatte, sah er sich jetzt genötigt, an Tilly ein Gesuch um „eilfertigen Succurs“ abgehen zu lassen. Allein dieses, sowie alle folgenden Gesuche fanden bei Tilly ein schlechtes Gehör; ihm war es genügend, die Festung Forchheim besetzt zu wissen; in allen seinen Briefen an den Bischof spricht er von der Schwierigkeit, die offenen Orte Bambergs zu halten, sowie von der Unmöglichkeit, mit seinem „erschöpften, kraftlosen und ausgemergelten“ Heere irgend etwas gegen den Feind auszurichten. — Es war wohl nicht bloss das Gefühl des Unvermögens, sondern zugleich auch vorsichtige Erwägung der augenblicklichen politischen Verhältnisse, — schon waren ja seit November in München die Verhandlungen bezüglich einer schwedisch-ligistischen Neutralität im Gange — wenn Tilly nunmehr dem Bischof den dringenden Rat erteilt, jede Feindseligkeit gegen die Schweden und ihre Anhänger zu vermeiden und so womöglich eine vorläufige

Waffenruhe in Franken zu veranlassen.¹⁾ — Schon am 29. Nov. hatte er ihm daneben den Vorschlag unterbreitet, „Ihre fürstl. Gn. Herrn Markgraven Christian zue Barreith dahin zu disponiren, daz sich dieselbe gefallen liessen, bey dem Königlich Schwedischen vnd Weimarischen Volkhe“ zu interveniren; hingegen sollte der Bischof „bey dem Kayserlichen Volkh durch bequeme mitl dahin tractiren vnd handeln, dass die beiderseitigen Landt vnd Leütthe in ruhigen vnd sicheren standt khönnten gesetzet werden.“ — Es hätte dieses Vorschlags Tillys nicht bedurft, um die Hoffnungen des Bischofs auf den Markgrafen Christian zu lenken. Schon hatte der Bischof aus eigenem Antriebe versucht, den Weg zum Schwedenkönig über Bayreuth zu finden.

Trotz der feindseligen, sich täglich steigernden Gereiztheit zwischen der bambergischen und markgräfllich-bayreuthischen Bevölkerung war das persönliche Verhältnis der beiden Nachbar-Fürsten noch immer ein vorzügliches zu nennen; die Korrespondenz zwischen beiden war noch immer eine sehr rege und in den verbindlichsten Formen sich bewegende; dem Bischofe selbst lag alles daran, sich die „Freundschaft vnd Vertreulichkeit“ des Markgrafen zu erhalten. Als die kaiserlich-ligistische Besatzung nach Forchheim kam, war es einer der ersten Schritte des Bischofs, den Markgrafen hievon zu benachrichtigen, sich wegen der Aufnahme dieser ihm „vnuersehener Ding über den Hals gekommenen“ Einquartierung förmlich zu entschuldigen und ihn zu bitten, er möge sich nunmehr, da ihm eine weitere Abordnung nach Würzburg unmöglich geworden sei, sich bei dem Schwedenkönige seiner annehmen und eine „gedeihliche Vermittlung“ herbeiführen.²⁾ Der Markgraf, den die Besetzung Forchheims mit nicht geringer Besorgnis für sein Land erfüllte und dem deshalb jetzt mehr als je daran lag, mit dem Bischofe auf gutem Fuss zu bleiben, antwortete sogleich mit einer Gesandtschaft an den Bischof. Am 24. November wurde der brandenburgische Lehengerichts-Assessor Georg Wolf

¹⁾ Vergl. Bisch. v. Bbg. an Tilly v. 27. Nov., 7. Dz., 9. Dez., 16. Dez. u. 26. Dez.; die Antworten Tillys v. 29. Nov. (dato Schwabach); 15. Dez. (dato Donauwörth); 23. Dez. (dato Weissenburg); 2. Jan. (dato Nördlingen). — (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Bisch. v. Bbg. an Markgr. Christian v. 22. Nov. (Brdbg. Krgs.-A. Fasz. 174.) (Conc. Bbg.-A.).

von Schaumberg nach Forchheim abgefertigt, welcher die Bereitwilligkeit des Markgrafen zu einer Vermittlung erklärte, zugleich aber auch in beweglichen Worten Klage führte über die schrecklichen Verwüstungen des Ansbacher Gebietes durch die Tilly'sche Armada und den Bischof bat, auch bei dem General Tilly und dessen Offizieren zu gunsten eines friedlichen Verhältnisses mit dem Markgrafen zu interponieren.¹⁾

Noch während der brandenburgische Deputierte in Forchheim weilte, wurde in Bayreuth auch die versprochene Absendung zum Schwedenkönig bewerkstelligt. Die Uebernahme einer solchen Mission war nicht bloss ihrer Natur nach eine ziemlich heikle, sondern in anbetracht der weiten Reise und der unsicheren Strassen auch eine nicht ungefährliche Sache. Es war vom Markgrafen zunächst der Rat und Amtmann zu Schauenstein, Ernst von Beulwitz, hiezu ausersehen worden,²⁾ da derselbe aber „wegen Leibesschwachheit“ sich entschuldigte, so wurde der Ritter Hans Christoph Stibar auf Pretzfeld, Hagenbach, Aisch und Rossbrunn dazu bestimmt. Dieser hatte eben seiner vor den ligistischen Truppen geflüchteten Familie das Geleite bis Kulmbach gegeben und war im Begriff, wieder nach Pretzfeld zurückzukehren, als ihm der markgräfliche Auftrag wurde, schleunigst die Reise ins schwedische Lager anzutreten.³⁾ Seine Instruktion war ziemlich allgemein gehalten. Er sollte den Schwedenkönig, wo er ihn finde, aufsuchen, demselben eine Abschrift des nach Bayreuth gelangten bischöflichen Schreibens überreichen, dabei nicht bloss den ganzen fränkischen Kreis, sondern insbesondere auch den Bischof von Bamberg, „welcher sich jederzeit sowohl gegen andere benachbarte Evangelische, als insonderheit gegen vns friedfertig, freundlich und nachbarlich erwiesen,“ aufs beste recommandieren, damit demselben und seinem Lande „nichts widerwertiges od feindliches zugefüget,“ sondern er „bei den Reichskonstitutionen und dem Seinigen vnbedrängt gelassen werden möge.“

¹⁾ Instruktion für Georg Wolff v. Schaumberg vff Goldkronach, Abgesandter an d. Bisch. v. Bbg. dato 14./24. Nov. (Orig. Brdbg. Kreis-Akt., Vol. XXIV, fol. 102.—109.). — Recreditiv v. 28. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Markgraf Christian an Bisch. v. Bbg. v. 17./27. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Der Stibar'sche Diener Konrad Galster an den Kammermeister in Bamberg dato Pretzfeld 9. Juni 1632 (Bbg. Krgs.-A.).

Falls Gustav Adolf einwenden würde, dass der Bischof ja „die tractaten bisshero gleichsamb vorsetzlich aufgezozen vnd inmittelst anderes Volkh eingenommen,“ so sollte der Abgeordnete ihn auf Grund der im bischöflichen Schreiben gedachten Ursachen, die der Vortragende „seiner discretion nach pro re nata verbessern vnd mehr hinzuthun wird,“ angelegentlichst entschuldigen und auf „gütliche Vermittlung vnd Interposition“ hinwirken.¹⁾

Kaum war Stibar abgereist, als der Bischof von Bamberg den Markgrafen neuerdings mit Bitten bestürmte. Die Einnahme von Zeil und der obenerwähnte von Tilly erteilte Ratschlag veranlassten ihn am 30. November abermals zu dem dringenden Ersuchen, der Markgraf möge nicht bloss bei dem Könige von Schweden einen „Anstand der Waffen“ erwirken, sondern auch bei den Herzögen von Sachsen dahin vermitteln, dass von denselben wenigstens bis zur Erlangung einer königlichen Resolution die Waffen suspendiert würden.²⁾

Markgraf Christian versäumte nicht, auch diesen Wunsch des Bischofs zu berücksichtigen. Eben war wieder ein vor dem Tillyschen Volke flüchtender Beamter bei ihm angekommen; es war der Nürnberger Pfleger Jobst Heinrich Roggenbach von Gräfenberg, welcher gewillt war, in seinen eigenen Angelegenheiten das Lager Gustav Adolfs aufzusuchen. Ihm vertraute Christian einen Brief an den Schwedenkönig an, welcher neuerdings eine bewegliche Interposition für den Bamberger Bischof enthielt.³⁾ Unterwegs sollte der Abgesandte bei dem Herzog von Coburg, sodann bei dem General Horn in Würzburg vorsprechen, „um die Sache des Bischofs desto eher zu befördern.“

Die Mission Roggenbachs scheiterte gänzlich, vornehmlich durch die Schuld derjenigen, in deren Interesse sie geplant war. Als Roggenbach mit seinem Weibe, seinem Sohne und etlichen

¹⁾ „Memorial, was bey der Königl. May. in Schweden etc. wegen des Herrn Bischoffen zu Bambergs f. Gn. Hanns Christoph Stiebar . . . an vnd vorbringen soll“; dato Bayreuth d. 16./26. Nov. (Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 174.).

²⁾ Bischof v. Bambg. an Markgraf Christian v. 30. Nov. (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Markgraf Christian an den König v. Schweden v. 22. Nov. (2. Dez.) (Cop. in Bbg. Krgs.-A.).

Dienern am 4. Dezember noch vor Tagesanbruch das Pfarrdorf Küps passierte, wurde er von einer Abteilung des Kronacher Ausschusses, welche tags vorher ins Pfarrhaus zu Küps sich eingelagert hatte, überfallen, und weil er nicht Rede stehen wollte, ja einer seiner Begleiter einen Pistolenschuss löste und den Kompagnie-Feldscherer durch den Hut traf, wurde die ganze Reisegesellschaft überfallen, ihrer Habseligkeiten und Papiere beraubt und durch Schläge jämmerlich zugerichtet. Schwerverwundet wurde der Pfleger am 7. Dezember nach Bamberg geführt.¹⁾

Diese barbarische Misshandlung erregte berechtigtes Aufsehen, bezw. grosse Entrüstung der beteiligten Kreise. Markgraf Christian beklagte sich beim Bischof in bitterster Weise über den „auch ihm angethanen Schimpf, despect vnd Schaden,“²⁾ die Nürnberger suchten sich Genugthuung zu verschaffen, indem sie den eben in Nürnberg anwesenden Bamberger Rat Dr. Geudenstein in Arrest nahmen,³⁾ der Fall schien eine ernste Spannung in den politischen Beziehungen zwischen Bamberg und seinen protestantischen Nachbarn herbeizuführen. Doch der Bischof, dem das Missgeschick des ihm persönlich wohlbekannten Pflegers selbst aufs höchste leid that, entschuldigte sich nach allen Seiten, versprach Ersatz aller Unkosten, Restitution der geraubten Güter, strenge Bestrafung der Uebelthäter, liess den Verwundeten sorgsamst behandeln und auf dessen Wunsch nach wenigen Tagen unter Convoy nach Nürnberg bringen.⁴⁾ So fand der ärgerliche Zwischenfall seine Ausgleichung; Roggenbachs Reise zum Schwedenkönig aber musste unterbleiben. — Unterdessen war jedoch Hans Christoph Stibar zunächst in Würzburg angekommen. Am 3. Dezember war er dort bei dem Feldmarschall Horn zur Audienz gelangt. Er fand denselben in sehr schlechter Stimmung gegen den Bischof von Bamberg. Die Einnahme ligistischen Volkes in Forchheim und

¹⁾ Statthalter von Kronach an den Bischof von Bamberg v. 5. Dez. (Brdbg. Krgs.-A., Fasc. 171); vergl. Soden, Gustav Ad. I, 146).

²⁾ Markgr. Christian an d. Bisch. v. Bbg. v. 25. Nov. (5. Dez.) und 28. Nov. (8. Dez.). (Bbg. Krgs.-A.).

³⁾ Leonhard Geudenstein an Bisch. v. Bbg. dato Nürnberg 14. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Bischof v. Bbg. an Markgr. Christian v. 8. und 13. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

der damit in Zusammenhang stehende Abbruch der Unterhandlungen, ferner der Einfall zu Ebelsbach — das alles wurde als direkte Feindseligkeit des Bischofs aufgefasst. Horn erklärte dem Gesandten, dass er das alles an den König berichtet habe und von demselben befohlen worden sei, „mit grosser Macht wider den Stifft anzu- ziehen.“ Stibar verwendete nun, — wie er berichtet — allen Fleiss darauf, den Feldherrn von diesem Schritte ab- und ihn dahin zu bringen, dass derselbe mit seinem Angriffe wenigstens so lange zurückhielte, bis er dem Könige nachgereist sei und bei diesem sich seines Auftrags erledigt habe. Horn willigte schliesslich in diese Bitte und der Gesandte reiste nach Frankfurt, um seinen Weg ins Quartier des Königs selbst zu nehmen.¹⁾

Den Worten Horns zufolge müsste also angenommen werden, dass schon vor dem 3. Dezember ein förmlicher Befehl Gustav Adolfs zu einem Hauptangriffe gegen Bamberg ergangen war. Ob ein solcher Befehl wirklich vorlag? Wir sind geneigt, es zu bezweifeln. Die uns bekannte Korrespondenz des Königs mit Horn aus jenen Tagen enthält nirgends einen solchen Auftrag oder auch nur eine Hindeutung auf einen solchen; überall finden wir vielmehr noch die Mahnung zur Vorsicht gegenüber den benachbarten Feinden; ja am 28. November, nachdem Gustav Adolf die Ankunft Pappenheims in Forchheim in Erfahrung gebracht hatte, schrieb er an Horn,²⁾ er solle sich fleissig umsehen, dass ihm durch den angekommenen Feind die Verbindung mit Thüringen nicht unsicher gemacht und ihm sonst kein Schaden in seinen Quartieren gemacht werden könne. „Und damit Ihr solches vermeiden möget,“ — fährt er fort — „so sehet lieber zu, dass Ihr Euere Reiterei auf jener Seite etwas ‚elargiert‘,³⁾ wenn Ihr vernehmt, dass der Feind sich einigermassen zerstreut hat, . . . da wir vns sonst schwerlich in diesen ausgedehnten Gegenden verteidigen und um so weniger diesem bedeutenden Feinde ohne sehr viel Mannschaft etwas Schaden

¹⁾ Hans Chr. Stibar an den Markgr. Christian dato Würzburg 23. Nov. (3. Dez.). (Brdbg. Krgs.-A., Fasz. 174); Copie an Bamberg mitgeteilt unterm 8. Dez. (Bbg. Krgs.-A.).

²⁾ Gustav Adolf an d. Feldmarschall Horn dato Höchst 18./28. Nov. (Arkiv I, S. 513.).

³⁾ . . . så sen hellre till att J edert rytteri kunnen på den sidan något elargara . . . (l. c.).

thun können.“ Auch der nächste uns bekannte Brief Gustav Adolfs an den Feldmarschall (vom 8. Dezember), welcher den Befehl zur Sammlung der Truppen behufs eines Zuges gegen Tilly vor Nürnberg erteilt, enthält keine Andeutung über eine etwa vorher gegebene anderweitige Angriffs-Ordre.¹⁾

Es darf daher wohl angenommen werden, dass die Aeusserung Horns gegen Stibar — vorausgesetzt, dass Stibar überhaupt wahrheitsgetreu berichtet — nicht den Thatsachen entsprach, sondern bloss darauf berechnet war, im Bamberg Furcht und Schrecken zu verbreiten.

Im übrigen besteht jedoch kein Zweifel, dass bereits in jenen Tagen die Stimmung aller massgebenden Kreise der schwedischen Partei gegen den Bischof von Bamberg die denkbar schlimmste geworden war. Während man anfangs auf schwedischer Seite geneigt war, die Vermittlungsversuche des Bischofs als den Ausfluss eines ehrlichen Bedürfnisses nach Frieden und Ruhe, als ein wirkliches Streben nach Neutralität zu beurteilen²⁾ und sich sogar lobend über seine Politik aussprach,³⁾ glaubte man nunmehr alle seine Schritte als auf Täuschung berechnet ansehen zu müssen. Dem Nürnberger Gesandten Jobst Christoph Kress gegenüber bemerkte Horn gelegentlich einer Besprechung am 12. Dezember, der Bischof von Bamberg habe eine Züchtigung wohl verdient, er sei ein rechter „Fuchs,“ *nomine et omine*⁴⁾ (Anspielung auf seinen Familiennamen). Und als derselbe Gesandte am 19. Dezember bei Gustav Adolf selbst Audienz hatte, eröffnete ihm der König u. a., dass er um Windsheim eine Armee zu bilden gedenke, welche,

¹⁾ Gustav A. an Horn dato Höchst. 28. Nov. (8. Dez.). (Arkiv I, S. 523).

²⁾ So berichtet der schwed. Sekretär Grubbe noch am 22. Nov. über den Bischof: . . . men synes af alla hans actioner, att han söker på båda sidor neutralitet, och ville gerna lefva sjelf i ro och goda dagar, och vara hvarken den ena eller den andra till viljes om han får råda . . . (Arkiv I, S. 768).

³⁾ Der Rentmeister des Juliusspitals Joachim Vollandt schreibt an den Spitalschreiber Sebastian Sterzer zu Bamberg am 9. Nov.: . . . Sie (die Schwedischen) loben ihre fürstl. Gn. von Bamberg wegen angebotenen accords mit vermelden, wann vnser Fürst dergleichen gethan, würden wir nit also ruinirt worden“ . . . (Bbg. Krgs.-A.).

⁴⁾ Soden, Gustav Ad. I, 155.

um Nürnberg Luft zu machen, ins Bambergische marschieren müsse.¹⁾

Dass bei einer solchen Lage der Dinge für die Stibar'sche Interposition nichts zu erwarten war, liegt auf der Hand. Stibar liess überhaupt, nachdem er von Würzburg abgereist war, nichts mehr von sich hören; noch am 30. Januar 1632 schreibt der Markgraf Christian an den Bischof, dass der Abgesandte noch immer nicht zurückgekommen, „vielweniger vnss einige weitere resolution zugefertigt, darüber wir vnss selbst verwundern vnd nicht wissen können, was doch die vrsach dessen sein möge.“²⁾

Doch dieses Stillschweigen war auch eine Antwort: Der Krieg gegen Bamberg war eben unabwendbar geworden. Wenn derselbe sich noch bis über den Jahresschluss hinaus verzögerte, so lag dies hauptsächlich daran, dass die Werbungen der neuen schwedischen Regimenter noch nicht beendet waren. Wiederholt befahl Gustav Adolf die Beschleunigung derselben,³⁾ und am 26. Dezember gab er Horn die Weisung, seine ganze Armee in dem Distrikt zwischen Windsheim, Schweinfurt und Bamberg zusammenzuziehen.⁴⁾ — Hochpolitische Unterhandlungen beschäftigten den Schwedenkönig in den ersten Tagen des neuen Jahres; es handelte sich um die durch französische Vermittlung geführten Verhandlungen zur Herstellung einer Neutralität zwischen der Liga und den Schweden.⁵⁾ Aber auch in diese hinein mischt sich der Groll des Königs gegen den Bischof von Bamberg. Dem kurtrierischen Gesandten gegenüber, der die Bereitwilligkeit des Erzbischofs zur Neutralität erklären sollte, gebrauchte Gustav Adolf das Wort: er glaube nicht an die Friedensversicherungen des Erzbischofs, auch wenn er hundert Eide schwöre, da er einmal von dem Pfaffen zu Bamberg

¹⁾ Soden, Gustav Ad. I, 158; — Donaubauer, Nürnberg etc., 91 u. 92.

²⁾ Markgr. Christian an Bisch. v. Bbg. dato Plassenburg 20./30. Jan. 1632 (Bbg. Krgs.-A.). Ueber den Grund dieses langen Ausbleibens u. des völligen Stillschweigens ist aus den Akten nichts zu ersehen.

³⁾ Gustav Adolf an Feldmarsch. Horn v. 5./15, 18./28. Nov. u. 30. Nov. (10. Dez.) (Arkiv I.).

⁴⁾ Gustav Ad. an Feldmarsch. Horn dato Mainz, 16./26. Dez. (Arkiv Nr. 397, S. 530).

⁵⁾ Ausführliches über diese Verhandlungen s. Droysen, Gustav Ad. 472—96.

betrogen worden wäre.¹⁾ Und als er am 9. Januar den französischen Gesandten diejenigen Bedingungen vorlegte, auf Grund deren allein er über die Neutralität weiter verhandeln wollte, war darin ausdrücklich der Bischof von Bamberg von den der Liga zugesicherten Begünstigungen und Befreiungen ausgenommen.²⁾ Wir sehen aus allen dem: die Besetzung Bambergs war dem Schwedenkönige zur politischen Notwendigkeit geworden. Horn sollte sie ausführen noch bevor der König selbst seine Operationen am Rhein beendet hatte. Zu der um Windsheim zu formierenden Armee sollte er die ihm vom König hinterlassenen Truppen, sodann die in Nürnberg liegenden 3 Regimenter des Grafen von Solms, ferner ein Nürnbergisches Regiment und das von Herzog Ernst neugeworbene Regiment zu Ross, endlich die Thüringischen Truppen des Herzogs Wilhelm von Weimar verwenden.³⁾ Dies hätte eine Gesamtstärke von circa 14000 Mann ergeben. Da aber wegen des Pappenheimischen Marsches auf Magdeburg Herzog Wilhelm die Thüringischen Truppen wieder zurückfordern liess, da ferner die Nürnberger ihr eigenes Regiment noch zurückbehielten, so hatte das Corps vorläufig einen bedeutend geringeren Effectivbestand. Noch bevor aber Horn selbst die Zusammenführung seines Heeres vollendet hatte, begannen von seiten des um Windsheim und Neustadt liegenden Volkes am 15. Januar 1632 die ersten Angriffe auf Höchstädt a. d. Aisch, welche sich bald wiederholten und nach kurzer Zeit zu dem längst gefürchteten Einbruche an diesem wichtigen Punkte des Hochstifts führen sollten.

¹⁾ Abelin, *Theatr. europ.* II, 532; — Khevenhiller, XII, 78.

²⁾ Vergl. den 9. Punkt dieses Entwurfes: *Sacra Regia M^{tas} Sueciae cuiusque confoederati vicissim nec ducem Bavariae nec ullum alium catholicae Ligae Principem aut Statum, quorum ditiones nondum occupavit, excepto Bambergensi Episcopo, offendet* (Bbg. Krgs.-A.); vergl. Abelin, *Theatrum europ.* II, 529.

³⁾ Nach einem Schreiben Gustav Horns dato Ochsenfurt 18./28. Jan. (Arkiv II, S. 341).

Urkundlicher Anhang.

Korrespondenz zwischen Gustav Adolf und dem Bamberger Bischof Johann Georg II.

1. Gustav Adolf an den Bischof von Bamberg.

(3./13. Okt. 1631).

Gustaff Adolph, von Gottes Gn. der Schweden, Gotten vnd Wendten König, Grossfürst in Finnlandt, Herzog zu Esthen vnd Carelen, Herr über Ingermannland.

Vnsfern gruss vnnd geneigten Willen, hochwürdiger Fürst, besonders Lieber, Es ist Ew. Ld. wissent, zumahlen nunmehr weltkhündig, auss wass Ursachen wir die waffen ergriffen vnd in Teütschland übergesetzt haben, allss wir dan selbige durch die leitung dess allerhöchsten biss hieher in E. Lbd. Landen gebracht vnnd vnns alberait der Vestung Königshoven bemechtigt hetten, wir zwar wohl vnns dergestalt gegen die Einwohner bezaigen mögen, wie vnnsrer gegentheil vermittelss E. Lbd. mechtigen Fürderung in vnnsrer Freündte Landt gethan haben; Damit aber die ganze Welt sehe, dass wir ein natürlich abschew an Bluttstürzung vnnd dergleichen vnchristlichen Land-Verderben tragen, auch nit gemeint sein, einigen Standt des Reichs, da er sich nit zu Vnns nötigen würde, in vnguten anzusehen, weniger auf Ihne etwas vor vnnsrer particuler zue praetendirn, So haben wir vnns noch zur Zeit der Scherpffe nicht gebrauchen, sondern vnns zum überfluss dahien er bieten wollen, dass wan E. Lbd. sich weiters Keiner feindtseligkeit gegen vnss oder vnnsere Blutt- vnnd glaubensverwahnte gebrauchen, sondern sich von der Liga alsobalden würckhlichen abgeben, mit vnns weitere vergleichung treffen, zu dem endte sich in persohn zu vnns finden vnnd inmittelss Ihre

Vnderthanen, dass Sie bei Hauss vnd hoff bleiben vnnd vnsserer Armee bedienlichen an die Handt gehen, anbeuehlen werden, Wir alssdan Vnss gegen E. Ld. vnd dero Vnderthanen dergestalt weiters verhalten, dass Sie Vnsser angestambte milde vnd gnade dabey abnemen vnd vnss zu bedankhen vrsach haben mögen, wolten wir E. L. nit verhalten vnnd erwartten darauf bei gegenwertigen vnserm Trometer fürderlichste antwort, anderst wir E. Ld. stillschweigen vor eine continuation feindlicher Bezaigung halten vnnd darauf vor gott vnd der Erbarn weldt entschuldigt sein wollen, wan wir dassjenige vornemen würden, worzue wir jure talionis et belli befugt sein, dessen wir doch nochmahl von Herzen überhoben sein wolten, Vnd beuehlen E. Ld. hierüber der Gnaden Gottes. Datum Vnderbleichfeldt den 3. Okt. Anno 1631

Gustavus Adolphus etc.

Dem hochwüld. Fürsten vnsern
besonders lieben Herrn Johann Georg,
Bischoffen zue Bamberg.

Nach einer gleichz. Cop. im Geh.
Staats.-Arch. München, Fasz. 84/11,
fol. 147.

2. Der Bischof von Bamberg an Gustav Adolf

(14. Okt. 1631).

Durchleüchtigster Fürst, Eüer Königl. Wüld. sein vnssere willige Dienst zuuor, Gnädiger Herr, Zu Eürer Königl. Würden heten wir bey iezigem schwehren Zuestandt in dissem fränkhischen Crais alss dessen Director vnd ausschreibender Fürst eine Abordnung zu thuen, daran vns vnd andern Craissverwandten merkhlich gelegen vnd wir dern füglich nicht entübrigt sein können.

Ersuchen demnach Euer Königl. Wüld. dienstlich bittendt, Ihnen solch vnser nottwendtigs vorhaben nicht missfallen, vnd damit vnssere abschickhende Rätthe durch dero Leger desto sicherer passirn vnd repassirn mögen, vns für dieselben bey gegenwertigem vnserm Trometer saluum conductum gn. ertheillen, inmittels auch vnser vnd vnserer Landt vnd Leüth mit Durchzüg vnd einquartierung mitleidenlich verschonen zu lassen. Das wollen wir dankhbarlich

verdienen vnd beschulden. Datum in vnserer Statt Vorcheimb
den 14. Oktober Anno 1631

Euer Königl. Würden

Dem Durchleuchtigsten Fürsten
vnd Herrn, Herrn Gustavo Adolpho,
der Schweden, Gotten vnd Wenden
König, Grossfürsten in Finlandt,
Herzogen zu Ess- vnd Schmallandt,
Herrn über Ingermanlandt etc. vnserm
gn. Herrn.

R^{m u s.}

H. Domprobst.
Landrichter.

(Nach dem Concept in den
Bamberger Krgs.-A.; — gleichz.
Cop. im Münchener Reichs-Arch.,
30j. Krgs.-A., Tom. 64, fol. 394).

3. Schwedischer Geleitsbrief für die Bamberger Gesandten

(6./16. Okt. 1631.)

Demnach zu der Königl. Maj. zu Schweden vnseren allernädigsten König vnd Herrn, der hochw. Fürst vnd Director des fränkh. Crayses etc. Herr Bischoff zu Bamberg eine abordnung zu thun entschlossen, Alss beuehlen Se. Königl. Majestät allerhöchst gedacht dero Soldatesca zu Ross vnd Fuess hiermit ernstlich, das Sie diejenige Rätthe vnd Diener, welche an J. K. Maj. hochgedacht Ihre Hochwürden abordnen werden, gegen fürzeigung dieses frey sicher vnd vngehindert passirn vnd wieder zurückh zu Ihre Hochwürd., wo die befindlich, repassirn lassen vnd sich weder an Ihren Personen, Dienern, Pferdt, Wagen od. Guth, wie das nahmen haben mag, im geringsten nit angreifen, Solches meinen J. Königl. May. ernstlich vnd hat sich jeder darnach zu richten vnd vor Schaden zu hütten.

Signatum Würzburg 6. Octobris Anno 1631

Ad mandatum S. R. M. proprium
Ch. Sadler.

(Nach dem Orig. in Bbg. Krgs.-A.; —
gleichz. Cop. im Münchener R. Arch.
30j. Krgs.-A. Tom 74, fol. 409.)

4. Instruktion der Bamberger Gesandten

(vom 21. Okt. 1631).

Vngefehre Instruction, Was bei dem Durchleüchtigsten Fürsten vnd Herrn, Herrn Gustauo Adolpho, der Schweden, Gotten vnd Wenden König, Grosssfürsten in Finlandt, Herzogen zu Ess- vnd Schmollandt, Herrn über Ingermanlandt etc. vnserm besonder lieben Herrn, die Ehrwürdigen vnd Veste, vnser Praelat, Rätthe, liebe freündt vnd getreue Johan Christoph Neüstetter, genant Stürmer, vnser Domstiffts Domprobst, Domkuster zu Mainz, Vnser Nebenstiffts zu St. Stephan Probst, Domcapitular vnd Jubilarus zu Würzburg, dann Julius von Streitberg vff Greiffenstein vnser Landt- vndt Lehenrichter vndt Jobst Gabriel von Wildtenstein beylefftig Anzubringen vnd zu uerrichten.

Nach abgelegten gepürlichen offerten haben vnser Abgeordnete ihrer gueten discretion nach vngefehr vnserwegen bescheidenlich Anzubringen,

Ihre Königl. Würden heten aus ihrem bekanten hocherleichten verstandt selbs vernünfftig zu ermessen, weilm die löbliche Stendte dises Frenckhischen Craises mit Niemandten in vngueten zu thuen, noch zu einicher widerwertigkheitt oder vergewaltigung vnser wissens Jemahls den wenigsten Anlas oder vrsach gegeben, wie schwehr Ihnen fallen vnd vorkommen möge, dass sie an iezo zum theils, vnd insonderhaitt der Stifft Würzburg durch die vnuersehene eroberung der Vessung Königshofen, sogar auch des Schlosses vnd der Hauptstatt Würzburg vnd andern von deme in disen Crais eingebrochnen Kriegsuolkh vorgangnen Thetligkheiten, also vnuerschuldter Ding heimbgesucht vnd Angefochten werden.

Wann wir dann bey solchem einfall vnd schaden, so bemeltem Stifft Würzburg begegnet, nit allein wegen vnserer Domprobsteyselbs mercklich Interesssirt weren, vnd gleicher gestalt an vnsern Angehörigen güttern, früchten vnd gefellen berait grossen schaden gelidten hetten, Sondern auch andere gehorsame Craisstendt mehr sich eben dergleichen besorgten, vnd gegen den Stiftern sonderlich je länger je übler verfahren werde, sich auch in sonderheit in vnserm Stifft Bamberg vndterschidtn Tropfen sehen lassen, Zugleich vnser Statt Zeill albereit zum andern mahl were aufgefordert worden, Wir aber kheinesweegs glauben khönten, das

solche Gewaltshandlungen gegen den vnerschuldten mit Ihrer Königl. Würl. willen vnd belieben vorgehen, sondern vilmehr dafür hielten, das von der Soldatesca für sich dergleichen Exorbitantien gebraucht, vnd die mas vber schritten würde. Alss heten wir desto mehr vrsach genommen, zu Ihrer Khönigl. Würden dise Abordnung zu thuen, vnd deroselben solche vorkommende beschwerlichkhaitten gueter wolmainung gepürlichen anbringen zulassen. Setzen zu deroselben das sonderbare vertrauen, Sie würden als ein zur gerechtigkeit hochgerümbter Christlicher Potentat an ihrem hohen Ortt nit nachgeben oder verstatten, dass vnschuldige Landt vnd Leüth vergeweltigt, überzogen oder in verderben gesetzt werden. Insonderhait souil vns selbs vnd vnsern Stifft Bamberg belangt, weiln wir die ganze Zeit vnserer fürstlichen Regierung vns verhoffentlich gegen allen vnsern benachbarten vnd Mitcrailsstendten, auch sonst gegen Meniglich, wie vns vnder andern vornehmen Reichsstendten sonderlich auch Herrn Marggraff Christians zu Brandenburg vnser Mitausschreibenden Fürsten vnd Craiss - Obristen L. vermög vnderschidtnen von deroselben an vns erst in newlichait ergangenen Schreiben gnugsame Zeückhnus geben, also fridtfertig erweisen, vnd mit denselben in solcher ainigkheit gelebt, auch biss dato noch bestienden, dass sich verhofentlich dissfals wider vns khein mensch beklagen oder beschwehren werde. Dahero vns auch vmb so mehr einen trosst vnd Hoffnung machten, wir würden mit vnsern vorhin vns eüsserst erschöpften Armen leüthen vnd vnderthanen aller vnerschuldten Thettligkhaiten vberhoben vnd entübrigt pleiben. Zu welchem endte Ihre Königl. Würl. wir durch dise vnser Schickhung dienstlich ersuchen liessen, in Ansehung solches vnser fridtfertigen gemüeths vnd mit Jederman gepflogener gueter schidlich- vnd vertrewlichait, auch dass wir bey dem iezigem vnwesen im Reich weüters nit Interessirt, als was wir vnder den vergangen grossen widerwertigkhaiten vnsern von Gott anbeuolhnen Armen landt vnd leüthen zu trosst in blossen terminis defensiuus bissweilen nottwendtig heten thuen, vnd mit aufsetzen müessen, so an sich selbst iuris naturalis vnd dessen billich khein mensch in vnguetem zu entgelten, Sie wolten als ein hochgerüembter loblicher Potentat in dessen allen hochuerstendiger Christlicher erwegung vnser vnd der vnserigen mit einlagerungen, Durchzügen, vberführungen, ranzionirungen vnd

dergleichen vnuerdienten beschwehrungen uerschonen. Das wolten vmb ihre Königl. Würden wir nach vermögen danckbahrlichen verdienen vnd beschulden. Immassen vnser Abgeordnete Ihrer bekanten discretion nach eines vnd das andere pro re nata zu moderirn ad referendum nehmen, vnd alles nach ihrem rathsambsten guetachten vfs besste vorzutragen vnd vns zu ihrer glücklichen widerkhunfft relation zu thun wissen werden. — Geben in vnserer Statt Bamberg vnder vnserm hiefür getruckhten Secret Dienstags den 21. Octobris Anno 1631.

(Concept in d. Bbg. Krgs.-A. —).

5. Bericht der Bamberger Gesandten über ihre Verrichtung zu Würzburg

(24. Okt. 1631.)

Freytags den 24. Octobris Anno 1631.

Im Hauptquartir zu Würtzburg.

Hat Bambergischer Domb Capitulischer Syndicus das Frstl. Creditiv Ihrer Königlichen Mayt. in Schweden etc. vnderthenigst praesentiren lassen, welches aber auss deroselben gnedigstem beuelch durch Dero Secretarium, weill der titul nicht sufficient, Ihme Syndico ohneröffnet wieder zuruck gegeben worden, mit vermelden wie das Ihre Kön. Mayt. einen auss dero Herrn Secretarijs selbst zu den Commissarijs abordnen wolten, vmb bericht zu thun, was ahm titul desiderirt werde, welches dan geschehen vnnd darauff Ihrer Mayt. gebührender titul communicirt worden. Aber nicht desto weniger haben Ihre Mayt. den Herrn Commissarijs vmb 9 Vhr vormittag gnedigste audientz ertheilt, vnnd durch den Secretarium andeiten lassen, da ins Künfftig Ihrer Mayt. zugeschrieben würde, solches in acht zu nehmen, damit deroselben dardurch Kein praeiuditz erwachse.

Ehe nun die proposition geschehen, hat mann für gutt angesehen, des Fränkischen Craiss in genere, sowolln auch der mit Hl. Marggraffens zu Culmbach Frl. Gn. biss dato gepflogener Nachbarlicher Correspondentz, non nisi incidenter, sondern nur des Stiffts Bamberg vnd der Domb-Probstei Würtzburg in specie zu gedenken.

Vff die Frstl. Bambergische proposition so im vbrichen der Instruction gemeess gewesen, ist von Ihrer Mayt. selbst ohngefehr geantwortet worden, wie folgt nemlichen.

Für einerst das a parte Bamberg wolte vorgeschützt werden, ob hette das Stifft mit Ihrer Mayt in vngutem nichts zu thun, weniger sich bey diesem wesen interessirt gemacht, weren verba factis contraria in deme Ihre Frl. Gn. noch vff diese stundt fliegende fahnen vnder dem Obristen Fugger im Veldt hetten, auch woll gewusst, das Ihre Mayt mit dem Kayser einen priuat-, das Röm. Reich nicht concernirenden streit vnnd Krieg geführt, dessen sich andere Reichs Ständte nicht hetten theilhaftig machen sollen. Wolte man nun das Stifft Bamberg bey seiner wollfahrt erhalten, müste die alberait begangene faute vnnd offesa zuuor corrigirt, vnnd reparirt werden.

Fürs ander begerten Ihre Mayt. versicherung das Künfftig alle hostiliteten bey dem Stifft solten eingestellt werden. Drittens wolten Ihre Mayt. gnedigst vernehmen, was das Stifft Bamberg zu fortsetzung Ihres Kriegs zu thun gemeint were, vnnd do mann die Puncten nicht allerdings apprehendirt, Könnte mann sich bey dero Cantzley vmb erleüterung anmelden, welche dan, sintemall der ander vnnd dritte Punct gar zu general, nachmittags durch Herrn LandtRichter, Fr. Wildtenstein vnnd Syndicum sollicitirt, vnnd folgender gestalt durch H. Commissarium Heüssner vnd Secretarium Sadtler ertheilt worden, nemlich so viell die versicherung anlangen thete, begerten Ihre Mayt. mann solte vff des Stiffts seiten alle feindseeligkeiten einstellen vnnd zu dem endt der Ligen renuncyren, auch Ihrer Mayt. etliche im Stifft gelegene Plätz einantworten.

Den dritten Punct betreffent, were Ihrer Mayt. gnst. begehren, gleichwie das Stifft Bamberg den Kayser in sattel helfen setzen, also solte man auch Ihrer Königl. Mayt. darzu helffen. Warauff nach genommenem abtrit sich die Frl. Bambergische Commissarij dahin vernehmen lassen, wie sie in Ihrer Kön. Mayt. petitum sonderlich den Punct der versicherung von solchem nachdenken vnnd importantz befinden, das sie oder auch dero Herrn Principal vnd Committent, ohne Ihrer Kayss. Mayt. gnedigst vorwissen nicht könnten willigen, wolten demnach vmb 14 tag termin, vnnd Ihrer Mayt. petitum Ihnen in schrifften zu ertheilen vnderthenigst gebetten

haben, welches ob zwar Ihrer May. deputirte dafür gehalten, es würde schwerlich der Herren Commissarien begehren deferirt werden, sie dannoch ad referendum genommen, vnnnd des anderen tags im Ihrer Hoch.-E. vnnnd Gn. H. Dombprobsten Hoff die resolution gebracht, Nemlichen Ihre Mayt. wolten nicht eben beharren die renunciation der Ligen, sondern beehrten zur versicherung in specie die Vestung Vorscheimb, so dan zu fortsetzung Ihres Kriegs ein monatliche Contribution. Das mann sonst die Puncten in scriptis begehrt, weill mit den Herrrn Commissarijs nichts schriftlichs tractirt worden, hielten es Ihre Mayt. für vnnötig, zumalln vorhin Ihrer Frl. Gn. Ihre Mayt. dergleichen mit aigenem botten zugeschrieben. Den gebettenen 14 tägigen termin belangendt, wolten Ihre Mayt. solchen zwar verstatten, aber mit der Condition, das zuuor die Vestung Vorscheimb deroselben solte abgetreten werden.

Concept (ohne Unterschrift) in
d. Bbg. Krgs.-A., gleichz. Copie
(mit der Unterschrift Heinr. Mert-
loch Dr.) in Brdbg. Kriegs-Akt.,
Fasc. 158 (Krs.-Arch. Bambg.).

6. Bischof von Bamberg an Gustav Adolf.

(27. Okt. 1631.)

Durchleuchtigster Fürst, Euer Kgl. Würden sein vnsser willige Dienst zuuor. Gnediger Herr. Wessen Euer Königl. Würden vnssere Abgeordneten vf Ihre wohlmainende Verhör vnd beschehenes anbringen endlichen beschaidt geben, vnd zwey Stuckh von vns, nemlich vnssere Vestung Vorscheimb vnd eine Monatliche Contribution für Ihre Armada begern lassen, das ist vns von Ihnen zur Ihrer widerkunft heütiges Tags referirt worden. Weiln es dann solche Starkhe begern, darüber wir vns, wie gern wir wolten, ohne zuthun der vnserigen je keines gewissen resoluirn können, sondern wie Euer Königl. Würden selbs hochuernünftigt zu ermessen, mitt vnsserm Domcapitul vnd Landtschafft vns eines Schlusses, wie vnseumblich von vns vnd in möglichster eil geschehen solle, zuuorn nothwendig vergleichen müssen, So ist vnser ganz dienstlich bitten, Euer Königl. Würden wollen vns hierzu etliche wenig tag nachsehen vnd verstatten, wöllen wir vns mit Gottes Hilf, soviel vns immer menschlich vnd möglich sein würdt, vns fürderlichst also

erkleren, das Euer Königl. Würden nach gestalten Dingen verhofentlich content vnd zufriden sein werden, der getrösten Zuversicht, es werde vnderdessen eine so geringe Zeit, vmb welches wir ingleichen vleissig bitten, mit vberweisenten Musterbletzen, vnd bereit an vnder-schidtnen orthen erlittnen überfall- vnd blinderungen vnsser vnd der vnsserigen verschonet bleiben. Das seindt wir auch zusambt der nothwendigkheit dankhbarlich zu verdienen erbietig vnd geflissen.

Datum in vnsserer Statt Bamberg den 27. Octobris Anno 1631.

Euer Königl. Würden

(Conc. in d. Bbg. Krgs.-A.).

7. Gustav Adolf an den Bischof von Bamberg.

(23. Okt. (2. Nov.) 1631).

Gustaff Adolph etc.

Vnssern freundlichen gruss zuuor, Hochwürdiger Fürst, besonders lieber, Wessen auf vnsser jüngstes ansinnen die Statt Vorchheim vmd monatliche Handtreichung betreffend, E. Gn. den 17. ds. dilatorie erclehren wollen, Solches haben wir aus gesterigs tages von einem Postmeister eingereichten Schreiben mit mehreren verstandten. Nun glauben wir ganz wohl, E. Gn. werden sich auf vnsser wiewohl billigmessig begehren ohne zuthuen der Ihrigen, darunter zweifelssohn der General Tilly nit der geringste, nicht leichtlich resoluirn, merkhen auch wohl, dass die gesuchte dilation zu keinem andern alss Zeit zu gewinnen, biss Tilly zwischen vnss vnnd dem Stifft Bamberg einkomme, angesehen; Wie wir aber solches vnnd derselben gefellig molem belli in Ihre Länder zu zihn, vnssers theilss geschehen lassen müssen, So werden wir auch auf solchen Fall nit zu verdenkhen sein, wann wir vnnsser notturfft dargegen fürnemen vnnd da E. Gn. den General Tilly an sich ziehen, dieselbe alss Feindt verfolgen. Wir halten aber nochmahlen dafür das E. Gn. bei Ihren Landen viel besser thun würden, wann Sie die angebottene Freundschaft mit vnss vnderhalten vnd den Tilly von Ihren Landen abhalten wollten. Da sonst E. Gn. Trompeter mit dem Antworttschreiben (wie vnss ganz vnlieb zu uernemen gewesen) angesprengt vnd benommen worden, kan solches von Strassenraubern geschehen sein, vnnd wolten wir, da es die vnssrige gethan vnd namhafft gemacht werden könnten, solches

ebensowenig vngestraft hingehen lassen, allss wenig mit vnsserm willen, dass E. Gn. gebiethe von vmbstreifenden Reüthern vnd andern zugeschlagenen Bursch infestiret oder sonsten beleidigt werde. Sein hierauff E. Gn. entliche resolution ohngesaumbt erwartendt vnnd empfehlen diesselbe der obach Gottes.

Datum Würzburg, den 23. Oktober 1631.

Gustavus Adolphus etc.

Dem hochwürdigen Fürsten
vnsseren besonders lieben Herrn
Joh. Geörgen, Bischouen zu Bamberg
vnnd Domprobst zu Würzburg.

Nach einer gleichz. Copie im
Münchener Reichs-Arch., 30j. Kr.-
A., Tom. 64, fol. 418.

8. Gustav Adolf an den Bischof von Bamberg.

(6./16. Nov. 1631).

Gustav Adolphus etc.

Vnsser freuntlich Dienst zuuor, Hochwürdiger Fürst, besonders lieber, Was E. Ld. zu dero fernern Exculpation an vnss gelangen lassen, solches haben wir auss ihrem Schreiben mit mehreren vernommen, Wie wir nun E. Ld. vnssere gemüthsmeinung in einem vnd andern hiebeuor der notturfft nach ausführlich zu erkennen geben, also erlehren wir vnss nochmahlen dahin, dofern E. Lbd. dess Tilli Armee auss dero Landte vnd Stifft schaffen, den Pass über den Mayn in dero Landen ihm weder vnden noch oben gestatten, dero vestung vnss vmb mehrer sicherheit willen oder Jemandt vnsserer Glaubens- vnnd Sachverwandten eingeben, auch zur Contribution für vnssere Soldatesca auf ein gewisses sich verstehen wolten, dass wir allssdann E. Ld. Landen mit überzihung, Plünderung, auch allen andern Kriegsbeschwerdten, genzlich zu verschonen vnd vnss mit deroselben in tractaten einzulassen geneigt sein, zu welchem endte dan vnss auf solchen Fall E. Lbd. die ihrige mit Instruction vnd plenipotenz gegen den 14. ds. Monats stylo veteri an vnss fürderlichst anhero deputirn vnnd abordnen wolten, mit welchem die vnsserigen alhier sich eines richtigen vnnd gewissen vergleichen mögen, wie nun E. Lbd. hierauss vnssere freundliche wohlgewogenheit genug-

sam abzunemen vnnnd zu verspüren, Alss wollen wir vnss nochmahlen versichert halten, dieselbe wie obgedacht ohn ferneren Verzug zu Ihrer vnnnd dero Landen selbsteigenem besten der Sachen entlich ihre abhelffliche mas geben vnd dero Volkh von dem Tylli fürderlich abfordern werden, damit wir also vmbsoviel mehr E. Lbd. freüntschaft versichert vnnnd deroselben Stifft vnd Landte zu uerschonen vrsach haben mögen, E. Lbd. göttlicher obhut hiemit empfehlend.

Datum Würzburg, den 6. Nov. Anno 1631.

Gustavus Adolphus.

Gleichzeit. Copie im Geh.
Staatsarch. München, 30j. Kr.-A.
84/11, fol. 157.

*Cui M. v. O. dieses Expl. auch vorhanden
unter M. v. O. Bamberg, o. 34*

Staatl. Bibliothek
Bamberg

*Cui H. V. so vofan in in ist
H. Bbg. 603 mit signatur ändert
das in in a g des Autors in. prius Vita.*

SBB 013402511436





Hübsch, Georg

Das Hochstift Bamberg und seine Politik unmittelbar vor dem ersten
Einfall der Schweden 1631 unter grundlegender Berücksichtigung der
politischen Verhältnisse des fränkischen Kreises

Bamberg 1895

Bamberg, Staatsbibliothek -- RB.H.Bbg.o.6-c
urn:nbn:de:bvb:12-bsb11846985-4